

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

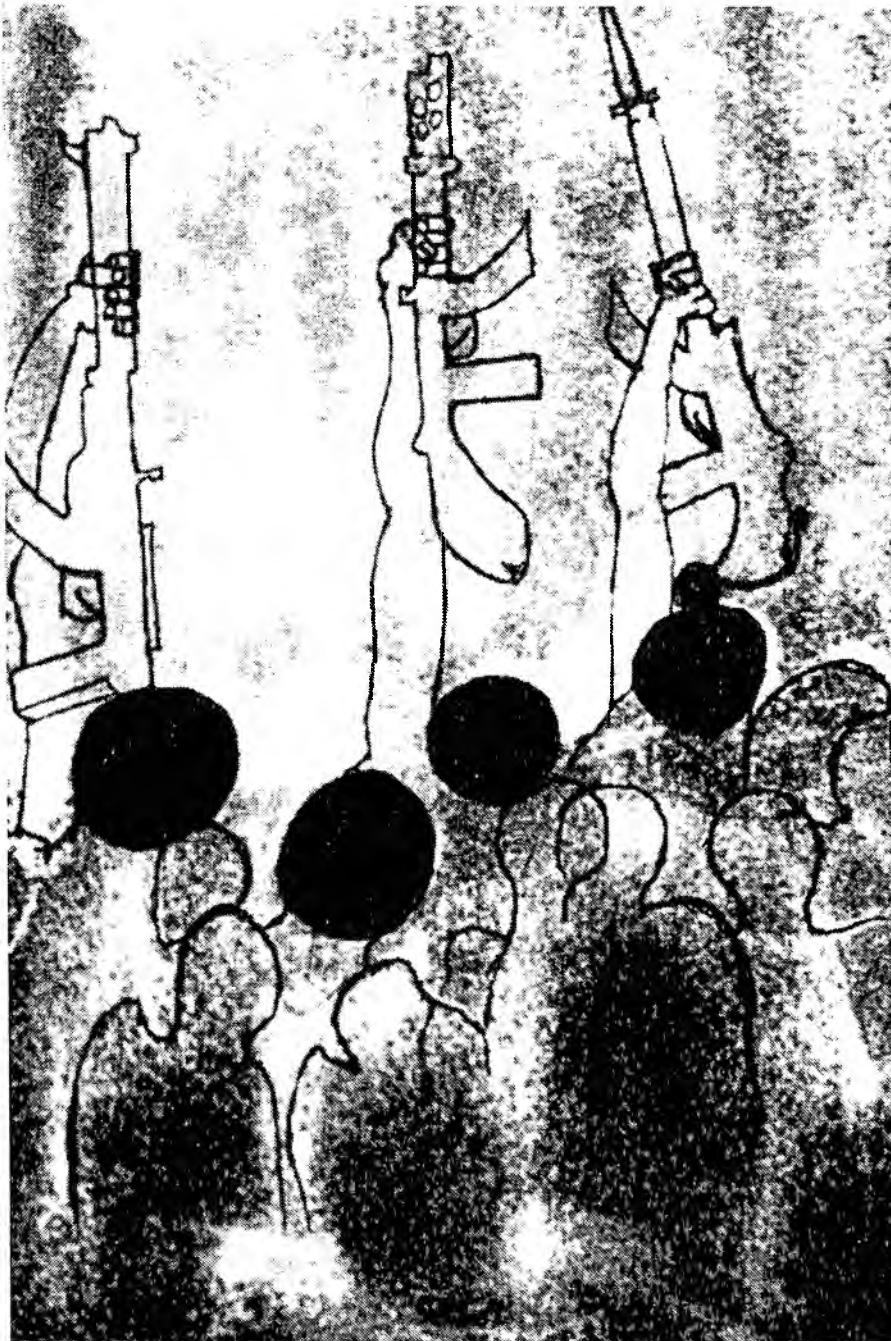
Politische Berichte



1. April 1988
Jg. 9 Nr. 7

G 7756 D

Preis:
2,50



Vorwärts – Aquarell und Tuschen – vom azanischen Künstler Lefifi Tladi, 1979, Ausschnitt



Tarifabschluß öffentlicher Dienst: Lohnsenkung für Arbeitszeitverkürzung, lange Laufzeiten Seite 8



Türkei: Massenprozeß gegen Dev Sol – Der Widerstand weitet sich auf allen Ebenen aus Seite 12



Dienstleistungsabend und Ladenschluß: Reaktionäre machen mobil gegen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Südafrika/Azania: Das Regime auf Kriegskurs. Die BRD gibt Rückendeckung. Unterstützt den bewaffneten Befreiungskampf! ... 4

SKF: Streik gegen Lohnkürzung und Samstagsarbeit ... 7

Ostermarsch: Keine Kritik am expansiven BRD-Imperialismus ... 7

Tarifabschluß öff. Dienst: Lohnsenkung und Arbeitszeitverkürzung, lange Laufzeiten ... 8
Teilzeit-Beamtenverhältnis ... 9

SPD-Lafontaine: Hoffnungsträger läßt was fallen ... 10
Dokumentiert: Lafontaine ... 11

Auslandsberichterstattung

Türkei: Widerstand in der Türkei weitet sich auf allen Ebenen aus ... 12
Arbeiterbewegung setzt sich zur Wehr ... 13

Großbritannien: Progressive Besteuerung faktisch abgeschafft ... 13

Panama: Unerklärter Krieg der USA - EG und BRD dabei ... 14

Honduras: „Nur“ Stimmungsmache für Kontra-Hilfe? ... 14

Argentinien: Britisches Militärmanöver auf den Malwinen ... 14

USA: Wachsende Anzahl von Lohnabhängigen wird ins nackte Elend gestoßen ... 15

Internationale Meldungen ... 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Außenpolitisches Programm der SPD für Große Koalition ... 18
Grüne Perspektiven - Staatsknete oder? ... 18
DGB-EntschlieÙung zu Südafrika ... 18
Soziale Interessen ausländischer Arbeiter ... 19

Dienstleistungsabend: Mobilisierung gegen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifen ... 19
Auszug aus dem Tarifvertragsgesetz ... 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten ... 21

Wissenschaftsstadt Ulm: Landes-

Kühnens gezielt inszenierter PR-Auftritt

Am Freitag, 25.3., veröffentlichte die „Neue Westfälische Zeitung“ ein telefonisch durchgeführtes Interview mit Kühnen, in dem dieser u.a. mitteilte, daß eine Versammlung der FAP im „Großraum Bielefeld“ mit ihm als Redner stattfinden werde, bei der „eine Aktionseinheit und eine programmatische Plattform“ zwischen FAP und NF beschlossen werden solle. Die NF solle „mit ihrer Propaganda in die Ökologie- und Friedensbewegung einbrechen“, die FAP in „traditionell nationalsozialistischem Stil“ für „Ende der Überfremdung und Rückführung der Ausländer operieren“. Kühnen inszenierte seinen Auftritt mit bewährtem Nazi-Mythos: Treffen an geheimen Ort in Bielefeld am Samstagabend. Telefonische Bekanntgabe des nächsten Treffpunkts. Dort Eskorte, u.a. durch bekannte NPDler. Pressekonzferenz in Wewelsburg bei Paderborn. Kühnen: „Einflußkampf“ mit dem Ziel: „Überall, wo Probleme auftauchen, müssen wir die Unzufriedenheit schüren“. 100 Antifaschisten hatten sich in Bielefeld versammelt. Die Polizei beobachtete, beschlagnahmte antifaschistische Transparente und stellte Personalien fest. Etliche Antifaschisten zogen dann zum WDR, um dort gegen Interviews mit Neonazi-Führern zu protestieren. Die VVN/BdA, der Kreisverband der Grünen, die antifaschistische Koordination und die Nachbarschaftsinitiative übergaben eine Presseerklärung. - (stb)

Tribunal der IG Druck und Papier

Am 12. März 1988 fand in Wiesbaden ein Tribunal gegen Flexibilisierung und ungesicherte Arbeitsverhältnisse statt. Dieses Tribunal, vorläufiger Höhepunkt innerhalb einer zweijährigen Kampagne der IG Drupa unter dem Motto „Arbeit für alle. Dauerhaft, geschützt und mit allen Rechten.“ wurde von ca. 3000 Teilnehmern engagiert verfolgt. Die von der Frauensekretärin Gisela Kessler Angeklagten (Kohl, Geißler, Blüm, Muhrmann und Beltz-Rübelmann) wurden am Ende in Abwesenheit verurteilt. Angeklagt war das Kapital, das den Menschen unerbittlich den Erfordernissen der Kapitalverwertung unterwirft. Die Regierung, weil sie dem Profitstreben der Kapitalisten mit den notwendigen Gesetzen die notwendigen Rahmenbedingungen schafft.

Laut einer Studie der OECD ist die BRD europaweit führend, was die Flexibilität der Arbeit betrifft. Von 1984 bis 1986 stieg die Zahl der ungeschützten Arbeitsverhältnisse von 4,3 auf 5,3 Millionen. „Nicht mehr vorrangig in glatter Aussperrung von Arbeit, sondern vielmehr in jederzeitiger Verfügbarkeit, als Pendel zwischen

Arbeitsplatz und Familie, zwischen halber Arbeit und Arbeitslosigkeit, zwischen flexibler und industrieller Reservearmee.“ Dies wurde durch Zeugenaussagen Betroffener eindringlich belegt und durch Sachverständige gestützt.

Laut Aussage von G. Kessler hat es in der IG Drupa einige Jahre an Überzeugungsarbeit gekostet, um diese Arbeitsverhältnisse zum Schwerpunktthema zu machen. Daß sich die Angriffe des Kapitals heute jedoch zunehmend gegen alle Beschäftigten richten, hat die Bildung einer Abwehrfront sicherlich gefördert.

Als Ergebnis des Tribunals wurde formuliert: Die Umwandlung von befristeten in feste Arbeitsverträge, die rechtliche Absicherung von Teilzeitarbeit, Verhinderung von Leiharbeit, Heimarbeit und Abrufarbeit, Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses bei verkürzter Arbeitszeit und vollem Lohnausgleich. Der Verlängerung der Gültigkeit des Beschäftigungsförderungsgesetzes wurde eine deutliche Absage erteilt. - (suo)

Von Weizsäckers Trauer um den Altnazi Kiesinger

Richard von Weizsäcker fand warme und lobende Worte für den verstorbenen Bundeskanzler der großen Koalition und nutzte gleich die Gelegenheit, eine neue bundespräsidiale Geschichtsklitterung in die Welt zu setzen: „Unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft versagte“ Kiesinger „sich nicht nur der Politik, sondern auch einer ihm offenstehenden aussichtsreichen, glanzvollen Karriere im juristischen Staatsdienst ... Auf diese Weise durch Einsicht und Erfahrung geprägt, wurde er ein Mann der ersten Stunde beim Aufbau unseres demokratischen Staates.“ Tatsächlich hatte Kiesinger eine beachtliche Nazi-Karriere hinter sich. Er war Leiter der Rundfunk-Abteilung des Auswärtigen Amtes und Verbindungsmann vom Außenministerium zur Interradio. Diesem Unternehmen oblag gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt, per Rundfunk in den von den Faschisten eroberten Gebieten die gegnerische Kampfmoral zu schwächen, zu Sabotageakten aufzurufen, den Rassismus zu propagieren. Der von Weizsäcker gelobte „Mann der ersten Stunde“ war einer derjenigen, die seit Jahren große deutsche Europapolitik mitbetrieben. Er gehörte zu dem Personal, das den Monopolkapitalisten die Kontinuität sicherte, und ihm war es darüber hinaus mit seiner faschistischen Vergangenheit gelungen, die Sozialdemokraten in die Große Koalition zu ziehen und ein Grundwerk der arbeiterfeindlichen FdGO, die Notstandsgesetze, durchzusetzen. Das entspricht von Weizsäckers Vorstellung von „Humanität in der Politik“, die er Kiesinger zulobt. - (uld)

Wahl in Baden-Württemberg

CDU, FDP sowie die faschistischen und anderen rechten Parteien zusammen erhielten 59% gegenüber 58,4% bei den Landtagswahlen vor vier Jahren. Innerhalb dieses Lagers fand eine Verschiebung nach rechts statt. Faschisten und Rechtskonservative erhielten über 5%; bei NPD und ÖDP reicht das für 700000 DM bzw. 500000 DM aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung. Alle Parteien rechts von der CDU hatten als Schwerpunkt Hetze gegen ausländische Arbeiter und Asylbewerber. Beunruhigend ist, daß die NPD nicht nur ihre Schwerpunkte in drei ländlichen Wahlkreisen halten konnte, sondern auch in fast allen Städten um die 2% erhielt. Viel Stimmen erhielten die faschistischen Parteien dort, wo sie sich mit dem Staatsapparat verbunden zeigen konnten: Mit einem Kripokommissar als Kandidaten kamen die Republikaner in Heidenheim auf 6,4%; in Göppingen, wo Bereitschaftspolizei kaserniert ist, erreichte die NPD 3%. ÖDP und Christliche Liga propagierten den „Schutz des ungeborenen Lebens“; sie kamen damit in einigen katholisch geprägten Landkreisen sowie in Freiburg auf bis zu 4%.

Nach der Wahl vermied Lothar Späth alles, was als Aufruf zum politischen Kampf gegen faschistische Strömungen verstanden werden könnte. Die CDU müsse die „Unzufriedenheit“ berücksichtigen; „Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung“ wolle er durch einen weiterhin harten Kurs in der Asylpolitik verhindern. Die Rechten in der CDU sind gestärkt. So behauptete die Bild-Zeitung zwei Tage nach der Wahl, der bisherige Kultusminister Mayer-Vorfelder, der nicht bloß beim Absingenlassen des Deutschlandliedes faschistischen Positionen nahesteht, werde jetzt auch noch Wissenschaftsminister.

Die CDU konnte ihre Alleinregierung – in Baden-Württemberg reichen dazu auch weniger als 50% der Stimmen – auf Kosten der FDP behaupten. Deren Spitzenkandidat Döring hatte sich für das „Vermummungsverbot“ ausgesprochen und so die vielleicht letzte Position geräumt, die liberale „Stammwähler“ hätte bewegen können, die FDP zur Mäßigung von Späth in eine Koalition zu wählen.

Der SPD-Spitzenkandidat Spöri hatte Gewinne von 3% und mehr prophezeit und sah sich schon in einer großen Koalition mit Späth. Die Linie „neuer Fortschritt“ – Wirtschaftsblüte durch staatlich geförderte Umwelttechnologie – will die Landes-SPD trotz Niederlage beibehalten.

Die Grünen haben stärker verloren als es auf den ersten Blick aussieht; sie hatten 1984 nicht überall kandidiert, auch ein geändertes Melderecht, wonach Studenten an ihrem Studienort wählen, hätte ein Stimmenplus für die Grünen bringen müssen. Ob die Grünen sich stärker als bisher an der Bekämpfung faschistischer Strömungen beteiligen werden, scheint fraglich. Neben Äußerungen, man müsse die ÖDP als rechts angreifen, gibt es auch Stimmen, die das ÖDP-Ergebnis als Sieg des Ökologismus begrüßen.

Die DKP verlor trotz Stimmengewinn in einigen Städten (vor allem Mannheim und Heidelberg) insgesamt fast 2200 Wähler. Ihr Wahlprogramm enthielt Positionen, die für die antifaschistische und revolutionäre Opposition insgesamt akzeptabel gewesen wären. Eine Diskussion mit der übrigen Linken war von der DKP aber eher geduldet als ausdrücklich erwünscht; sie stellte sich als „revolutionäre Alternative“ dar. Kein ausdrückliches Bündnis, das erklärt vielleicht, warum sich die meisten Kräfte der revolutionären und antifaschistischen Opposition zur DKP-Kandidatur nicht einmal zu äußern brauchten. – (alk)

Landtagswahl Stimmergebnisse	1988		1984	
	absolut	in %	absolut	in %
Wahlberechtigt	6871605	100,0	6609204	100,0
Wähler	4933479	71,8	4706241	71,2
CDU	2391937	49,1	2412085	51,9
SPD	1562205	32,0	1507088	32,4
Grüne*	382881	7,9	372374	8,0
FDP	285830	5,9	333386	7,2
NPD	101815	2,1	–	–
ÖDP	69776	1,4	–	–
Republikaner**	46899	1,0	–	–
andere Rechte***	12671	0,3	1632	0,0
DKP	11421	0,2	13620	0,3

* 1984 versäumten die Grünen in drei Wahlkreisen die rechtzeitige Abgabe der Wahlunterlagen, so daß sie dort nicht zur Wahl standen; 1988 erhielten sie in diesen drei Wahlkreisen 20303 Stimmen.

** Die Republikaner kandidierten nur in 50 von 70 Wahlkreisen.

*** 1988: Christliche Liga („Lebensschützer“), Zentrum, FAP (in einem Wahlkreis), Patrioten (früher EAP); 1984 kandidierte die EAP.

Quelle: Stat. Landesamt Baden-Württemberg, Vorläufige Ergebnisse, 21.3.88

regierung fördert hauptsächlich
Daimler 22

Seehäfen: Neues Schichtsystem im
Tarif abgewehrt 22

Haushalt Braunschweig: Kom-
munalaufsicht erzwingt Kürzungen 23

Veranstaltung: „Demokratie und
Menschenrechte in der Türkei“ . . . 23

ABB Mannheim: Gegen Massen-
entlassungen und Verbreitung von
Chauvinismus 24

Aids: Ermittlungen in Kempten
gegen einen HIV-Infizierten 25

Referentenwahl: CSU wählt Grü-
nen – welche Gegenleistungen? . . . 25

„Standortsicherung“: Hannover:
Haushalt nach dem Geschmack der
Konzerne 26
Die nächsten Aufgaben sind bereits
gestellt 27

Nachrichten aus der Arbeiter-
bewegung 29

DGB-Frauenausschuß Mün-
chen: Kritik an dem geplanten Be-
ratungsgesetz zum § 218 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Bücher: Zur verbrecherischen Poli-
tik der deutschen Faschisten . . .
Oradour: Laufbahn eines SS-Mör-
ders 30
November 1938: Reichspogrom-
nacht 30
Mit Gott und dem Führer 30
Verbrechen in der UdSSR 30

Fastenaktion: „Sieben Woche
ohne ... Herrschaftstechnik mit
Tradition 31

Technische Intelligenz: Eine der
Hauptstützen der deutschen Faschi-
sten 32

Spezialberichte

Russische Revolution 1917–
1923: Die Politik der Bolschewiki
in der Spannung zwischen Zentra-
lismus und Autonomie 34
Dekrete nach der Oktoberrevolu-
tion und ihre Auswirkungen auf
die Kommunen 35
Lokale Wirtschaftsrechte entschei-
den über den Grad lokaler Autono-
mie 37

Titelbild: Lefifi Tladi, Aquarell und
Tuschen, 1979

Südafrika/Azania

Das Regime auf Kriegskurs. Die BRD gibt Rückendeckung. Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf!

Am 17.3., in buchstäblich letzter Minute, hat der Oberste Gerichtshof Südafrikas die für den 18.3. anberaumte Hinrichtung der Sharpeville-Sechs bis zum 18.4. aufgeschoben.

Gegen die Todesurteile und für die Freilassung von Oupa Diniso, Francis Mokhesi, Reid Mokoena, Joshua Khumalo, Theresa Ramashamloa und Reginald Sefatsa haben sich zahlreiche Menschen in aller Welt eingesetzt. (1) In der BRD fanden nach Bekanntwerden des geplanten Hinrichtungstermins Kundgebungen und Aktionen in mehreren Städten statt. In einer Grußbotschaft an die Solidaritätsbewegung erklärte die Schwester eines zum Tode Verurteilten, Joyce Mokhesi, am 16.3.: „In den letzten zwei Jahren, seitdem sie zum Tode verurteilt wurden, haben wir viel Unterstützung von den Menschen in diesem Land bekommen ... wir wissen, daß es ein Ergebnis der Anstrengungen der Menschen in diesem Lande ist, daß die westdeutsche Regierung persönlich zugunsten der Sechs von Sharpeville interveniert hat.“

In allererster Linie aber wurde die Aufschiebung der Hinrichtung nicht durch die internationalen Proteste, sondern durch die Befreiungsbewegung in Südafrika/Azania selbst erkämpft. Gewerkschaften, politische Organisationen, Jugend- und Studentengruppen hatten für den 17.3. zu landesweiten Streiks und Protestkundgebungen aufgerufen (2), die offenbar so weitgehend befolgt wurden, daß erstmals seit langem sogar in den

westdeutschen Fernsehnachrichten darüber berichtet werden mußte.

Die Aufschiebung der Hinrichtung eröffnet neue Möglichkeiten, die Vollstreckung der Todesurteile zu verhindern. Doch ist die Gefahr, daß sie vollstreckt werden, in keiner Weise gebannt. Bis zuletzt hatte die Siedlerregierung alle Gnadengesuche abgelehnt. Auch hat der Oberste Gerichtshof die Todesurteile weder beanstandet noch aufgehoben, obwohl die Verurteilung der Sharpeville-Sechs jedem Recht Hohn spricht. In keinem anderen Prozeß ist so deutlich geworden, daß das Regime Gegner als Kriegsgefangene nimmt und daß es entschlossen ist, Kriegsgefangene hinzurichten.

Tatsächlich ist die vom Regime betriebene Hinrichtung der Sharpeville-Sechs Bestandteil einer Strategie, die den Krieg gegen das enteignete, unterdrückte, entrechtete, um seine Befreiung kämpfende Volk von Azania vorbereitet und betreibt.

Die Siedlergesellschaft rüstet zum Krieg

Seit Jahren haben die südafrikanischen Rassisten ihren Terror gegen das azanische Volk gesteigert. Zehntausende wurden verhaftet, gefoltert und eingesperrt, viele getötet: Systematisch versucht das Regime, alle Kräfte auszuschalten, die an den verschiedenen Fronten des Befreiungskampfes eine führende, organisierende Rolle spielen, Gewerkschafter, Angehörige von politischen, Studenten-, Schüler- und anderen Organisa-

tionen, Mitglieder der in den Townships gebildeten Komitees usw. Das „Handelsblatt“ (3) behauptet, daß es dem Regime gelungen sei, die Alternativstrukturen des Widerstandes zu zerschlagen. Dies trifft nicht zu, macht aber deutlich, was das Regime will. Auch das erst vor einem Monat gegen 18 Befreiungsorganisationen verhängte Verbot politischer Tätigkeit zielt auf deren Zerschlagung und also darauf, die Befreiungsbewegung ihrer Führung und Organisation zu berauben.

In dieser Lage kann die ungeheuerliche Provokation der Hinrichtung der Sharpeville-Sechs nur bezwecken, einen Aufstand zu provozieren, einen unvorbereiteten, unorganisierten und deshalb verfrühten Aufstand, den das Regime blutig niederwerfen kann. Sein Kalkül ist es, auf solche Weise den Krieg, der angesichts seiner wilden Entschlossenheit, die ungerechte Ordnung aufrechtzuerhalten, als unvermeidlich erscheint, frühzeitig zu entscheiden.

Auch die Entwicklungen innerhalb der Siedlergesellschaft selbst beweisen seine planmäßige Kriegsvorbereitung. Mit dem gegen die afrikanische Bevölkerung verhängten Ausnahmezustand geht die militärische Durchorganisation der europäischen Siedler einher. Das Rassistenparlament existiert nur noch zum Schein. Die Regierung ist faktisch ersetzt durch einen Staatssicherheitsrat, der streng geheim arbeitet, alle wichtigen Entscheidungen trifft, denen die Regierung dann nur

Bildungsurlaub muß weiter gezahlt werden

Nach langer Auseinandersetzung um die Gesetze über den fünftägigen Bildungsurlaub pro Jahr für abhängig Beschäftigte in Hessen und Nordrhein-Westfalen (NRW) fiel am 17.3. die Entscheidung vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG). Das BVG wies Verfassungsbeschwerden von Arbeitgeberverbänden und Einzelunternehmen als unbegründet zurück. Diese wollten keine Freistellung und Bezahlung für Bildungsurlaub gewähren. Vielmehr solle der Bildungsurlaub während der „durchschnittlich 150 arbeitsfreien Tage“ genommen werden. Zudem wäre die Pflicht zur Lohn- oder Gehaltsfortzahlung unzumutbar. Bei voller Ausnutzung des Bildungsurlaubs koste das in Hessen jährlich 22 Milliarden DM und in NRW fünf Milliarden. Das BVG entschied, daß die Freistellung und Fort-

zahlung von Lohn und Gehalt „erforderlich sei, um die Bildungsbereitschaft zu erhöhen“. In dieser Frage sind eine große Anzahl von Gerichtsverfahren in NRW und Hessen anhängig. Gewerkschaftliche Bildungsseminare fallen in Hessen und NRW auch unter den Bildungsurlaub. (AZ 1 BvR 563/85) – (rub)

Gewerkschaftskundgebung gegen Ladenschlußänderung

Die Gewerkschaft HBV und der DGB rufen für den 21. April zu dieser Kundgebung in Bonn auf. Bis dahin hat der Tarifausschuß beim Bundesarbeitsministerium über die Allgemeinverbindlichkeit des Hamburger Tarifvertrages über das Arbeitszeitende 18.30 Uhr im Einzelhandel beraten. Endgültig entscheidet dann Minister Blüm. Zum 30. Juni 1988 soll nach Kabinettsbeschluß spätestens die Gesetzesnovelle zum Ladenschluß mit dem Dienstleistungsabend vorliegen.

Die Kundgebung findet in der Beethovenhalle statt. Es werden sprechen: Günther Volkmar, HBV-Vorsitzender, Dieter Steinborn, HBV-Vorstand/Abteilung Handel, Ernst Breit, DGB-Vorsitzender. Die HBV will mindestens 800 Betriebsräte aus dem Einzelhandel mobilisieren. Bei den DGB- und HBV-Geschäftsstellen sind Karten für Anfahrt und Kundgebung erhältlich. Die DAG führt am gleichen Tag in Bonn eine Demonstration zum gleichen Thema durch. – (rub)

BASF-Agitationsblatt zur GRÜNEN-Bundesversammlung

Die BASF hat Ende März ihre Werkszeitschrift „BASF information“ mit dem Leitartikel „Unternehmensziel Umweltschutz bleibt ständige Herausforderung“ in einer Auflage von 400 000 an Werksangehörige und Haushalte im Raum Ludwigshafen verteilt. Zitat: „Es ist kein Zufall, daß diese Ausgabe kurz vor der Bundes-



Transportpanzer Ratel 20 der südafrikanischen Armee, basiert auf dem Transportpanzer 1 Fuchs der Bundeswehr, wird in Lizenz in Südafrika produziert.

noch förmlich zustimmt, und in dem die Armee den entscheidenden Einfluß besitzt. (4) Über das „National Security Management System“, die die ganze Siedlergesellschaft erfassende militärische Organisation, schreibt das „Handelsblatt“ (3):

„Auf regionaler Ebene wurden landesweit insgesamt zwölf sogenannte ‚Joint Management Centres‘ eingerichtet, die ungefähr mit den bestehenden militärischen Kommandozentren zusammenfallen. Darin wirken jeweils gut 60 Beamte und Offiziere mit. Oberste Befehlsgewalt hat in der Regel ein General der Streitkräfte oder der Polizei. Diesen regionalen Zentren unterstehen auf der untersten, lokalen Stufe etwa 500 sogenannte ‚Mini-‘ oder ‚Sub-Joint Management Centres‘, in denen neben örtlichen

Verwaltungsbeamten und Polizeioffizieren Mitarbeiter aus dem Bereich des Zivilschutzes, aber auch Posthalter und Feuerwehrkommandanten, Farmer oder Vertreter von Elternvereinigungen Aufgaben wahrnehmen.“

Die BRD unterstützt die Kriegsstrategie

Dem Anschein nach hat sich das Rassistenregime durch die Vorbereitung der Hinrichtung der Sharpeville-Sechs international isoliert. Selbst seine engsten Verbündeten protestierten und richteten Gnadengesuche an Botha. Bundespräsident von Weizsäcker dachte – in Zimbabwe – öffentlich über eventuelle Möglichkeiten zukünftiger Sanktionen nach.

Der Anschein jedoch täuscht. Nur scheinbar geht die BRD – ähnlich wie

andere imperialistische Mächte – auf Distanz. Tatsächlich unterstützt sie das Rassistenregime und seine Kriegsplanung in jeder Hinsicht.

Erstens dauert die wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung für Südafrika nahezu unvermindert an. Aus Berichten des Europäischen Parlaments geht hervor, daß die BRD nicht einmal die minimalen Sanktionen einhält, die die EG gegen Südafrika verhängte. (5) Die westdeutschen Konzerne und Kapitalgesellschaften haben ihre Nettoinvestitionen in Südafrika 1986 um 70% gesteigert. (6) Der Rückgang der westdeutschen Einfuhren aus Südafrika im ersten Halbjahr 1987 geht fast ausschließlich auf die gesunkenen Rohstoffpreise zurück. (7) Die Einfuhren strategisch wichtiger Rohstoffe wie Chrom, Ferrochrom, Vanadium sind dabei sogar deutlich gestiegen. (8) Bergbaukonzerne planen z.Zt. die Errichtung neuer Bergwerke in Südafrika im Hinblick vor allem auf die Nachfrage der EG-Konzerne. (7)

Die BRD trägt damit wesentlich zur Stabilisierung der kolonialen Kriegswirtschaft bei. Sie hat ebensowenig wie andere EG-Mächte, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande, ihre Waffenlieferungen an Südafrika eingestellt. (5) Ohne die imperialistische Unterstützung wäre das Regime nicht kriegsfähig.

Zweitens verrät die Reisediplomatie westdeutscher Politiker eine höchst aktive Rolle der BRD, die sich bemüht, in die Rolle eines „Vermittlers“ zu schlüpfen.

In den letzten Monaten bereisten u.a. Kanzler Kohl, Außenminister Genscher, der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Strauß, die FDP-Politiker Hirsch und Baum, Bundespräsident von Weizsäcker so-

versammlung der Grünen in der Stadt Ludwigshafen erscheint.“ Deutlich heißt es auch: „Die BASF erwartet aber auch die Anerkennung ihrer berechtigten Interessen in einem Umfeld, das eine erfolgreiche wirtschaftliche Entfaltung ermöglicht.“ – (sth)

Gegen Steuerschröpfung von Schichtarbeitern

Am Vorabend des Kabinettschlusses zur Steuerreform (21.3.) beteiligten sich mehrere tausend Arbeiter in Zeitungsdruckereien an Warnstreiks. Sie protestierten gegen die Einführung der Besteuerung von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen – zusätzliche Abzüge in Höhe von bis zu einem Monatslohn jährlich! Aktionen von ein bis zwei Stunden fanden in den Druckereien von Springer (Ahrensburg, Essen-Kettwig), der Esslinger Zeitung plus Bild, in Wiesbaden, Frankfurt (Rundschau und Bild), Braunschweig und Hannover

(HAZ, NP, Bild) statt. Rund 350 Arbeiter der Bremer Tageszeitungen AG streikten die ganze Nacht – Weser Kurier und zwei weitere Zeitungen erschienen am 22.3. nicht. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) bezeichnete die Aktionen als „illegal“ und als „rechtswidrigen politischen Streik“. Der IG Druck und Papier war vorher gedroht worden, nicht die Friedenspflicht zu verletzen. Einen offiziellen Aufruf gab es nicht. Die IG DruPa war beim BDZV mit dem Vorschlag abgeblitzt, gemeinsame Aktionen („zeitungsfreier Tag“) durchzuführen. – (ard)

BÄK-Richtlinien zu HIV umstritten

Die Bundesärztekammer (BÄK) und die Deutsche Krankenhausgesellschaft haben im Januar 1988 „Gemeinsame Hinweise und Empfehlungen“ zur HIV-Infektion herausgegeben. Sie beinhalten u.a. die Empfehlung, generell

alle Krankenhausbeschäftigten auf Aids zu untersuchen, die in Infektionsbereichen tätig sind. Des weiteren soll Patienten, die einen HIV-Test ablehnen, eine Weiterbehandlung verweigert werden können. In den bayerischen Unikliniken wird schon entsprechend verfahren. Die Richtlinien sind auf Widerstand gestoßen. Die Ärztekammer Berlin leitet die Empfehlung nur gemeinsam mit einer eigenen Broschüre weiter, in der sie die zentralen Richtlinien kritisiert. Auf einer Veranstaltung der Sozialen Liste Gesundheitswesen in Köln wurden die Richtlinien ebenfalls kritisiert. Zwangstests nach bayerischem Vorbild würden so in sämtlichen bundesdeutschen Krankenhäusern eingeführt. Ein Vertreter der Aids-Hilfe Köln wies darauf hin, daß schon bald Tausende von Aids-Kranken in Kliniken behandelt werden müßten; das Personal sei darauf nicht ausreichend vorbereitet. – (elf)

wie CSU-Bundestagsabgeordnete das südliche Afrika. Die in der Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroversen v.a. zwischen Genscher und Strauß verdecken in Wirklichkeit eine Arbeitsteilung, die die Handlungsfähigkeit der BRD erhöhen soll. So stärken Strauß & Co. dem Rassistenregime offen den Rücken, unterstützen unverblümt die Unita-Rebellen und damit die Destabilisierung Angolas und drängen Mosambik noch mehr in die Abhängigkeit von Südafrika. Genscher & Co. dagegen demonstrieren Distanz gegenüber Südafrika und bieten den von Südafrika bedrängten Frontstaaten „Hilfe“ an.

Doch die Vermittlungsangebote zielen nicht auf Vermittlung und nicht darauf, den Krieg zu vermeiden, sondern darauf, die afrikanischen Nationen zu desorientieren. Im Zusammenspiel mit den anderen imperialistischen Großmächten versucht die BRD auf diese Weise, den azanischen Befreiungskampf von seinem afrikanischen Hinterland abzuschneiden. Damit unterstützt sie direkt die Kriegsplanung des Regimes, die nicht nur das azanische Volk, sondern unmittelbar auch die Frontstaaten und darüber hinaus die um ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus ringenden afrikanischen Nationen bedroht. Wie schwierig die Lage bereits ist, wird daraus ersichtlich, daß Mosambik Großbritannien und Frankreich offiziell um Waffenhilfe gebeten hat. (9) Damit droht die Gefahr der Stationierung westeuropäischer Truppen im südlichen Afrika.

Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes

Wichtig ist, die Anstrengungen zur Freilassung der Sharpeville-Sechs zu intensivieren und die Bundesregie-



In verschiedenen Städten der BRD fanden Aktionen gegen die geplante Hinrichtung der Sechs von Sharpeville statt.

rung unter Druck zu setzen, umfassende Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen.

Darüber hinaus muß sich die Solidaritätsbewegung ihrer Verantwortung dafür bewußt werden, die BRD-Beteiligung am Krieg gegen das azanische Volk zu verhindern. Die Politik der BRD, die der Kriegsvorbereitung des Rassistenregimes Rückendeckung gibt, zwingt zu eindeutiger Stellungnahme: Alle Bestrebungen der azanischen Befreiungsbewegung, sich gegen das gewalttätige, den Krieg vorbereitende und von den Imperialisten unterstützte Regime zu organisieren, zu rüsten und zu bewaffnen, verlangen Unterstützung.

Der PAC ist an die westdeutsche Solidaritätsbewegung herangetreten mit der Aufforderung, seine Anstren-

gungen zur Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes zu unterstützen. Wie auch andere Organisationen will der BWK dieser Aufforderung nachkommen. Wir rufen auf zur Beteiligung an der Spendensammlung: Waffen für die APLA, die Befreiungsarmee des azanischen Volkes! Waffen für das Volk! Spendenkonto:

Konto-Nr.: 1318-470448, Stichwort Azania, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50.

Quellenhinweis: (1) Zum Fall der Sharpeville-Sechs siehe u.a.: Pol. Berichte 06/88, S. 10f; (2) Süddeutsche Ztg., 17.3.88; (3) 26.10.87; (4) Welt, 2.11.87; (5) FAZ, 30.9.87; Handelsblatt, 20.10.87; (6) Welt, 28.8.87; (7) FR, 20.8.87; (8) Blick durch die Wirtschaft, 5.10.87; (9) FAZ, 3.10.87 – (scc)

Namibia: BRD-Delegation bei illegaler „Regierung“

Der „Windhoek Advertiser“, eine konservative namibische Zeitung, meldete am 16. Februar, daß sich eine Gruppe von westdeutschen Politikern und hohen Beamten in Namibia befinde. Die Gruppe, geleitet von der Staatssekretärin im Kanzleramt Lieselotte Berger, habe nach Auskunft der Leiterin den Auftrag, Tatsachen über die Situation in Namibia herauszufinden. Sie stehe unter dem Schutz der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat mit der Entsendung der Gruppe auf jedenfall eine Tatsache geschaffen: Die Gruppe befand sich als Gast der illegalen, von Südafrika eingesetzten „Übergangsregierung“ in Namibia. Das kommt einer Anerkennung dieser Regierung gleich, die die Bundesregierung zwar offiziell bestreitet, tatsächlich aber seit geraumer Zeit betreibt. Nach dem Strauß-Besuch im Januar,

der die Marionettenregierung „privat“ mit einem Bundeswehrflugzeug besuchte, ist dies innerhalb kurzer Zeit der zweite Besuch westdeutscher Regierungsvertreter. Die Bundesregierung wendet sich damit gegen UN-Beschlüsse, die sie selbst mitgefaßt hat, und betreibt die Errichtung einer neokolonialen Herrschaft über Namibia – (uld)

Solidarität mit Feyka, die Anklage bröckelt

Nach dem Bundestreffen der Immigranten- und Flüchtlingskomitees hat nun das bundesweite Treffen der El-Salvador-Komitees seine Solidarität mit Feyka Kurdistan erklärt. In einer am 19.3. in Köln unterzeichneten Erklärung von 60 Vertretern der Komitees heißt es: „... erklären wir uns solidarisch mit Eurem Kampf gegen nationale Unterdrückung und Verfolgung durch das faschistische Regime in der Türkei ... Schluß mit den Ver-

folgungen gegen kurdische Vereine in der BRD! Die verhafteten 12 Kurden müssen freigelassen werden!“ Offenbar wächst auch in Justizkreisen die Sorge um die Haltlosigkeit der Anklage. Mitte März wurde Ahmet Karadeniz, laut Rebmann angeblich „Kurier“ für einen von der PKK angeblich 1984 in Rüsselsheim begangenen Mord, ohne Angaben von Gründen freigelassen. Einen Tag später verhafteten Beamte in Köln unter unbekannten Vorwänden einen anderen Kurden. – (rül)

Für 580 Mio. DM Waffen an das türkische Regime

150 Leopard-I-Panzer, acht neue Bergpanzer sowie Zubehör und Ersatzteile im Gesamtwert von 580 Mio. DM wird das türkische Regime von der BRD erhalten. Am 15. März unterzeichneten Staatssekretär Sudhoff vom Auswärtigen Amt und der türkische Botschafter in Bonn, Oktay Iscen, das entsprechende Abkommen zwi-

Arbeitszeitverhandlungen

SKF: Streik gegen Lohnkürzung und Samstagsarbeit

Vom 15. März 19 Uhr bis zum 21. März 13 Uhr stand die Produktion in den drei Schweinfurter Werken der SKF-Kugellagerfabriken völlig still. Gestreikt wurde auch in anderen westdeutschen SKF-Werken z.B. in Bad Canstatt und Lüchow. Solidaritätsstreiks wurden aus SKF-Werken in Belgien und Österreich gemeldet. Entzündet hatte sich der Streik an Konzernforderungen nach völliger Anrechnung der 4,7% tariflicher Lohnerhöhung zum 1.4.88 auf außertarifliche Zulagen (Lohnkürzung z.B. für Akkordarbeiter von 100 DM und mehr), nach Einbeziehung des Samstags bis 24 Uhr in ein Schichtsystem, Kündigung der gesamten Sozialordnung, Kürzung der Ausbildungskapazitäten um 50% bei gleichzeitiger Drohung von Entlassungen. Obwohl der Streik – begleitet von Demonstrationen und Kundgebungen vor dem SKF-Verwaltungshochhaus und dem Rathaus – ungebrochen blieb, führte er nicht zum Erfolg.

Geschäftsleitung und Gesamtbetriebsrat einigten sich auf einen „Kompromiß“, der die Beendigung des Streiks ermöglichte. Nach allem, was bisher bekannt wurde, sind die Ziele des SKF-Konzerns keineswegs vom Tisch. Der zeitliche Rahmen wurde hinausgeschoben und die Verhandlungen um konkrete Regelungen gehen weiter.

Außertarifliche Zulagen – Die Kürzungsabsichten betrafen weniger Angestellte, die nur zu 40% AT-Zulagen erhalten, als die Arbeiter, insbesondere die Akkordarbeiter, die noch die

relativ höchsten AT-Zulagen haben. Die Betriebsvereinbarung über die Akkordentlohnung wird jetzt zum 30.06.88 gekündigt, die Betriebsvereinbarung über die AT-Zulagen für Einsteller, Vorarbeiter usw. zum 31.12.88. Sämtliche Vorgabezeiten sollen bis 1990 überprüft und auf neuen Grundlagen berechnet werden. Dazu die Geschäftsleitung am 25.3.: Die schrittweise Eingliederung der Zulagen in neue Entlohnungssysteme sei, vom wirtschaftlichen Effekt her betrachtet, gleich einzuschätzen wie ihr Widerruf. Der Mitarbeiter habe nun die Möglichkeit, durch Mehr- und Besserleistung sein bisheriges Entgelt zu erzielen. Selbst das könnte aber einen Belegschaftsabbau von 600 in der BRD in den nächsten drei Jahren nicht verhindern.

Samstagsarbeit – Das geplante Schichtsystem sah außer Samstagsarbeit bis 24 Uhr die Überschreitung des 8-Stunden-Tags, der 40-Stunden-Woche sowie Schichtwechsel unter der Woche und Bereitschaftsdienst vor. In der Instandhaltung wäre zwangsläufig Sonntagsarbeit gefolgt. Ziel war insbesondere die Ausweitung der Kapazitäten für die geplante, modernisierte Großlagerfertigung. Nach Beendigung des Streiks legte die Geschäftsleitung, so der Betriebsrat, Vorschläge vor, von denen man annehmen mußte, sie seien schon lange vom Tisch (Samstagsarbeit bei Bedarfsschwankungen, an Engpaßmaschinen, an neuen kapitalintensiven Anlagen). Das führte am 24.3. erneut zu Streiks, die der Betriebsrat nur mit Verweis auf die laufende Schlichtung beruhigen konnte. Die Schnellschlichtung am 26.3. in Nürnberg kam zu keinem Ergebnis und soll am 29.4. fortgesetzt werden. „Durch den Streik und seine Umstände aufgeschüttete

Barrieren“ standen einer „schnellen Einigung“ entgegen, berichtet die örtliche Presse. Offensichtlich wird auf ein Nachlassen des Widerstands gegen Samstagsarbeit spekuliert.

Freiwill. Sozialleistungen – werden kräftig zusammengestrichen. 600000 werden durch Schließung einer SKF-Erholungsanlage eingespart. Über weitere Streichungen z.B. bei Urlaubsverschickungen, Essens- und Fahrtzuschüssen für Auszubildende usw. wird verhandelt.

Ausbildungskapazität – Die Absicht der Halbierung der SKF-Ausbildungskapazität bleibt bestehen.

Es scheint, daß die SKF-Drohung „nur äußerste Kraftanstrengung könne den Standort sichern angesichts weltweiter Überkapazitäten bei der Wälzlagerproduktion“ im Betriebsrat Wirkung erzielt hat. Die Hauptparolen der Streikenden waren dagegen „Wir bleiben da“, „Wir halten durch“. Konkrete Forderungen nach Mindestbedingungen zu Arbeitszeit- und Lohnregelung wurden öffentlich leider kaum propagiert. – (cls)

Ostermarschbewegung

Keine Kritik am expansiven BRD-Imperialismus

Der Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch für Schleswig-Holstein und Südjütland (Dänemark) lautet: „Abrüstung ist möglich! Keine neue Nachrüstung“. In den Vorjahren wurde meist um einen „breiteren“ Aufrufekreis geworben. Dieses Jahr wird er vom Zusammenarbeitsausschuß der Friedensbewegung Schleswig-Holstein herausgegeben. Außer dem „Aufruf der Initiative Kulturschaffender in

schen beiden Regierungen. Die Waffentlieferungen sollen nach amtlichen Angaben einen Wert von 580 Mio. DM erreichen. „Mit diesen Hilfen leistet die Bundesrepublik Deutschland einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Türkei“, behauptet die Bundesregierung in ihrer Pressemitteilung über das Abkommen. Tatsächlich soll die neue „Rüstungssonderhilfe“ Moral und Kampfkraft der türkischen Armee gegenüber dem eigenen Volk und gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan bessern. Den gleichen Zweck verfolgte schon das erste „Rüstungssonderhilfeabkommen“ aus dem Jahre 1980. Damals lieferte die BRD u.a. 77 Leo-I-Panzer, Milan-Flugabwehrraketen und Umrüstsätze für M-48-Panzer. Monate später putschte das türkische Militär, die von der BRD gelieferten Panzer kamen zum Einsatz – gegen das türkische und das kurdische Volk. – (rül)



4000 Menschen folgten dem Aufruf von Feyka-Kurdistan und demonstrierten am 19.3. in Bonn gegen die Verfolgung kurdischer Arbeiter und ihrer Vereine. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, Schluß zu machen mit den Angriffen auf den nationalen Befreiungskampf Kurdistans. Es beteiligten sich autonome Gruppen und die Volksfront von westdeutscher Seite, der BWK richtete eine Grußadresse an die Veranstalter. Ohne Anlaß überfiel die Polizei den Demonstrationzug und verhaftete etwa zehn westdeutsche Teilnehmer. – (syb)

Schleswig-Holstein“ ist kein weiterer Beitrag veröffentlicht. Die Initiative „Sportler und Sportlerinnen für den Frieden“ beteiligt sich mit einer Fahrradstafette von Kiel über verschiedene Orte nach Meyn zum Friedensfest. Am Tag darauf soll in Tinglev/Dänemark ein Oster-Friedensturnier stattfinden. Meyn wurde als zentraler Ort gewählt, da dort Atomsprenkköpfe und Haubitzen lagern. Im nahegelegenen Standort Flensburg/Weiche lagern die dazugehörigen Raketen. Der alte Fehler der Friedensbewegung, die Waffen zu kritisieren, die zum Krieg führen hergestellt und vorrätig gehalten werden, prägt den Aufruf.

Als 1983 die CDU als besserer Sachwalter für imperialistische Interessen die Regierungsgeschäfte weiterführte, konnte sie direkt an der SPD-Linie anknüpfen (NATO-Nachrüstung von Schmidt). Die CDU hatte seinerzeit die Losung „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Welchen Frieden sie schaffen will, ist heute besser zu erkennen als noch vor fünf Jahren. Aber 1983 war die Kritik der Friedensbewegung an der Kriegspolitik wesentlich entfalteter als heute. Ein Grund der Schwäche könnte sein, daß sich die Kräfte, die die imperialistische Politik der BRD angreifen, aus der Friedensbewegung zurückgezogen haben bzw. zurückgedrängt wurden.

Wie die imperialistischen Mächte in ihren Kriegsvorbereitungen vorangeschritten sind, zeigt nicht erst die sog. „Null-Null Lösung“. Der BRD-Imperialismus hat seine Positionen im letzten Jahr gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten verstärkt ausbauen können. Besonders zu nennen wären da das Herausdrängen des norwegischen Bewerbers für den NATO-Oberbefehl durch den jetzigen BRD-Kriegsminister Wörner, die Manöver von Marineeinheiten der EG-Staaten im Persischen Golf – koordiniert durch die westeuropäische Verteidigungsunion (WEU), die Aufstellung eines deutsch-französischen Bataillons in der Bundesrepublik und damit die direkte Einbindung der französischen Armee für westdeutsche Kriegsziele, das Manöver „Kecker Spatz“ an der österreichischen und tschechoslowakischen Grenze und damit die Einverleibung von österreichischem Territorium zum Überfall auf Staaten der Warschauer Vertragsorganisationen (WVO), die überdeutliche Betonung beim Honecker-Besuch, daß die DDR gesamtdeutsches Territorium sei (die DDR hatte ihren Außenminister und die BRD ihre Ministerin für innerdeutsche Angelegenheiten zu den Gesprächen entsandt). Die immer wieder gemachte Erfahrung der Gegner von Krieg und Völkermord „Je mehr die Herrschenden vom Frieden reden, desto näher ist der Krieg“ wird von der Friedensbewegung offensichtlich ignoriert. – (ale)

Tarifabschluß öffentlicher Dienst

Lohnsenkungen für Arbeitszeitverkürzung Mehrjährige Laufzeiten vereinbart

Am 23.3.88 wurde der Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst, auf Grundlage der Schlichtungsempfehlung, mit folgenden Ergebnissen getätigt: Die Einkommen für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende erhöhen sich, nach zwei Null-Monaten, vom 1.3.88 um 2,4%; ab 1.1.89 um 1,4% und ab 1.1.90 um 1,7%. Die Auszubildenden in der Krankenpflege bleiben von der Erhöhung für 1988 nach dem Tarifabschluß von 1986 – der Kürzungen der Auszubildungsvergütungen bis 150 DM und eine Festschreibung bis Ende 1988 vorsah – ausgenommen. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge laufen bis Ende 1990. Die Arbeitszeit wird, unter Beibehaltung der bereits vorhandenen zwei freien Tage pro Jahr, ab 1.4.89

mit einem Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder das Ansinnen der Dienstherren durch die Forderung nach „Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht der höheren Einkommen“ gestärkt. Für die zwei Null-Monate beim Einkommen, die für einen Beschäftigten mit 3000 DM Bruttogehalt ca. 140 DM Bruttoverlust bedeuten, sicherte sich die ÖTV den zweiten freien Tag. Die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies zum Abschluß: „Die geringfügige Veränderung der Schlichtungsempfehlung habe zu einem Tausch von Geld zugunsten von Arbeitszeitverkürzung geführt“.

Die ÖTV hebt die vereinbarte 38,5-Stunden-Woche hervor, unter Einrechnung der zwei freien Tage sei es „fast eine 38-Stunden-Woche“. Bei



Die Dienstherren stehen für Senkung der „Staatsquote“. Breuel zum Abschluß: „Es wird nicht ein einziger Arbeitsplatz geschaffen.“

um eine Stunde und ab 1.4.90 um eine weitere halbe Stunde gekürzt. Die Arbeitszeitregelung läuft bis Ende 1991. Mit 97 gegen 11 stimmte die Große Tarifkommission der ÖTV dem Ergebnis zu.

Mit dem Abschluß konnten die Dienstherren von Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber dem am 20.3. vorgelegten Schlichtungsspruch von Höcherl (CSU) nochmals weitere Reallohnensenkungen gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in einer Größe von über einer Milliarde DM durchsetzen. Insbesondere die unteren und mittleren Einkommensgruppen sind davon existentiell getroffen. Nach Berechnungen der ÖTV ist der Reallohn damit auf den Stand von 1977 gesunken. Direkt in die Verhandlungen hatte der saarländische SPD-Ministerpräsident Lafon-

den Löhnen und Gehältern habe die ÖTV „die absehbare Preisentwicklung von ein bis zwei Prozent“ ausgeglichen. Jetzt komme es darauf an, die „Arbeitszeitverkürzung beschäftigungspolitisch umzusetzen“; 100000 neue Stellen werden im öffentlichen Dienst erwartet. Gegen die Absicht der Dienstherren, den Beginn und das Ende der Arbeitszeit von der Arbeitsstelle auf den Arbeitsplatz zu verlegen, sowie die Monatstabelle für Löhne (Arbeiter) als Bemessungsgrundlage für Überstundenzuschläge nicht den veränderten Bedingungen anzupassen, konnte sich die ÖTV erfolgreich wehren. Beibehalten wurde auch der Verrechnungszeitraum für die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 8 Wochen. Damit wurde eine weitere Flexibilisierung wie bei Metall (6 Monate) verhindert.

Einführung des unbefristeten Teilzeit-Beamtenverhältnisses

Bereits am 5. Februar 1988 hatte der Bundesrat einen Gesetzentwurf der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz sowie West-Berlin zum Einbringen in den Bundestag beschlossen, der eine Ausdehnung der unbesoldeten Beurlaubung und der Teilzeitarbeit von Beamten bei Bund, Ländern und Gemeinden vorsieht. Danach soll die Höchstdauer von unbesoldeten Beurlaubungen aus „familiären und aus Arbeitsmarktgründen“ auf zwölf Jahre und die Höchstdauer einer Teilzeitbeschäftigung auf fünfzehn Jahre ausgeweitet werden.

Am 18. März 1988 behandelte der Bundesrat einen Gesetzentwurf von West-Berlin in erster Lesung, der das Beamtenrecht dahingehend geändert wissen will, daß ein Teilzeitbeamtenverhältnis ohne zeitliche Begrenzung eingeführt wird. In der Begründung zum Gesetzentwurf führt der West-Berliner Senator Kewenig u.a. aus: „Das geltende Beamtenrecht geht, ebenso wie das Arbeits- und Tarifrecht, gerade selbstverständlich vom Bild des vollbeschäftigten Beamten aus. Teilzeitbeschäftigung wird deshalb ebenso selbstverständlich als Abweichung von der Regel definiert und eingeordnet. Teilzeitbeschäftigung von Beamten ist heute nur ausnahmsweise möglich und zwar aus arbeitsmarkt- und familienpolitischen Gründen in einem vom Gesetzgeber ausdrücklich befristeten Rahmen ... Angesichts grundlegender Veränderungen sozialen Verhaltens ist es nur schwer vorstellbar, daß der Gesetzgeber nicht deutlicher und grundsätzlicher als bisher ... den Weg zur Anerkennung des Teil-

zeitbeamten als gleichrangigem Regeltyp neben dem Vollzeitbeamten zu sehen bereit ist ... Diese politisch wünschenswerte Anerkennung des Teilzeitbeamten als Regeltyp neben dem Vollzeitbeamten stößt nach meiner Überzeugung auf keine durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken ... Es geht um die Eröffnung einer Wahlmöglichkeit ... Der beabsichtigte neue Typ des Beamtenverhältnisses ist als ein Angebot ... konzipiert. Er ist überdies ein sinnvolles Mittel der flexiblen Personalwirtschaft des jeweiligen Dienstherrn.“

Lafontaine kündigt Bundesratsinitiative an

Der saarländische Ministerpräsident Lafontaine hat am 16. März 1988 im saarländischen Landtag eine „beschäftigungspolitische Initiative für den öffentlichen Dienst“ angekündigt. U.a. soll es dabei um Änderungen des Beamtenrechts; „Sonderopfer“ für Beschäftigte ab der Besoldungsgruppe A 13; Kürzungen von Sonderzuwendungen gehen.

In seiner Rede zum Thema „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ führte er dazu u.a. aus: „Solidarische Lohn- und Gehaltspolitik heißt zweierlei. Sie heißt vor allem Solidarität mit den Arbeitslosen. Das Wohstandsniveau in unserer Gesellschaft erlaubt es einer beachtlichen Anzahl von Menschen, auf einen geringen Teil ihres Einkommens zu verzichten – ein Verzicht, der ja doch wenigstens immateriell durch höhere Freizeit kompensiert wird –, um einen Teil unserer arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürger einen Arbeitsplatz zu verschaffen ... Ich hatte deshalb als Einkommensgrenze die Besoldungsgruppe A 13 vorgeschlagen ... Ich habe für meine Anregung sehr breite Zustimmung

erhalten ... Das zeigt deutlich, daß in unserem Land eben doch ein Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß die Arbeitslosigkeit ein nationales Problem ist, dessen soziale und auch moralische Dimension über alle Zugehörigkeit zu politischen Parteien oder Tarifparteien hinausgeht. Insbesondere bin ich froh darüber, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften in Spitzengesprächen die Möglichkeiten eines Solidarpaktes ausloten wollen ... Ich appelliere eindringlich ..., auf eine Herabsetzung der Wochenarbeitszeit zu drängen, und ich appelliere an die ÖTV, sich einem Solidarbeitrag zugunsten der Arbeitsplatzsuchenden nicht zu verschließen ... Daß die Beamtengesetzgebung dem folgen muß und wird, ist dabei selbstverständlich. Eine entsprechende beschäftigungspolitische Initiative für den öffentlichen Dienst wird das Saarland in Kürze im Bundesrat vorlegen.“



„Gefordert ist heute eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs und eine Neubewertung der gesellschaftlich notwendigen, aber nichtbezahlten Arbeit.“

Dienstherrn und die bürgerliche Presse verweisen dagegen auf die „günstige Kostenseite“. Auf knapp 7% soll sich die Personalkostensteigerung im öffentlichen Dienst für die nächsten drei Jahre belaufen, wovon 5,1% auf Lohn- und Gehaltserhöhungen entfallen und 1,8% auf Arbeitszeitverkürzung. Hinsichtlich der „Beschäftigungswirkung“ haben die Dienstherrn klargestellt, daß es „keine neuen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geben wird“, zumal „auch die Pläne für die Stellenpläne zuständig seien“. Das zielt auf Steigerung der Intensivierung für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Das „Handelsblatt“ vom 24.3. kommentiert zum Abschluß: „Des Rätsels Lösung, warum die Arbeitgeber ... lieber die Löhne zwei Monate später um 2,4% erhöhen wollen, liegt in der Antwort auf die Frage: Was kostet eine Stunde Arbeitszeitverkürzung

den Arbeitgeber in Mark und Pfennig? Die Ersparnis bei einem Verzicht auf Lohnerhöhung läßt sich berechnen, an die berechneten Mehrkosten durch Arbeitszeitverkürzung glauben die Arbeitgeber selber nicht so recht.“ Die Verhandlungsführerin der Länder, die niedersächsische Finanzministerin Breuel (CDU), hat nach dem Abschluß bereits verstärkte Privatisierungen und die Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung propagiert, ähnlich äußern sich die Vertreter der Kommunen, die weiteren Abbau kommunaler Dienstleistungen ankündigten. Bundesinnenminister Zimmermann hebt die „Berechenbarkeit“ des mehrjährigen Abschlusses, den er auf die Beamten übertragen will, hervor und verweist darauf, daß bis vor der Bundestagswahl Ende 1990 keine Tarifverhandlungen zu führen seien. Das soll den Dienstherrn die nötige Ruhe bei ihren weiteren „Entstaatlichungstätig-

keiten“ sowie den eingeleiteten zahlreichen Gesetzesvorhaben, wie neues Arbeitszeitgesetz, „Reform des Gesundheitswesens“, Abschaffung der Gewerbesteuer, Änderung des Personalvertretungsgesetzes, Einführung eines „Dienstleistungsabends“ bis hin zu Angriffen auf die Beamtenbesoldung, die Lafontaine bereits angekündigt hat, sichern.

1991 stehen nur die Löhne und Gehälter zur Verhandlung, eine erhebliche Erhöhung, insbesondere der unteren Einkommen, ist erforderlich. Verstärkte Beiträge der ÖTV sind jetzt notwendig gegen den geplanten Dienstleistungsabend, gegen das geplante Arbeitszeitgesetz und gegen Vorhaben der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen für die Lohnabhängigen.

Quellenhinweis: ÖTV-Erklärung zum Tarifabschluß; Handelsblatt, FAZ und Weser-Kurier v. 24.3.88 – (gpc)

SPD-Lafontaine

Hoffnungsträger läßt was fallen

Der saarländische SPD-Ministerpräsident wird von der heftigen Reaktion überrascht worden sein, die sein Vorschlag auslöste, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich zu vereinbaren. Die Idee ist ja nicht neu, sie wurde auf Parteitagen von SPD und Grünen breitgetreten. Lafontaine hat den Einfall aber auf zweierlei Weise strapaziert. Als politische Theorie in seinem jüngsten Buch („Die Gesellschaft der Zukunft – Reformpolitik in einer veränderten Welt“), als praktische Politik mit der Plazierung mitten in die Tarifbewegung im öffentlichen Dienst, und das war zuviel. Proteste kamen von allen in der Arbeiterbewegung vertretenen Strömungen, sogar von den Grünen, und nur das bürgerliche Lager klatschte beifällig. Der Leser von Lafontaines Buch wird bestätigen, daß beide Seiten Grund hatten.

„Komplexität“ und Schrumpfreformen

Nach der Theorie des stellvertretenden SPD Vorsitzenden ist es nämlich nicht unpassend, Arbeiterbewegungen in die Parade zu fahren. Vom kollektiven Widerstand erwartet er sich nichts als Ärger. Die Lösung von gesellschaftlichen Problemen wird erreicht, indem alle Mitglieder der Gesellschaft miteinander verantwortungsvoll handeln. Die herkömmliche sozialdemokratische Idee der Klassenversöhnung eines Klassenstandpunktes, der dann versöhnt oder verhöhnt wird, noch zu. Lafontaines Ansatz hingegen konfrontiert alle einzelnen Mitglieder der Gesellschaft mit der Verantwortung für die Lösung eines Problems. Das scheint auf den ersten Blick nicht gefährlich. Probleme können ja zutreffend bestimmt werden. Nach Lafontaines Denkvorschrift werden Probleme aber nicht bestimmt, sie ergeben sich aus der „zunehmenden Komplexität der Gesellschaft“, durch die „die Möglichkeiten der gewollten, gezielten Veränderung schrumpfen“. Konkret: eine Gewerkschaftsbewegung, die den Lohnstandard erhalten will, zielt auf das Unmögliche. Mithin formuliert sie nicht ein Problem, sondern problematisiert sich selbst. Sie wäre in einen Lafontaine Fan-Club für verantwortliches Miteinander umzuschumpfen. Hat Lafontaine mit der „Komplexität“ wenigstens was neues entdeckt? Aus dem nun schon ziemlich lange von Marx formulierten Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, hat er den gesellschaftli-

chen Charakter der Produktion, die Arbeitsteilung, die alles miteinander verschlingt, herausgerupft und als Komplexität neu bezeichnet, den Tatbestand der privaten Aneignung, die alleinige Verfügung der Ausbeuter über das gesellschaftlich erarbeitete Produkt hat er lieber ganz verschwiegen. Er hätte auch nicht so richtig zur Verantwortung aller einzelnen gepaßt.

Ausweitung des Arbeitsbegriffes

Der Lafontaine-Plan zur Linderung der Arbeitslosigkeit löste fast überall Zweifel aus. Würden die Arbeitgeber Lohnersparnisse wirklich für Neueinstellungen verwenden? Wer diese Zweifel hegt, versteht nicht, um was es geht. Nicht die Arbeitslosigkeit soll aufgehoben werden, sondern der „Begriff der Arbeitslosigkeit“ und zwar

produktionskosten der Arbeitskraft verschwinden, die im konkreten den Maßstab der Bezahlung bilden.

Im zweiten Punkt läßt man die Nachfrage der Kapitalisten verschwinden, die ausgebildete Arbeitskräfte haben wollen, und nicht dafür aufgenommen wollen.

Der dritte Punkt beherbergt in der Formel von gesellschaftlicher Anerkennung und Subvention Verhaltensanforderungen, die öffentliche Hand greift in die privateste Sphäre durch.

Lafontaine übersieht bei seiner „Erweiterung des Arbeitsbegriffes“ großzügig, daß die Gesellschaft in Arbeitgeber und Arbeitnehmer zerfällt, er übersieht, daß den Arbeitgebern das Direktionsrecht über die Arbeitnehmer zusteht. Er übersieht, daß jede Ausweitung des Arbeitsbegriffes unter diesen Bedingungen eine Ausweitung der Direktionsrechte zur Folge hat.

Konkrete Angriffe

Warum stieß der Lafontaines Vorschlag gerade im öffentlichen Dienst auf so starken Widerstand? Gerade da hätte sich doch eine Einstellung pro-



Kürzere Arbeitszeit bei weniger Lohn und mehr Leistung?

durch Neudefinition in drei Stufen.

Erstens die Neudefinition der bezahlten Arbeit. Sie soll nicht mehr in erster Linie nach der damit verbundenen Bezahlung bewertet und bestimmt werden, sondern nach ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit und den Chancen, die sie dem einzelnen zur „Selbstverwirklichung“ bietet.

Zweitens die Neudefinition von Umschulung und Weiterbildung, die nicht mehr als Vorbereitung auf bezahlte Arbeit begriffen werden soll, sondern als „Selbstverwirklichung“.

Drittens durch die Neudefinition der informellen, der gesellschaftlich nützlichen, nicht bezahlten Arbeit, die gesellschaftlich anerkannt und „subventioniert“ werden soll.

Auf diese Weise soll der Arbeitsbegriff erweitert und die Erweiterung „materiell abgesichert werden“. Lafontaine versucht einen dreifach gestaffelten Trickbetrug.

Im ersten Punkt läßt man die Re-

portional zum Lohnverzicht vereinbaren lassen, wenn man nur gewollt hätte! Sind hier also die eigennützigen Besitzer von Vollarbeitsplätzen zu finden, die gegen die wahre Solidarität verstoßen? Keineswegs. Der Lafontaine-Vorschlag reißt die Beziehung von Arbeitslohn und Arbeitsleistung auseinander. Er negiert, daß die Arbeitgeberseite die Leistungsabforderung bereits gesteigert hat und die Arbeitszeitverkürzung darauf eine Antwort ist. Sein bauernfängerischer Vorschlag wäre darauf hinausgelaufen, für weniger Lohn das gleiche oder mehr arbeiten zu müssen. Das sind harte ökonomische Tatsachen. Das sind anti-emanzipatorische Tatbestände. Oskar Lafontaine entwickelt eine Optik, die einfach ausblendet, was nicht ins Bild paßt, und dann kommt er, stark, visionär, zukunftsprägend: „die individuelle Emanzipation über das Materielle hinaustreiben.“ Mhhhm, wird das fein. – (alk, maf)

Dokumentiert: Oskar Lafontaine zu Solidarität, Arbeit und Einkommen

Wesentliche Entscheidungen im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung fallen außerhalb des politischen Bereichs. Und wenn sie im politischen Bereich getroffen werden, dann sind es oft die Entscheidungen anderer Nationalstaaten, die die wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land wesentlich beeinflussen. In dem Maße, wie mit der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft die Möglichkeiten der gewollten, gezielten Veränderung schrumpfen, werden auch die klassischen Handlungsspielräume der Politik zusehends enger. Da aber dem gewählten Politiker die Verantwortung übertragen wurde, erwartet man von ihm die Lösung von gesellschaftlichen Problemen, die eigentlich nur dann gefunden werden kann, wenn alle Mitglieder der Gesellschaft miteinander verantwortungsvoll handeln ... In einem diskursiven Lernprozeß müßte der einzelne die Fähigkeit erwerben, die abgegebene Verantwortung wieder zu übernehmen ... mehr Demokratie wagen, das heißt, jeder muß mehr Verantwortung übernehmen. (S. 19–21)

Die europäische Kultur beruft sich auch auf die christliche Überlieferung. Die radikalste Forderung der christlichen Lehre ist die Feindesliebe. Die Liebe zum Mitmenschen läßt uns die Feindbilder überwinden ... Eine Politik, die die Menschen nach „Freund und Feind gruppiert“ steht gegen das Politikmodell der demokratischen Linken, die immer auf Solidarität, auf das Miteinander setzt ... Auch in der Bundesrepublik sind die Konservativen verwirrt. Verhärtet und ratlos suchen sie nach neuen politischen Wegen. Der Richtungsstreit in den Unionsparteien ist Ausdruck dieser Entwicklung. Die Sozialdemokratie hingegen hat sich erholt. In vielen Bereichen hat sie inzwischen die Meinungsführerschaft zurückgewonnen, weil sie den notwendigen Prozeß der programmatischen Erneuerung früher begonnen hat, früher beginnen mußte. Vor allem hat sie erkannt, daß die Menschheit nur überleben kann, wenn sie zu gemeinsamem Handeln findet, zur Gemeinsamkeit auch mit der Natur. Es führt kein Konzept in eine freie Zukunft, das nicht die gesamte Schöpfung in die Leitidee der Solidarität mit einschließt. (S. 28–31)

Die Sozialdemokratie war immer die Partei des technischen Fortschritts. Produktivitätssteigerung ist selbst dann noch ein grundsätzliches Ziel ihrer Politik, wenn durch technische Rationalisierungsmaßnahmen menschliche Arbeitskraft eingespart wird. Allerdings kann sie einer Politik der Produktivitätssteigerung nur unter der Bedingung zustimmen, daß der Gewinn der Technik gerecht aufgeteilt wird, daß alle gleichermaßen in den Genuß des technischen Fortschritts kommen, daß alle seine negativen Begleiterscheinungen solidarisch mittragen ... Wer eine gerechtere gesellschaftliche Aufteilung des Produktionszuwachses erreichen will, darf die Frage nach der Lohnhöhe und der Arbeitszeit nicht mikroökonomisch zu lösen versuchen, sondern sozialstaatlich vermitteln. Eine nennenswerte Verkürzung der mittleren gesellschaftlichen Arbeitszeit wird in absehbarer Zeit nicht zu umgehen sein. Heute müssen wir uns fragen: Führt die dritte industrielle Revolution in die Gesellschaft der Arbeitslosigkeit oder in die Gesellschaft der Freizeit? Wird sie den Menschen von verkrüppelnder Arbeit befreien, oder wird sie ihn noch mehr verkrüppeln, indem sie ihn zu erzwungener Untätigkeit verdammt? Muß der Mensch zu seiner Identitätsfindung, zu einer selbstverantwortlichen Existenz unbedingt einer Erwerbsarbeit nachgehen? ... Der Begriff der Arbeit sollte daher in Zukunft seine Bestimmung und Bewertung nicht in erster Linie aus der damit verbundenen Bezahlung erhalten, sondern daraus, inwieweit die Arbeit gesellschaftlich nützlich ist und inwieweit sie dem einzelnen Chancen zur Selbstverwirklichung, zur Emanzipation bietet. Die Forderung nach Selbstverwirklichung führt dazu, daß Arbeit und Bildung wieder in stärkerer Form miteinander verbunden werden, wie dies der Tradition der Arbeiterbewegung entspricht ... Für die konkrete Utopie der Gesellschaft der Zukunft heißt das zum ersten: Ausbau der sozialen Grundsicherung; zum zweiten gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit; und zum dritten: Die Neudefinition der Arbeit hebt den Begriff der Arbeitslosigkeit auf, indem Weiterbildung und Umschulung als Tätigkeit begriffen werden für die Selbstverwirklichung des Menschen ... Durch den Ausbau der Grundsicherung, die gegenwärtig im wesentlichen aus Sozialhilfe, staatlicher Ausbildungsförderung, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe und Rente besteht, soll die Erweiterung des Arbeitsbegriffes materiell abgesichert werden. Außerdem soll verstärkt für die gesellschaftliche Anerkennung der in-

formellen Arbeit, also nicht bezahlter, gesellschaftlich-nützlicher Arbeit, geworben werden. Ohne diese Anerkennung ließe sich zum Beispiel die Subventionierung eines Mutterschafts- oder Vaterschaftsjahrs gar nicht legitimieren. (S. 75–83)

Der Überfluß birgt die Gefahr ... Heute sind wir dagegen in der paradoxen Lage, daß uns der Verzicht in manchen Fällen besser bekommen würde als die Steigerung. Verständlich, daß gerade diejenigen, die ihren bescheidenen Wohlstand der kontinuierlichen, undifferenzierten Steigerung des Sozialproduktes verdanken, sich mit der Einsicht schwertun, daß der Verzicht in einigen Bereichen ein vieles mehr in anderen Bereichen bedeuten könnte ... Da sich aber die Linke immerhin die Utopie eines gerechteren Gemeinwesens bewahrt hat, kann sie sich besser als manch andere Partei vorstellen, daß die Lebensqualität der Menschen nicht unbedingt von der Quantität der verfügbaren Güter abhängt. (S. 106–108)

Lange Zeit konnte ja die Linke mit Fug und Recht hoffen – und die Rechte befürchten –, daß sich in der Gesellschaft aufgrund der von der industriell-kapitalistischen Produktionsweise hervorgerufenen Klassenstrukturen ein bisher nie dagewesenes solidarisches Bewußtsein entwickeln würde; Beweis: die Arbeiterbewegung ... Doch heute, unter dem Vorzeichen des materiellen Überflusses, hat die Individualisierung eine völlig andere Qualität gewonnen als früher unter dem Vorzeichen des Mangels. Seit sie nicht mehr mit Verelendung verbunden ist, kann sie durchaus von vielen als positiv empfunden werden: Der Verlust an Sicherheit wird durch den Gewinn an persönlicher Autonomie und Selbstbestimmungsmöglichkeiten mehr als aufgewogen ... An einer grundsätzlichen staatlichen Garantie und Kontrolle der sozialen Sicherungssysteme kann und darf niemand rütteln. Privatisierung kommt nicht in Frage. Doch in den staatlichen Organisationen muß der Freiraum für die Selbstbestimmung der Betroffenen erweitert werden ... Der Gedanke einer sozialen Grundsicherung für alle diejenigen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen können und kein anderes Einkommen haben, ist allein schon deshalb richtig, weil eine solche Sicherung mit einem geringen bürokratischen Aufwand zu organisieren ist. Allerdings sollte man sich weiter überlegen, wie auch eine Grundsicherung mit Organisationsformen unmittelbarer menschlicher Solidarität und individueller Selbstbestimmung verbunden werden könnte. Besser ist es, elternlosen Kindern die Geborgenheit in einer Pflegefamilie zu ermöglichen als sie in Kinderheime zu überweisen ... Wie die Verantwortung darf auch die Solidarität nicht nur mehr oder weniger anonymen Institutionen übertragen werden, sondern sie muß als menschliches Miteinander erfahrbar bleiben. (S. 116–123)

Jetzt muß die Linke das „Projekt Moderne“, ihr ureigenstes Projekt, auch gegen strukturalistische Modernisierungsstrategien retten. Letzteren wird nur so lange die Aura des Progressiven anhaften, wie sie durch ein strukturalistisches, statisches Verständnis von Sozialverträglichkeit bestätigt und nicht durch eine Politik der verantwortungsethischen Gestaltung des Fortschritts herausgefordert werden ... In Anbetracht des Risikopotentials einer hochtechnisierten Produktion können wir uns weniger denn je den liberalistischen Irrglauben leisten, daß die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte, wenn man sie nur sich selber überläßt, irgendwann zu einem vernünftigen Gleichgewicht finden ... Als Ergebnis vernunftgeleiteten Denkens zielt der Interventionismus darauf ab, die gesellschaftliche Freiheit auch in den marktwirtschaftlichen Prozessen sicherzustellen ... Dies ist durchaus kein Plädoyer für eine bürokratische Planwirtschaft. Es gibt kein System, das die menschlichen Bedürfnisse besser befriedigt hätte als die Marktwirtschaft. Das Prinzip Verantwortung soll also den Marktmechanismus keineswegs aushebeln, es soll ihn vernünftigen Regeln aussetzen. Statt die Angebote des Marktes daraufhin zu prüfen, ob sie menschlichen Zwecken entsprechen, wäre es sinnvoller, zunächst die menschlichen Zwecke zu bestimmen und dann erst entsprechende Angebote über den Markt zu machen. (S. 244–250)

Die Sozialdemokratie hatte in früheren Jahren großen Zulauf, weil sie der Arbeiterschaft den kollektiven Aufstieg in Aussicht stellte, indem sie für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen eintrat. Die arbeitenden Menschen wird sie im Prinzip auch heute nicht anders gewinnen können. Allerdings haben sich mit dem inzwischen erreichten allgemeinen Wohlstandsniveau sowohl die Struktur der Arbeitnehmerschaft als auch deren Aufstiegsvorstellungen erheblich verändert ... Die Demokratie wird attraktiv bleiben, wenn sie Lebens-, Entwicklungs- und Arbeitsperspektiven erschließen hilft, die die individuelle Emanzipation über das Materielle hinausstreben. (S. 261)

Oskar Lafontaine, *Die Gesellschaft der Zukunft*, Hamburg 1988

Türkei

Der Widerstand in der Türkei weitet sich auf allen Ebenen aus!

Im Massenprozeß gegen Dev Sol, mit ungefähr 1500 Angeklagten, fand am 3.3. dieses Jahres eine Verhandlung im Militärgefängnis Metris (Istanbul) statt. An diesem Prozeßtag waren etwas über 80 Gefangene anwesend und zwar nur die, die auch im Militärgefängnis von Metris einsitzen sowie einige Angeklagte die bereits freigelassen wurden. Gefangene aus dem Militärgefängnis Sigmacilar, ebenfalls in Istanbul, waren nicht anwesend, da diese sich im Hungerstreik befinden. Dieser Hungerstreik im Gefängnis von Sigmacilar begann Anfang Februar und richtete sich vor allem gegen das Aneinanderketten beim Transport zur Gerichtsverhandlung, gegen Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten und für die Behandlung als politische Gefangene. Dieser Hungerstreik wurde von einem Solidaritätshungerstreik der Angehörigen begleitet, der am 2.3. bereits sieben Tage andauerte. Außerdem unterstützten Studenten die Gefangenen durch zweitägige Hungerstreiks.

Der Gerichtssaal ähnelt einer großen Sporthalle mit zwei Tribünen an den Längsseiten. An der Stirnseite befindet sich die Tribüne, auf der vier Richter und ein Staatsanwalt in einer Reihe Platz nehmen. Rechts davon sitzen zehn Verteidiger an einem schmalen Tisch, ihnen gegenüber befinden sich die Plätze für die Presse. Die Angehörigen und Zuschauer müssen auf der Zuschauertribüne Platz nehmen, die für mehr als 1000 Zuschauer

Sitzplätze bietet. Die Zuschauer werden erst in den Saal gelassen, nachdem die Gefangenen hineingebracht wurden, um so zu verhindern, daß die Öffentlichkeit sieht, wie die Gefangenen mit Eisenketten aneinandergekettet in den Gerichtssaal geführt werden. Die Angeklagten sitzen auf Bänken in der Mitte des Saales umgeben von mehreren Soldaten. Einige der Angeklagten sind schon seit 1979 im Gefängnis, ohne daß in ihrem Fall ein Urteil gesprochen wurde. Zum Teil sitzen sie schon länger im Gefängnis als das jeweils höchstmögliche Strafmaß wäre. Während dieses Prozeßtages wurden verschiedene Fälle aufgerufen, aus Protokollen vorgelesen, die Angeklagten befragt, woraufhin der Richter die Aussage zu Protokoll nahm und verkündete, wann über diese Sache weiterverhandelt wird. In dieser Weise verlaufen die Prozeß schon fast acht Jahre. In vielen Fällen stützen sich die Anklagen auf Aussagen, die unter Folter erpreßt wurden. In Fällen, in denen die Angeklagten die Aussagen widerriefen, verfahren die Gerichte dann so, daß trotzdem die Angeklagten ihre Unschuld beweisen müssen. Verfahren gegen Folterer gibt es nur, wenn ein Gefangener zu Tode gefoltert wurde. In Istanbul gab es nach Auskunft der Rechtsanwälte zwei solcher Verfahren, in denen dann Strafen zwischen drei und fünf Jahren verhängt wurden.

Im weiteren Prozeßverlauf erhielten die Gefangenen die Erlaubnis, eine

Erklärung abzugeben. Nach der Mittagspause durfte die Erklärung verlesen werden. Während der Pause ist es den Angehörigen gestattet, etwa zehn Minuten von der Tribüne herab mit den Gefangenen zu sprechen. Pressevertreter und Anwälte dürfen während der ganzen Pause mit den Gefangenen sprechen.

In der Erklärung ging der Sprecher der Gefangenen darauf ein, wie der Militärputsch vom 12. September 1980 die Gesellschaft veränderte und rief dazu auf, eine Kampagne unter dem Motto „Die Ergebnisse des 12. September bekämpfen“ durchzuführen. Das war das erste Mal, daß in der Türkei öffentlich über den faschistischen Militärputsch und dessen Auswirkungen gesprochen wurde.

Im Anschluß daran hielt jeder der Verteidiger ein Plädoyer für die Freilassung eines bzw. für mehrere seiner Mandanten. Nach einer weiteren Verhandlungspause trug der Staatsanwalt seine Bedenken vor. Zum Ende dieses Prozesses verkündete der Richter die Namen von vier Angeklagten, die vorläufig auf freien Fuß gesetzt werden. Insgesamt war für mehr als zehn Gefangene die Freilassung beantragt. Auf diese Weise werden bei jedem Verhandlungstag einige Gefangene freigelassen, wobei das Verfahren gegen sie aber weiterläuft. Während des bisherigen Prozesses haben sich die Gefangenen immer geweigert, die Gefängnisuniform anzuziehen, so daß sie sogar im Winter beim Prozeß nur in Unter-



Massenprozeß gegen Dev Sol-Mitglieder am 3. März im Militärgefängnis Metris (Istanbul): Einer der Gefangenen gibt eine Erklärung „Die Ergebnisse des 12. September bekämpfen“ ab (Bild links). Großkundgebung statt Kantinenessen – die Arbeiterbewegung umgeht das Streikverbot und erkämpft das Versammlungsrecht (Bild rechts).

wäsche erschienen.

Frauen organisieren sich in einem eigenen Verein

Im Dezember 1987 begann der demokratische Frauenverein Demkad mit seiner Arbeit. Dieser Verein ist bis jetzt noch nicht offiziell von den türkischen Behörden anerkannt worden. Ziel dieses Vereins ist es, die Solidarität unter Frauen zu stärken und die Ungleichbehandlung von Frauen gegenüber Männern zu bekämpfen. Die Frauen des Vereins führten bereits eine Demonstration mit leeren Kochtöpfen als Protest gegen die rapide steigende Inflation durch, veranstalteten eine Pressekonferenz über den Volksaufstand in Palästina und führten im Anschluß daran eine Demonstration mit 1000 Teilnehmern durch, die von der Polizei aufgelöst wurde.

Darüber hinaus begannen die Frauen eine Kampagne zur Unterstützung der in den Gecekondu (Elendsviertel in Istanbul) lebenden Menschen. So

führen die Frauen in diesen Vierteln Gesundheitsberatungen durch und verteilen kostenlos Medikamente. In der letzten Zeit werden diese Armenviertel abgerissen, ohne daß die Bewohner andere Wohnmöglichkeiten erhalten. Dagegen hat die Demkad eine Demonstration mit 2000 Teilnehmern organisiert. In vielen Fällen – z.B. bei Streitigkeiten in der Familie – wenden sich Frauen an Demkad. Im Gegensatz zu verschiedenen bürgerlichen Frauenvereinen in der Türkei sieht Demkad die Ursache für die Ungleichbehandlung von Mann und Frau nicht als Problem des Geschlechts, sondern der Politik, d.h. im System begründet. Ziel ihres Kampfes ist nicht der Mann, sondern das System.

131 Tage Streik bei Migros

Vom 20.8.–29.12.87 wurden die Istanbul-Filialen des Lebensmittelkonzerns bestreikt, mit dem Ergebnis einer Lohnerhöhung von 130000 bis

140000 TL auf ungefähr 365000 TL (100 DM sind ca. 70000 türkische Lira) und dem Recht, daß im Falle einer Entlassung eines Arbeiters aufgrund des Disziplingesetzes die Gewerkschaft gehört werden muß.

Die Gesetze des 12. September führten dazu, daß die Möglichkeit zu streiken erheblich eingeschränkt ist und Streiks gesetzlich behindert werden. Vor dem 12. September war es jederzeit möglich zu streiken, während es derzeit nur möglich ist, wenn der Tarifvertrag ausgelaufen und ein kompliziertes Verfahren durchlaufen ist. Es ist den Gewerkschaften verboten, Solidarität von anderen Gewerkschaften oder Parteien zu bekommen. Es ist verboten, vor den Betrieben Streikzelte zum Schutz vor der Witterung aufzustellen. Vor Gericht konnte die Gewerkschaft schließlich doch die Streikzelte durchsetzen.

29 politische Gefangene geflohen

Am 24.3.88 gelang insgesamt 29 Gefangenen (Mitglieder von TKP/ML, Dev Sol, TDKP, Dev Yol) die Flucht aus dem Militärgefängnis von Metris, indem sie sich einen Tunnel nach draußen gruben. Unter den Geflohenen waren fünf politische Gefangene, die letzte Woche zum Tode verurteilt wurden, alle anderen hatten lebenslängliche Freiheitsstrafen zu verbüßen. Bis jetzt konnte noch keiner gefaßt werden. – (han, FAU/R)

Arbeiterbewegung setzt sich zur Wehr

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften und der politischen, insbesondere der revolutionären Parteien durch das Regime des 12. September war es vor allem 1987 zu einzelnen Kampfmaßnahmen durch Teile der Arbeiterbewegung in der Türkei gekommen. Bekannt wurden die Streiks beim Telefonanlagenbauer Netas, beim Lebensmittelgroßhändler Migros und bei den Automobilarbeitern. Im Zuge der Verhaftung der wie die Glücksritter in die Türkei eingereisten TKP-Chefs Kutlu und Sargin hat das Regime die Führung der Automobilarbeiter-Gewerkschaft ebenfalls verhaftet – sie hätte die illegale Gründung einer kommunistischen Partei mitbetrieben. Diese Maßnahme war unverkennbar die Reaktion auf den Arbeitskampf der Automobilarbeiter und gleichzeitig Drohung für weitere Kämpfe. Ein halbes Jahr später, im März 1988, jedoch folgten 1,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf des Gewerkschaftsdachverbands Türk Is zu Protestaktionen. Türk Is war im Rahmen der „Demokratisierung“ durch das Regime als gelbe Gewerkschaft installiert worden. Der Druck der organisierten Lohnabhängigen hat aber mittlerweile die Führung zu Handlungen gegen Regierung und Kapital gezwungen. Türk Is ist trotz der versöhnlichen Führung zum gewerkschaftlichen Sammelpunkt der Opposition geworden. Letzter Auslöser der jetzigen Proteste sind die Preiserhöhungen im Dezember (rund 30%) und Februar. Die meisten Grundnahrungsmittel

und andere Waren unterliegen staatlicher Preiskontrolle. Die Inflation beträgt 50%, die Arbeitslosenquote 40% in einem an Rohstoffen, Arbeitskräften und technischem know how reichen Land, das die türkische Bourgeoisie zum Schleuderpreis an die Imperialisten verkauft.

Da Streiks nach wie vor verboten sind, haben die Gewerkschaften eine neue Kampftaktik entwickelt: Sie riefen zu einem Fastentag und zum Kantinenboykott auf; die Arbeitspausen wurden zu Großkundgebungen genutzt, die sich in die Arbeitszeit hinein ausdehnten. Eine der Hauptparolen, die von den Arbeiterinnen und Arbeitern zu hören war, war die Forderung nach Generalstreik. Weg mit den Preiserhöhungen, Demokratie waren wesentliche Inhalte der Aktionen, denen sich auch große Teile der Beamten und der Studenten anschlossen. Die Beamten gehören in der Türkei zu den Berufsgruppen mit den niedrigsten Löhnen, eine Lehrerin beispielsweise verdient deutlich weniger als ein Facharbeiter, ein Facharbeiter wiederum kann von seinem Lohn nicht einmal eine gute Wohnung mieten.

Zentrum der jetzigen Proteste sind die Industriebetriebe. In diesen ist der Anteil weiblicher Beschäftigter besonders hoch, da eine Familie in den Großstädten nur leben kann, wenn beide Ehegatten und häufig die Kinder berufstätig sind. Unklar ist die Haltung der Bauern, die unter den Werktätigen nach wie vor die größte Klasse darstellen. – Von einer Rücknahme der Preiserhöhungen oder von Lohnerhöhungen ist bislang nichts bekannt. Die Proteste sollen weitergehen. – (dev, Mak)

Großbritannien

Progressive Besteuerung faktisch abgeschafft

Die faktische Abschaffung der progressiven Einkommensbesteuerung kennzeichnet den neuen britischen Haushalt, der wie üblich auch Steuergesetzmaßnahmen enthielt. In der Einkommensteuer galten bislang sechs Steuerstufen, die unterste von 27% galt bis zu einem Jahreseinkommen von 17900 Pfund, also 53700 DM, nach Freibeträgen. Vier weitere zwischen 40% und 60% galten für den darüberliegenden Teil von höheren Einkommen. Für den Teil des Einkommens, der über 41200 Pfund im Jahr (123600 DM) lag, mußten bislang 60% gezahlt werden.

Schatzkanzler Lawson schaffte mit der Steuerreform die höheren Steuerrenten ab. Jetzt gibt es nur noch zwei – 25% bis zu 19300 Pfund (57900 DM) zu versteuerndes Einkommen und 40% für darüberliegende Einkommensanteile. Zur Erinnerung: Bis 1979, als Thatcher an die Macht kam, betrug der Höchstsatz 83%. Trotz der gleichzeitigen Erhöhung der Freibeträge ist der Effekt der Änderung für die meisten Arbeiter minimal. Bei ei-

nem Jahreseinkommen von 14000 Pfund (42000 DM) zahlte ein Ehepaar bisher 19,7%, in Zukunft 17,7% Steuern – und die Minderbelastung von damit 837 DM im Jahr wird nur wirksam, wenn die Arbeiter keine Lohn-erhöhung durchsetzen, d.h. das Realeinkommen sinkt. Außerdem wird sie von steigenden Selbstbeteiligungskosten beim Gesundheitswesen weggefressen. Für ein Kapitalistenehepaar mit 70000 Pfund pro Jahr (210000 DM) fällt die Besteuerung von 44,8% auf 33,5% oder um 7914 Pfund (23742 DM). Für gut verdienende Angestellte mit 25000 Pfund im Jahr (75000 DM) macht die Steuersenkung umgerechnet etwa 2200 DM im Jahr aus.

Von großer Bedeutung für die Kapitalisten ist die drastische Senkung der Erbschaftssteuer. Bei einer Erbschaft von umgerechnet 6 Mio. DM zahlen die Erben in Zukunft 1,04 Mio. DM weniger Steuern. Maßnahmen zur steuerlichen Förderung der (reichen) Familie und der Hausbesitzer runden das Paket ab.

Die Steuergesetze stehen in direktem Zusammenhang mit der Senkung der Sozialhilfesätze und der schrittweisen Zerstörung der Gesundheitsversorgung. Außerdem: Ab 1990 wird die Grundbesitzsteuer durch eine einheitliche Gemeindesteuer ersetzt, d.h. die hohen Grundsteuern für Geschäftsgebäude und Bürobauten fallen größtenteils weg. Damit schaffte die Regierung die Besteuerung nach Vermögen faktisch ab, jetzt folgt die weitgehende Eliminierung der Progression bei der Einkommensbesteuerung. Quellenhinweis: Financial Times, verschiedene Ausgaben, vor allem 16.3.; Economist, 18.3. – (hef)

Panama

Unerklärter Krieg der USA – EG und BRD dabei

Unter dem Deckmantel des inzwischen weltweiten Kampfes der USA gegen den Drogenhandel führt die US-Regierung seit über einem dreiviertel Jahr mit allen erdenklichen Mitteln einen schmutzigen, unerklärten Krieg gegen Panama. Der kommandierende Oberbefehlshaber der Verteidigungsstreitkräfte Panamas, Noriega, wurde in zwei Verfahren wegen Drogenhandels u.ä. Delikte in den USA angeklagt. Die Tochter Noriegas wurde in Panama von einer US-Militärstreife wegen Geschwindigkeitsüberschreitung festgenommen und zunächst verschleppt. Über Monate betrieben die USA über den von ihnen ausgehaltenen „Bürgerkreuzzug“ die Destabilisierung der Wirtschaft Panamas und die Täuschung der internationale Öffentlichkeit. Das Hauptquartier des „Bürgerkreuzzuges“

befindet sich in der Suite des Hotels „Marriott“. Die noble Ärztesellschaft, der Rotary und der Lions Club und eine einflußreiche Handelskammer stehen an ihrer Spitze. Monatelang waren die angekündigten Streiks und Demonstrationen ohne durchschlagenden Erfolg, außer wenn die Banken und großen Geschäfte schlossen und die Beschäftigten aussperrten.

Der Präsident Panamas, Solis Palma, nannte am 22.3. folgende Maßnahmen der USA gegen Panama: Boykott der Schuldenverhandlungen Panamas, Verletzung der Panama-Kanal-Verträge durch Nichtauszahlung der Panama zustehenden Gebühren, Senkung der Quoten für panamaische Exporte, Einfrieren aller in den USA befindlichen Gelder der Nationalbank Panamas (60 Mio. US-\$) und weiterer Guthaben, Unterbindung des Flugverkehrs von Air Panama in die USA und des Schiffsverkehrs bis hin zur Beschlagnahme des Vermögens der Fluggesellschaft. (1) Am 25.3. verabschiedete der US-Senat eine Resolution, worin die Regierung aufgefordert wird, weiteren politischen und wirtschaftlichen Druck auf Panama auszuüben. So wird u.a. bereits erörtert, Panama die Öllieferungen zu sperren. Auch die EG-Staaten beteiligen sich an der Destabilisierungspolitik gegen Panama. So haben westeuropäische Banken und Firmen ihre Guthaben ins Ausland transferiert und unterstützen den „Bürgerkreuzzug“ bzw. den abgewählten Präsidenten Devalle. Die Neue Zürcher Zeitung berichtet am 4.3., daß sich an dem Einfrieren aller panamaischer Guthaben im Ausland „auch die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien angeschlossen haben“. Ungefragt bieten Spanien und Frankreich General Noriega Asyl an. Die Sozialistische Internationale mit Sitz in Bonn verbreitet Falschmeldungen, wonach die Demokratisch-Revolutionäre Partei (PRD) der Entlassung Noriegas zugestimmt hätte, was vom PRD-Vorsitzenden, Bethancourt, entschieden zurückgewiesen wird. (2)

Als wesentliche Gründe für das Vorgehen der USA gegen Panama nennen Regierungsvertreter und Abgeordnete Panamas: Ablehnung der US-Forderungen nach Beteiligung an einer Invasion in Mittelamerika und nach Verlängerung der Panama-Kanal-Verträge bis ins Jahr 1915.

Da Panamas Währung der Dollar ist, hat sich die wirtschaftliche Lage enorm verschärft. Die Regierung besitzt keine Dollars, um z.B. die Löhne vollständig auszuzahlen. Die Mehrzahl der Gewerkschaften, der Nationale Verband der Kleinunternehmer und die linken Parteien haben Stellung gegen die US-Aggression bezogen. Von der Regierung werden antiimperialistische Maßnahmen gefordert. Quellenhinweis: Monitor-Dienst, 23.3. (1), 16.3. (2) – (sie)

US-Truppen nach Honduras

„Nur“ Stimmungsmache für Kontra-Hilfe?

Am 16.3. kündigte Präsident Reagan die Entsendung von 3200 Mann Fallschirmjägern – Teil der Schnellen Eingreiftruppen – nach Honduras für Notfallübungen an. Der Präsident von Honduras hatte die USA um „wirksame und sofortige Unterstützung“ gegen eine angebliche Invasion Nikaraguas gebeten – nachdem ihn die US-Regierung lange genug bearbeitet hatte und neun Stunden nach Reagans Anordnung.

Vorausgegangen waren zwei Abstimmungsniederlagen der Regierung in Sachen Kontra-Hilfe im US-Repräsentantenhaus und eine Offensive der nikaraguanischen Armee gegen die Kontras im Grenzgebiet mit Honduras, die 2000 Kontras vertrieben und das Hauptquartier der Kontras innerhalb Nikaraguas überrannt hatte. Pentagon-Offizielle zitierten Berichte, nach denen die nikaraguanischen



Landung der US-Truppen in Honduras

Truppen sich auf das Nachschubhauptquartier der Kontras in Nikaragua zu bewegen und daß sich die Kontras auflösen würden, wenn ihre Nachschubbasen überrannt würden. Reagans Aktion habe, so Senator Dodd, ein Gegner von Kontra-Hilfe, den „ganz klaren Zweck“ neue Hilfe für die Kontras zurechtzuzimmern. Am nächsten Tag, den 18.3., brachten zehn reaktionäre Senatoren eine neue Kontra-Hilfe-Vorlage im Senat ein. Außerdem war es den US-Imperialisten wichtig, ihre Söldnertruppen für die Waffenstillstandsverhandlungen mit der Regierung Nikaraguas am 21.3. moralisch aufzurüsten.

Die Truppenentsendung hat sofort spontane Protestaktionen in den ganzen USA hervorgerufen. Die überregionale „USA Today“ berichtet von über 100 Demonstrationen am

Wochenende (20./21.3.) in großen und kleineren Städten. Der „Guardian“ berichtet von 8000 Teilnehmern in San Francisco am 19.3. In elf Tagen haben dort sieben Demonstrationen mit jeweils 1000 und mehr gegen die Truppenentsendung stattgefunden, die größten anhaltenden, militanten Demonstrationen seit dem Vietnamkrieg. 1000 marschierten in Minneapolis, 800 in Chicago, 7000 in Boston. Proteste fanden innerhalb von Stunden vor den Basen der Truppen, die nach Honduras gehen sollten, statt.

Die Presse in den USA war zum großen Teil ziemlich kritisch. Von fünf Meinungsartikeln in „USA Today“ vom 21.3. z.B. ist nur einer für Kontra-Hilfe. Zwei bezichtigen die Regierung des Betrugs. Einerseits wurde die angebliche „Invasion“ Honduras durch Nicaragua bezweifelt. Seit Jahren würden Sandinista-Truppenteile die Kontras bis auf honduranisches Gebiet verfolgen, ohne daß Honduras „Invasion“ geschrien habe. Andererseits ist die Absicht der Regierung, Stimmung für ein neues Kontra-Hilfspaket zu machen zu durchsichtig. Erst 1986 hatte die Reagan-Regierung die gleiche Schau abgezogen: Nicaragua der Invasion bezichtigt und Honduras erpreßt, US-Militärhilfe anzunehmen. Zu der Zeit suchte Reagan nach Unterstützung für neue Militärhilfe für die Kontras, der dann auch zugestimmt wurde. Ein gerade veröffentlichter Untersuchungsbericht des Kongresses darüber beschuldigt die Regierung der geplanten Fehlinformation.

Die Entsendung der Truppen bestätigt, daß die Möglichkeit einer Invasion Nicaraguas durch die USA real ist. Und es bestätigt, daß die USA entschlossen sind, den Arias-Friedensplan wie jedes Abkommen zu sabotieren, mit dem die Länder Zentralamerikas ihre Angelegenheiten selbst regeln und die militärische Präsenz der USA in der Region verringern wollen.

– (ger, her)

Argentinien

Britisches Militärmanöver auf den Malwinen

Zum ersten Mal seit dem 73-Tage-Krieg 1982 gegen argentinische Truppen führte das britische Militär Manöver auf den Malwinen (Falkland-Inseln) durch. Vom 7.–31.3. fand die Militärübung „Fire Focus“ (Brennpunkt) statt. Mehrere tausend Soldaten und Kampfmateriale wurden mit Großraumflugzeugen auf die Malwinen gebracht, wo die Briten eine ständige Garnison von rund 2000 Soldaten unterhalten. Seit 1982 hat die britische Regierung umgerechnet fast 10 Mrd. DM in den „unsinkbaren Flug-

zeugträger“ investiert, davon allein 1,1 Mrd. für den Flugplatz Mount Pleasant. Die Malwinen sind der einzige Militärstützpunkt Großbritanniens im Ausland, auf dem alle drei Waffengattungen stationiert sind: die Marine in einem in unmittelbarer Nähe zum Flugplatz gelegenen Hafen, die Luftwaffe und die Infanterie. Wie bereits 1982 erfolgte der Truppentransport über Ascension Island, einem britisch-US-amerikanischen Stützpunkt vor der westafrikanischen Küste; die Militärübung wurde durchgeführt mit Billigung der NATO und in ihrem Rahmen koordiniert und war eine deutliche Drohung gegen alle antiimperialistischen Bestrebungen in Südamerika.

Nicht erst mit dem britischen Manöver wurde auch in Argentinien die Kritik an der imperialistischen Abhängigkeit lauter. Die nationalistischen Peronisten konnten bei Provinzwahlen Stimmen gewinnen, und 1989 findet die Präsidentschaftswahl statt. 300 britische Konzerne beherrschen nach wie vor weite Teile der Wirtschaft. 100 Mio. ha (viermal so groß wie Großbritannien) des besten Bodens in der

Provinz Patagonien befinden sich in Händen britischer Großgrundbesitzer; der britische Staat ist zudem Teilhaber von „El Condor“, einem der größten Landwirtschaftsbetriebe. Noch in den sechziger Jahren wurde dem argentinischen Unterrichtsminister eine Inspektion dort untersagt.

Im vergangenen Jahr erklärte die britische Regierung eine Zone von 150 Seemeilen um die Malwinen zum „Fischereischutzgebiet“. Nur Schiffe mit britischer Genehmigung dürfen dort fischen. Die Erlöse aus den Tintenfischfängen betrugen 1987 umgerechnet 1,2 Mrd. DM, davon kassierte die britische Kolonialverwaltung rund 60 Mio. DM an Gebühren.

Acht südamerikanische Staaten protestierten vor der UN gegen das Manöver, die brasilianische Regierung sagte einen Besuch des Staatssekretärs im britischen Außenministeriums ab. Die argentinische Regierung versetzte ihre Truppen in Alarmbereitschaft und bekräftigte ihre Forderung nach Rückgabe der Malwinen.

Quellenhinweis: Weser-Kurier, 7.3.; Monitor-Dienst, 1.–15.3.; NZZ, 21./22.2. – (sie)

Sozialhilfe in den USA

Wachsende Anzahl von Lohnabhängigen wird ins nackte Elend gestoßen

Das Sozialhilfesystem in den USA ist angelegt, Geld zu sparen, anstatt materielle Unterstützung zu gewähren. Das ist Ergebnis einer jetzt in Kalifornien veröffentlichten Untersuchung. Die Untersuchung zeigt nicht nur, daß die Sozialhilfe unter der Armutsgrenze liegt, sondern auch, daß immer mehr den Anspruch auf Sozialhilfe verlieren.

Die Sozialhilfe ist 20% unter der

offiziellen Armutsgrenze, die für eine dreiköpfige Familie bei einem Jahreseinkommen von 9506 Dollar liegt. Unter den Sozialhilfeempfängern sind die Minderheiten am stärksten vertreten. Zu den Minderheiten, rund 38% der Gesamtbevölkerung, zählen etwa 63% der Sozialhilfeempfänger. Schwarze, die 7,7% der Bevölkerung ausmachen, erhalten nahezu ein Viertel der Sozialhilfe. Von den 650000



Seit Wochen campen über 100 Obdachlose in Autos und Bussen am Rande des Golden-Gate-Parks in San Francisco. Ein Gesetz verbietet das Übernachten in Autos und auf öffentlichen Plätzen.



Zum 28. Jahrestag des Massakers von Sharpeville (Bild) befolgten Hunderttausende von Schwarzen den Aufruf vieler Organisationen zum Generalstreik. Dieser erste landesweite Streik seit der Bannung von 17 Organisationen des Widerstandes zeigt, daß trotz Erschwernis die Kampfkraft der schwarzen Bevölkerungsmehrheit nicht nachgelassen hat. Mehr als 90% blieben in Uitenhage der Arbeit fern. Die VW-Niederlassung dort mußte die Tore schließen. In Durban wurden vier öffentliche Verkehrsmittel durch Bomben zerstört, um die Gesellschaft zur Einhaltung des Boykotts zu zwingen. Sprecher der Supermarktketten meldeten 90% Beteiligung am Ausstand. – (and)

Indien: Landesweite Streiks

Gegen die Preispolitik der indischen Zentralregierung hat ein Bündnis mehrerer Oppositionsparteien in Indien mit einem eintägigen landesweiten Streik am 15.3.1988 reagiert. Der Streik wurde vor allem in den Bundesstaaten befolgt, in denen oppositionelle Parteien die Regierung stellen. Die Zentralregierung in Neu Dehli ging massiv gegen die Streikenden vor. Mehr als 20000 Gewerkschafter wurden in Vorbeugehaft genommen, 2500 Bedienstete des Busverkehrs in Dehli sollen entlassen werden. Die Streikaktion ist ein Auftakt für eine Oppositionskampagne („Indien macht dicht“), die den indi-

schen Premier Gandhi zum Rücktritt zwingen und zu Neuwahlen führen soll. – (cog)

Sambia: Präsident Kaunda fordert Südafrika-Sanktionen

Zum Auftakt der Konferenz europäischer Parlamentarier gegen Apartheid verurteilte der Präsident Sambias und OAU-Vorsitzende, Kaunda, die Beschwichtigungspolitik der EG-Staaten gegenüber Südafrika. Während die westeuropäischen Staaten Maßnahmen gegen Südafrika ablehnten, weil diese angeblich zu keinem Ergebnis führten, würden Sanktionen gegen Staaten wie Kuba und Nicaragua verhängt, sagte Kaunda und forderte einen umfassenden Boykott Südafrikas durch die EG. – (sie)

Türkei: siebeneinhalb Jahre Haft für Journalisten

Der ehemalige Chefredakteur der mittlerweile in Konkurs gegangenen links-intellektuellen Zeitschrift „yeni gündem“ (neue Tagesordnung), Cengiz Turhan, ist von einem Gericht für Staatssicherheit in Istanbul zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Grund: Die Zeitschrift hatte ein Interview mit einem in Paris lebenden kurdischen Professor abgedruckt, in dem dieser die Politik der türkischen Regierung, insbesondere betreffend Kurdistan, kritisiert hatte. Diese Veröffentlichung erfülle den Tatbestand des Separatismus und der staatsfeindlichen Betätigung, befand das Gericht. „Yeni gündem“ gehörte zu den vorwiegend von Intellektuellen getragenen Magazinen, die sich trotz mehrerer Beschlagnahmen standhaft und mutig unter dem Militärregime gehalten hatten. Zeitschriften wie „yeni gündem“ füllten die Lücke, die durch das Verbot der Partei- und Gewerkschaftspresse entstanden war. Zu den Themen der Zeitschrift gehörten beispielsweise Folter durch Polizei und Militär, der Kampf der Kurden, die Unterdrückung der Frauen. Nachdem „yeni gündem“ politisch nicht tot zu bekommen war, wurde die Zeitschrift Anfang diesen Jahres durch die drastischen Preiserhöhungen von über 30%, staatlich verordnet nach den „Wahlen“, in den Ruin getrieben. Das Urteil gegen Cengiz stellt die Abrechnung der türkischen Bourgeoisie mit einem aufrechten, ehrlichen Oppositionsblatt dar. Um Cengiz vor dem Gefängnis zu bewahren und weiteren Urteilen gegen die oppositionelle Presse zu wehren, sind Proteste etwa von Gewerkschaften und Journalistenverbänden jetzt notwendig. – (dev, Mak)

Familien, die in Kalifornien Sozialhilfe erhalten, gehören 152000 zur schwarzen Minderheit.

Immer weniger Familien, die unter der Armutsgrenze liegen, erhalten allerdings Unterstützung. 1986 lebten 386000 schwarze Familien in Kalifornien unter der Armutsgrenze, mit steigender Tendenz. Nur 39% von ihnen erhalten Sozialhilfe.

Beseitigung des Anspruchs auf staatliche Unterstützung

Mit drastischen Maßnahmen wurden zunächst Arbeiter mit geringem Einkommen aus der Sozialhilfe genommen. So wurde die erlaubte Verdienstgrenze entscheidend gekürzt, unter der Anspruch auf Sozialhilfe besteht. Ab einem Stundenlohn von 3,35 Dollar der seit 1981 bestehende gesetzliche Mindestlohn - entfällt der Anspruch auf Sozialhilfe und jede andere öffentliche Unterstützung. Das sind

633 Dollar für eine dreiköpfige Familie im Monat, im Jahr 7596 Dollar und damit um 1910 Dollar unter der Armutsgrenze und nur 37% des Durchschnittseinkommens. Während 1976 noch rund 30% aller Sozialhilfeempfänger Kaliforniens - rund 125000 Familien - Beschäftigte mit niedrigem Einkommen waren, waren es 1986 nur 15% bzw. 84300 Familien.

Hält man sich die hiesigen Lebenshaltungskosten vor Augen, kann man sich vorstellen, welche Not in diesen Familien herrscht. Seit 1981 sind nach einem Bericht des „Joint Center for Housing Studies“ der Harvard-Universität allein die Mieten 14% stärker als die übrigen Lebenshaltungskosten gestiegen. Inflationsbereinigt befinden sich die Mieten in den USA auf dem höchsten Stand seit 20 Jahren. Das bedeutet, daß eine US-amerikanische Familie heute im Schnitt 58,4% ihres

Einkommens für Miete ausgibt, im Vergleich zu 34,9% im Jahre 1974. Die Mietsteigerungen in den Ballungszentren sind dabei noch unvergleichlich größer. Eine durchschnittliche Miete für eine mittelklassige Zwei-Zimmer-Wohnung in San Francisco beträgt nach offiziellen Angaben rund 900 Dollar pro Monat. Eine Familie müßte über ein Jahreseinkommen von 36000 Dollar verfügen, um die Miete zahlen zu können. Nur etwa 30% aller Haushalte haben dieses Einkommen.

Teure Mieten, leerstehende Wohnungen

Das Märchen vom US-amerikanischen Eigenheim ist schon lange nicht mehr wahr. Während 1980 noch 43,3% der Haushalte von 24-29-jährigen ihr eigenes Haus besessen haben, sind es jetzt nur noch 35,9%, etwa zwei Millionen Haushalte in den USA

Peru: Protestdemonstrationen gegen Preiserhöhungen

Die peruanische Polizei ging brutal mit Knüppelinsätzen und Wasserwerfern gegen hunderte Bewohner der Armenviertel von Lima vor, die im Zentrum der peruanischen Hauptstadt in mehreren Demonstrationen gegen die jüngsten Preiserhöhungen protestierten. Auf Plakaten und Transparenten griffen die Demonstranten die Wirtschaftspolitik der Regierung an und forderten Trinkwasser- und Stromversorgung für die Armenviertel. Über 20 Demonstranten wurden verhaftet. – (sie)

Schließung der UN-Mission der PLO per US-Gesetz

4000 demonstrierten am 13. März in Washington, D.C., gegen den Besuch des israelischen Premierministers Shamir und die neuesten US-Friedenspläne für den Nahen Osten. Einer der Hauptredner war Hasan Abdel Rahman, Direktor des PLO-Informationsbüros in Washington, das die US-Regierung im Dezember 1987 hatte schließen lassen. Im Dezember hatte Präsident Reagan ein Gesetz unterzeichnet, das die palästinensische Befreiungsorganisation zu einer terroristischen Vereinigung und damit nicht willkommen in den USA erklärt. Seither versuchen die USA, die Mission der PLO bei den Vereinten Nationen in New York des Landes zu verweisen. 1947 hatte der Kongreß ein Gesetz verabschiedet, das der UNO und ihren anerkannten Mitgliedern das Recht auf uneingeschränkte Vertretung und Führung ihrer Geschäfte garantiert. Die PLO hat seit 1974 offiziellen Beobachterstatus bei der UNO. Dreimal schon hat die Vollversammlung der UN das Vorgehen der USA verurteilt – zuletzt am 23.3. mit 148

Stimmen gegen die Stimmen der USA und Israels. Es ist ein weiterer Versuch der USA, die PLO aus Verhandlungen über die Zukunft des palästinensischen Volkes auszuschließen. – (her)

USA: Darden ermordet von rassistischer Justiz

Willie Jasper Darden, ein Schwarzer, 1973 wegen Mordes an einem weißen Geschäftsmann zum Tode verurteilt, wurde am Dienstag, 15.3., in Florida auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Gegen das Urteil und die Hinrichtung hatten amnesty international und

andere Organisationen protestiert. Darden wurde von einem nur mit weißen Geschworenen besetzten Gericht nach einem zweifelhaften Verfahren verurteilt, in dem ihn der Staatsanwalt u.a. als „Tier“ bezeichnet hatte. Das Urteil wurde jetzt vollstreckt, obgleich seine Verteidiger um ein neues Verfahren mit zwei neuen Zeugen ersucht hatten, die ein Alibi Dardens zur Tatzeit bestätigen könnten. Vor dem Gericht protestierten zum Zeitpunkt der Hinrichtung Menschen mit Transparenten mit der Aufschrift „Darden ermordet von rassistischer Justiz“. – (P., sie)



Über 500 palästinensische Polizisten haben in den besetzten Gebieten den Dienst quittiert, ebenso haben massenhaft Angestellte der Steuerabteilungen und der Zivilverwaltung auf Aufforderung der PLO/Vereinigte Nationale Führung ihre Arbeitsstellen aufgegeben. Sie waren von Israel eingesetzt und bezahlt worden. Die palästinensischen Streiks in israelischen Unternehmen und Siedlungen haben einigen Sektoren der israelischen Wirtschaft bereits deutlich Schaden zugefügt. Mit dem Flugblatt Nr. 11 vom 19.3. ruft die Führung auch zur Bildung von Volkskomitees auf, um die Führung des Aufstands stärker zu verankern, und zur Verstärkung der lokalen Produktion in Vorbereitung auf einen länger andauernden Kampf. Für den 30. März („Tag des Bodens“) wird zu einem Generalstreik auch der Palästinenser in Israel aufgerufen. – (bar)

weniger.

In Kalifornien betrug letztes Jahr der Durchschnittspreis für ein Eigenheim 139424 Dollar und war damit nur für 33% der Bevölkerung erschwinglich. Spitzenstellung nehmen auch hier die Ballungsgebiete wie z.B. San Francisco ein: Mit durchschnittlich 171375 für ein eigenes Haus, das heißt nur für 18% der Bevölkerung mit einem Einkommen von mindestens 53198 Dollar erschwinglich.

Die schwindelerregenden Preise auf dem Wohnungsmarkt haben keineswegs etwas mit Mangel an Wohnungen zu tun. Im Gegenteil. Die Zahl der leerstehenden Mieteinheiten, dem ein Heer von Obdachlosen gegenübersteht, stieg in den USA von 1,54 Millionen 1981 auf 2,66 Millionen 1987.

Wachsende Obdachlosigkeit

90% dieser Wohnungen sind teurer als 300 Dollar im Monat und damit

für Familien mit geringem Einkommen nicht bezahlbar. Die Anzahl der unter 300 Dollar zu vermietenden Wohnungen hat sich von 1974 bis 1983 um eine Million verringert und nimmt seitdem mit wachsender Geschwindigkeit weiter ab.

Ergebnis der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und der wachsenden Armut ist die rapide ansteigende Obdachlosigkeit. Tausende leben auf der Straße, da die Obdachlosenunterkünfte schon lange nicht mehr reichen. Die Stadt San Francisco hat lediglich 2300 Plätze für Obdachlose in 43 Billighotels der Stadt eingerichtet. Nur ein Bruchteil derer, die es nötig hätten, finden Unterkunft. Und finden Obdachlose z.B. leerstehende Häuser als Unterkünfte, so werden sie vielfach mit staatlicher Gewalt vertrieben, wie folgendes Beispiel zeigt.

Berkeley: Obdachlose besetzen leerstehendes Haus

Am 8. März räumte die Polizei ein seit eineinhalb Jahren von Obdachlosen in Berkeley bei San Francisco bewohntes Haus auf Verlangen des Hauseigentümers, einer Bankgesellschaft. Die Bewohner wurden kurzerhand zu Eindringlingen erklärt und das Haus nach der Räumung unbewohnbar gemacht.

Am folgenden Tag besetzten 100 Menschen als Reaktion darauf ein universitätseigenes, leerstehendes Gebäude. In einem Polizeibüro wurde nach einer Woche auch dieses Haus gewaltsam geräumt und – nachdem es acht Jahre leergestanden hatte – unverzüglich abgerissen.

Angesichts von mehr als 1600 Obdachlosen in Berkeley demonstrierten mehrere hundert Menschen an den folgenden Tagen gegen die Polizeiaktionen. – (P., sie)

– Veröffentlichungen –

Außenpolitisches Programm für Politik der großen Koalition

Im Siedler-Verlag (Bertelsmann) ist im nato-oliven Leineneinband eine kurze Schrift von Egon Bahr (SPD) mit dem Titel „Zum europäischen Frieden – Eine Antwort auf Gorbatschow“ erschienen. Dem Autor, Spitzenpolitiker in SPD in Sachen Außenpolitik und Direktor des Instituts für Friedensforschung, geht es darum, Positionen gegenüber den friedenspolitischen Vorschlägen der Sowjetunion zu entwickeln. Bahr geht davon aus, daß die Politik Gorbatschows zur Festigung der Sowjetunion führen wird und zieht scheinbar eine Abgrenzung gegenüber dem reaktionären Lager: „Nicht der Riese ist hohl, sondern die Hoffnungen auf seinen Zusammenbruch.“ Man müsse die Politik Gorbatschows ernst nehmen, und viele Europäer hätten noch nicht begriffen, daß die „Dinosaurier des atomaren Zeitalters so mächtig gar nicht sind“. Bahr sagt, daß Kriege im atomaren Zeitalter sinnlos seien, ebenfalls der Streit, ob die deutsche Frage offen sei: „Sie ist so offen, daß man gar nicht sagen kann, wie und wann sie politisch schlüssig beantwortet werden kann.“ Es gebe nur einen europäischen Weg zur Lösung, und die ständigen Alleinentscheidungen der USA lägen an der Zerstrittenheit der Europäer. Bahr greift anti-amerikanische Position auf und stellt die These auf, daß gerade die nichtatomaren Staaten ein Recht darauf hätten, in die Abrüstungsverhandlungen energisch einzugreifen. Im Folgenden tritt er für einen „europäischen Pfeiler“ in der NATO ein – gemeint ist die Unterordnung aller konventionellen Streitkräfte in Westeuropa einschließlich der amerikanischen unter europäisches Oberkommando – und fordert einen Korridor von einhundertfünfzig Kilometern in Zentraleuropa, in dem Panzer, Artillerie, Pionier-Brücken-Gerät und Hubschrauber entfernt werden.

Zum Schluß kommt Bahr dann zu der Erkenntnis, daß ein europäischer Frieden eine „deutsche Sonderstellung“ nicht gestatte, die Souveränität müsse wieder hergestellt werden. Die Forderung nach einem Friedensvertrag sei zur Fiktion geworden, weil es eigentlich um zwei Friedensverträge gehen würde: „Die beiden deutschen Friedensverträge wären gleich, was Rechte, Souveränität und Verpflichtungen angeht. Naturgemäß wären die Grenzen unterschiedlich; sie würden auf jeden Fall den heutigen Zustand beschreiben.“ Mit diesem Vorschlag kommt Bahr dann zum Höhepunkt seines „europäischen Friedens“, der selbst im reaktionären Lager als „abenteuerlich“ (Die Welt, 04.02.88)

bezeichnet wurde: Westberlin gewinnt die Rechte eines Bundeslandes, das dann nicht mehr von den Alliierten, sondern von der Bundeswehr geschützt würde. Mit dieser Friedenslösung hätte die BRD nicht nur ein Bundesland mehr, sondern einen vertraglich garantierten Brückenkopf für imperialistische Umtriebe und Überfälle. (E. Bahr, Zum europäischen Frieden, Siedler-Verlag, 20,00 DM) – (jöd)

Grüne Perspektiven – Staatsknete oder?

Das nunmehr zweite grün-alternative Jahrbuch befaßt sich mit der stattfindenden programmatischen Debatte



innerhalb der Grünen. Herausgeber sind die Mitglieder der Hamburger Grünen Th. Bock, E. Jurtschitsch, P. Rieckmann. Eingeleitet wird das Jahrbuch durch einen Beitrag des Hannoveraner Soziologen Lutz Hieber, der per statistischer Fußnote festhält, daß die Angestellten und Beamten die Mehrheit in der Republik bilden, und in seinem Beitrag diesen Teil der Lohnabhängigen als Basis der Grünen bezeichnet. Der Anspruch auf Führung der Gesellschaft ist zwar nicht ausgesprochen, aber indirekt festgeschrieben. Zwar weist Hieber darauf hin, daß gerade Teile der „Angestellten“ lange Zeit zu den Anhängern preußischer Staatsraison und faschistischer Politik gehört haben, wie aber der heutige Fortschritt aussehen könnte, bleibt im ganzen Buch unklar.

Als Autoren äußern sich sowohl Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion, des Bundesvorstandes wie auch der Landtagsfraktionen in Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und der Landesverbände NRW und Bremen. Der für die Auseinandersetzung mit der Reaktion wichtige Landesverband Bayern, Vertreter der Landesverbände Schleswig-Holstein, Saarland und Rheinland-Pfalz fehlen vollständig. Nur wenige Beiträge befassen sich mit dem Problem, wie die Grünen gegenüber der Politik der Reaktion auftreten wollen und sollen, ob dazu eine Neubestimmung ihrer politischen

Positionen notwendig ist. Einzig die drei Herausgeber rufen in ihrem Beitrag dazu auf, nicht allein eine Neubestimmung auf alte ökologische Positionen zu betreiben, sondern insbesondere in Fragen der inneren Sicherheit, der Politik gegenüber den großen Chemiekonzernen, der Wirtschaftspolitik und „in der Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen“ konkrete, reformpolitische Konzepte zu erarbeiten, die sich gegen die Absichten der Reaktion abgrenzen. Welche Mindestbedingungen solche Konzepte erfüllen müßten, führen sie aber nicht aus. Viele andere Beiträge lamentieren darüber oder begrüßen gar, daß reaktionäre Unionspolitiker wie Norbert Blüm, Lothar Späth und Rita Süßmuth inzwischen mit „grünen Themen“ hausieren gehen, erörtern aber die inhaltliche Abgrenzung gegenüber solchen Positionen kaum. Fünf der Autoren beklagen sich darüber, daß die grüne Partei „die“ Intelligenz entäuscht habe – allerdings jedesmal mit deutlichen Hinweisen darauf, daß die Enttäuschung auch in fehlenden Planstellen, nicht ausreichenden staatlichen Zuschüssen etc. fußt.

(Grüne Perspektiven, Grünes Alternatives Jahrbuch 1988, Kölner Volksblatt Verlag, 24,80 DM) – (uld)

DGB-Entschließung zur Lage in Südafrika

Der DGB-Bundesvorstand hat mit einer Entschließung auf den Bann von 17 Organisationen des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania reagiert. Er stellt fest, „daß mit dem Verbot der politischen Betätigung für den südafrikanischen Gewerkschaftsbund COSATU und mit dem Bann von siebzehn Anti-Apartheidorganisationen das Apartheidregime auch die letzten Brücken für einen friedlichen Ausgleich mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit abgebrochen hat ... Da jede gewerkschaftliche Betätigung in Südafrika zwangsläufig mit dem Räderwerk der Apartheid in Konflikt geraten muß, bedeutet das Verbot der politischen Betätigung, das COSATU z.B. untersagt, zu den sozialen Verhältnissen in den schwarzen Wohnvierteln Stellung zu beziehen, daß die Gewerkschaften in ihrer Handlungsmöglichkeit gelähmt und ihrer Existenzgrundlage beraubt sind und politischer und wirtschaftlicher Willkür ausgeliefert sind ...

In einer Stellungnahme hat der Vorstand von COSATU auch festgehalten, daß sich das Regime zu diesen Willkürmaßnahmen vor allem durch das stille Wohlwollen einiger westlicher Regierungen ermutigt gefühlt haben muß. Dabei wurden namentlich aufgeführt Präsident Reagan, Premierministerin Margaret Thatcher und Bundeskanzler Helmut Kohl ...

Als Schlußfolgerung aus diesen Feststellungen fordert der DGB nun

von der Bundesregierung vor allem diplomatische Maßnahmen wie Rückruf des deutschen Botschafters, keine Lande- und Überflugrechte für die südafrikanische Luftfahrtgesellschaft SAA, Unterbrechung des Linienverkehrs Lufthansa mit Südafrika. Verbindliche Sanktionen solle die BRD in der EG unterstützen und durchsetzen. Warum nicht im eigenen Land anfangen? – (DGB-Informationsdienst 4, 2.3.88) – (uld)

Soziale Interessen ausländischer Arbeiter

Autoren aus gewerkschaftlichen Zusammenhängen (DGB-Bildungswerk, IG Metall) haben sich daran gemacht, eine „Bestandsaufnahme der Situation ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft vorzulegen“. Sie verstehen dies als „Nachfolge- und Unterstützungsvorhaben“ zu „Ganz Unten“ (Wallraff).

Das Buch ist in die vier Kapitel: „I. Gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit staatlicher Ausländerbeschäftigungspolitik, II. Zur aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben, III. Doppelt benachteiligt: Ausländische Jugendliche und ausländische Frauen, IV. Ausländer als Mitglieder und Funktionsträger der DGB-Gewerkschaften“ eingeteilt. In diesen Abschnitten sind jeweils methodisch sehr unterschiedlich aufgebaute Beiträge zusammengefaßt.

Insbesondere Artikel im II. Abschnitt („Das Ende der ‚Gastarbeiterära‘“ und „Arbeitssituation und Gesundheitsverschleiß“) sind gutbelegte Untersuchungen zur Veränderung des Arbeitsmarkts seit 1980 und den Auswirkungen der Auspowerung. Auch im III. Abschnitt sind nützliche Informationen zur Ausbildung ausländischer Jugendlicher und den ungeschützten Arbeitsverhältnissen ausländischer Frauen zusammengetragen.

Bei den Artikeln zur Gewerkschaftspolitik ist sicherlich interessant, wie sich Organisationsgrad, Wahlfunktionen, Seminare in Muttersprache etc. entwickelt haben. Keine Antwort geben die Beiträge darauf, welche Rolle die Interessen der gedrücktesten Arbeitergruppen spielen – Niedriglohn, gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, etc. Wenn sich ausländische Arbeiter so gut an den Auseinandersetzungen zur 35-Stunden-Woche beteiligten, zeigt sich ihre große Solidarität, leider nicht die ausreichende Beachtung ihrer sozialen Interessen. – Ebenso beschönigt erscheint die Darstellung der reaktionären Ausländerpolitik, bzw. wie weit sie die Opposition zügeln konnte und welchen Beitrag die Gewerkschaften daran hatten (I. Kapitel).

(P. Kühne/N. Öztürk/H. Ziegler-Schultes (Hrsg.) „Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier...“, VSA-Verlag 1988, 19,80 DM – ard)

Dienstleistungsabend

Mobilmachung gegen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

Am Dienstag, den 22.3.88, entschied das Stuttgarter Arbeitsgericht, daß die Gewerkschaft HBV in Baden-Württemberg bis zum 31.12.1988 keine Arbeitskämpfmaßnahmen zur Durchsetzung eines Tarifvertrages ergreifen darf, der im Einzelhandel das Arbeitszeitende festlegt. Die gleiche Entscheidung fällt das Düsseldorfser Arbeitsgericht am 24.3. für das Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen in der Hauptverhandlung. Es bestätigte die einstweilige Verfügung über das Streikverbot während des Weihnachtsverkaufs im letzten Jahr. Die Androhung von bis zu 600000 DM Ordnungsgeld bzw. Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten bei Zuwiderhandlung geht weit über die angedrohten Maßnahmen der einstweiligen Verfügung vom letzten Jahr hinaus. Ähnliche Urteile liegen von den Arbeitsgerichten Kempten und Nürnberg für das Tarifgebiet Bayern vor. Kläger sind die großen Kaufhauskonzerne, die verhindern wollen, daß die HBV mit Tarifverträgen das Arbeitszeitende auf 18.30 Uhr festschreibt. Die HBV hat bundesweit im Kampf gegen die Änderung des Ladenschlußgesetzes die Auseinandersetzung um diesen Tarifvertrag aufgenommen.

In den Tarifbezirken, in denen die Urteile die „Friedenspflicht“ der HBV verneinen, sind zwischenzeitlich Tarifverträge über die Festschreibung des Arbeitszeitendes auf 18.30 Uhr im Einzelhandel ausgehandelt worden. In Hamburg, wo der erste Tarifvertrag ausgehandelt wurde, gilt der Tarifvertrag nur dann, wenn dieser für allgemeinverbindlich erklärt wird. Zur Erteilung der Allgemeinverbindlichkeit

liegt dieser Vertrag beim Bundesarbeitsminister Blüm auf dem Tisch. In Hessen, Schleswig-Holstein und West-Berlin besteht die gleiche Klausel.

Die Urteile, die der HBV Kampfmaßnahmen verbieten, gehen von einer Regelung der Arbeitszeit in den Manteltarifverträgen aus, die Ende 1988 auslaufen. Das Stuttgarter Arbeitsgericht sieht im baden-württembergischen Manteltarifvertrag „ein einseitiges Leistungsbestimmungsrecht“ auf Seiten der Unternehmen, „das lediglich in Betrieben, wo ein Betriebsrat gebildet wurde, an dessen Einvernehmen geknüpft sei. Damit bedeute der angestrebte Tarifvertrag einen ‚Eingriff‘ in den Manteltarifvertrag, indem er das Leistungsbestimmungsrecht des Arbeitgebers, das derzeit nur durch das Mitbestimmungsrecht (§87 Abs.1 Nr.2 BetrVG) und die gesetzlichen Regelungen zum Ladenschluß eingeeengt ist, zusätzlich einschränken würde ... Das Ladenschlußgesetz ermöglicht heute bereits Ausnahmen, in denen auch im Verkauf länger als 18.30 Uhr bzw. 14.00 an Samstagen gearbeitet werden kann. Hier würde die angestrebte tarifliche Regelung ... unmittelbar zu einer Änderung der Rechtslage führen.“ Das ist der Kern der Auseinandersetzung, die weit über die Ladenschlußregelung hinausgeht.

Der Geschäftsführer des Bundesverbandes der SB-Warenhäuser (BdSW), Dr. Wichmann, legte auf der Jahrestagung des BdSW einen weitgehenden Forderungskatalog vor: Novellierung und Öffnung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, kein neues Kartellgesetz mit Einschränkungen bei Fusionen und Kooperationen für



Die HBV protestiert in vielen Aktionen gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten.

marktdominierende Unternehmen oder Beschränkung des Verkaufs „unter Einstandspreis“, Änderung des Lebensmittelsrechts mit Aufhebung der straf- und bußgeldrechtlichen Verfolgung bei verdorbenen oder gesundheitsgefährdeten Lebensmitteln, keine generelle dreijährige Berufsausbildung, sondern Beibehaltung der Stufenausbildung. Gefordert wird die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit: „Der Dienstleistungsabend wird vom BdSW begrüßt und muß im Sinne des Koalitionsbeschlusses realisiert werden. Donnerstag bis 21 oder 22 Uhr ist die richtige Lösung, wobei der Zeitausgleich für die Abendstunden jedem Einzelhändler freigestellt bleiben sollte. Damit alle Betriebsformen des Einzelhandels daran teilnehmen können, muß der Gesetzgeber sicherstellen, daß jeder Einzelhändler die Öffnungszeit seiner Verkaufsstelle allein festsetzen kann.“ (2) Der Präsident des BdSW, Mössner, macht mobil gegen hemmende tarifliche und gesetzliche Bestimmungen: „Wollen die einzelnen Betriebsformen des Einzelhandels im Wettbewerb um die Gunst der Verbraucher bestehen, braucht der Einzelhändler Freiheit in seinem Handeln. Er muß die Möglichkeit haben, Chance und Risiken, die in einer ‚sozialen Marktwirtschaft‘ Alltag sind, abwägen zu können ... Im Sinne eines Wettbewerbs auf marktwirtschaftlicher Ordnung ist deshalb erneut die Forderung nach Deregulierung zu erheben. Jedes weitere Regulieren – auch im Hinblick auf die Einkaufszeit – geht zu Lasten der Leistung des Handels und damit zu Lasten der Konsumenten-Versorgung.“ (3)

Die CDU-Mittelstandsvereinigung verabschiedete auf ihrem Kongreß Ende März in Karlsruhe ein Maßnahmenbündel. Wesentlicher Inhalt sind Forderungen wie flexibleres Arbeitsrecht, Beibehaltung des Beschäftigungsförderungsgesetzes, Senkung der Lohnnebenkosten, Beseitigung des Sozialplanrechts, stärkere Differenzierung der Lohnstruktur nach Branchen und Regionen. (4)

FDP-Wirtschaftsminister Bange- mann hat verstanden und erhält neuen Auftrieb in der Beseitigung der „wettbewerbshemmenden“ Gesetze. „Die Bundesregierung hat die Abschaffung von Regulierungen, die Durchlüftung und die Auflockerung der Märkte auf ihre Fahne geschrieben. Zu den vielen Vorschriften, die überprüft werden müssen, gehört das Ladenschlußgesetz, das den Einzelhandel und die Kunden in ein Korsett von Vorschriften sperrt, die längst ihre Bedeutung verloren haben.“ „Mehr Freiheit für den Händler und für Kunden kann nur heißen: Weniger staatliche Bevormundung, von der wir immer noch viel zu viel in unserem Land haben. Von dieser Zielrichtung

werde ich mich weder durch gewerkschaftliche Drohungen noch durch besorgte Stimmen innerhalb der Koalition abbringen lassen.“ Er will für die Durchsetzung des Kabinettsbeschlusses, wonach bis zum 30. Juni 1988 zur Einführung eines Dienstleistungsabends der Ladenschlußänderungsentwurf vorliegen muß, sorgen. (5)

Durch die Änderung des Ladenschlußgesetzes mit einem Dienstleistungsabend sollen wesentliche Positi-

dann anstehenden Manteltarifverhandlungen wären dann aber Fakten gesetzt. Die Tarifverträge wurden ausgehandelt mit dem Hauptverband des deutschen Einzelhandels (HDE). In ihm sind die Kaufhauskonzerne und einige der Lebensmittelfilialisten bestimmend. Da sie im Innenstadtbereich liegen, haben sie ein Interesse an der Allgemeinverbindlichkeit. In dem traditionellen Einzelhandel konzentriert sich auch die Organisationskraft der HBV. Die SB-Warenhäuser

Auszug aus dem Tarifvertragsgesetz

§ 5. Allgemeinverbindlichkeit.

(1) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann einen Tarifvertrag im Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestehenden Ausschuss auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich erklären, wenn

1. die tarifgebundenen Arbeitgeber nicht weniger als 50 vom Hundert der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer beschäftigen und

2. die Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse geboten erscheint.

Von den Voraussetzungen der Nummern 1 und 2 kann abgesehen werden, wenn die Allgemeinverbindlicherklärung zur Behebung eines sozialen Notstandes erforderlich erscheint.

(2) Vor der Entscheidung über den Antrag ist Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die von der Allgemeinverbindlicherklärung betroffen werden würden, den am Ausgang des Verfahrens interessierten Gewerkschaften und Vereinigungen der Arbeitge-

ber ... Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme sowie zur Äußerung in einer mündlichen und öffentlichen Verhandlung zu geben.

(3) Erhebt die oberste Arbeitsbehörde eines beteiligten Landes Einspruch gegen die beantragte Allgemeinverbindlicherklärung, so kann der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung dem Antrag nur mit Zustimmung der Bundesregierung stattgeben.

(4) Mit der Allgemeinverbindlicherklärung erfassen die Rechtsnormen des Tarifvertrages in seinem Geltungsbereich auch die bisher nicht tarifgebundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

(5) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann die Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages im Einvernehmen mit dem in Absatz 1 genannten Ausschuss aufheben, wenn die Aufhebung im öffentlichen Interesse geboten erscheint. Die Abs. 2 und 3 gelten entsprechend. Im übrigen endet die Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrages mit dessen Ablauf.

(6) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann der obersten Arbeitsbehörde eines Landes für einzelne Fälle das Recht zur Allgemeinverbindlichkeit übertragen.

...

onen der Tarifautonomie weit über den Einzelhandel hinaus beseitigt werden. Dies durchgesetzt würde heißen, daß ein gesonderter Dienstleistungsbereich vom Einzelhandel über den Öffentlichen Dienst bis zu Banken, Post usw. geschaffen wäre, für den tarifliche Schutzbestimmungen nicht mehr gelten und eine Billigstlohnzone aufgebaut wird. Die Ersetzung der allgemeinverbindlichen und branchenbezogenen Tarifverträge durch Betriebsvereinbarungen soll ein Tarifvertragsrecht für bestimmte Unternehmensgruppen schaffen, bspw. für Textilhändler, Lebensmittelläden usw. Eine Allgemeinverbindlichkeit der ausgehandelten Tarifverträge über 18.30 Uhr Arbeitszeitende würde diese Pläne erheblich stören, auch wenn die Laufzeit des Tarifvertrages auf Ende 1988 beschränkt ist. Für die

sind zumeist nicht im HDE. Mit fünf weiteren Handelsverbänden des Lebensmittelbereichs hat der BdSW den Zentralschluß des Deutschen Lebensmittelhandels (ZAL) gegründet. Das sind die Bereiche, wo die Organisationskraft der HBV eher schwach ist.

Der Kampf gegen die Änderung des Ladenschlußgesetzes und den Dienstleistungsabend ist mittlerweile zu einer Auseinandersetzung um Tarifautonomie und Allgemeinverbindlichkeit geworden. Die Ersetzung der Tarifautonomie durch freie, je nach Betrieb ausgehandelte Verträge kann nur mit gemeinsamen Anstrengungen der Gewerkschaftsbewegung bekämpft werden. Die HBV alleine wird diese Entwicklung nicht aufhalten.

Quellen: Handelsblatt (1) vom 28./26.3.88, (2) (3) (5) vom 1.3.88, (4) vom 14.3.88 – (rst, rub)

DGB-Kreis Hannover gegen südafrikanische Messeaussteller

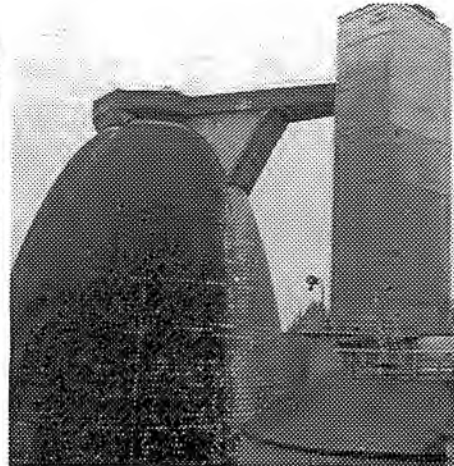
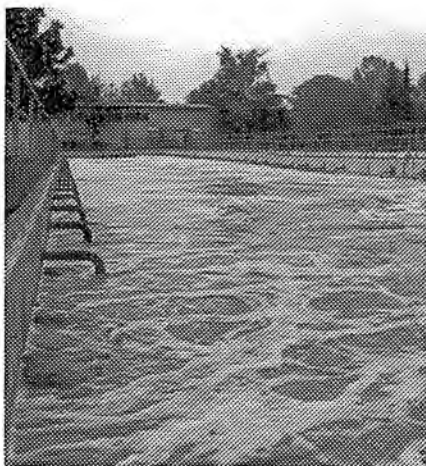
Hannover. Der DGB-Kreis hat sich in einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Hannover, der auch im Aufsichtsrat der Messe AG sitzt, gewendet und gefordert, keine südafrikanischen Aussteller auf den Messen in Hannover zuzulassen, bis u. a:

- alle politischen Gefangenen freigelassen sind;
- der Ausnahmezustand beendet ist;
- der Bann gegen die politischen Gruppierungen und insbesondere den Gewerkschaftsbund COSATU aufgehoben worden ist;
- bestehende Todesurteile aufgehoben sind.

Der DGB verurteilt das Verbot der politischen Betätigung für den Gewerkschaftsbund COSATU und den Bann von 17 Anti-Apartheidorganisationen. „Der Bann bedeutet Verbot der politischen Betätigung, der COSATU untersagt, zu den sozialen Verhältnissen in den schwarzen Wohnvierteln Stellung zu nehmen.“ Der DGB greift an, daß angesichts der gewollten Zuspitzung der politischen Lage in Südafrika ihre Wirtschaft durch Stände auf der Industrie-Messe im April offiziell von der Messeleitung gefördert wird. - (ebe)

HBV gegen „Neonazi-Bücher im Sortiment“

Nürnberg. Im November vergangenen Jahres hatte die Örtliche HBV auf Initiative der Fachgruppe Buchhandel/Verlage den Beschluß gefaßt, die Nürnberger Buchhandlungen aufzufordern, künftig in ihrem Sortiment keine weitere Verbreitung faschistischer Literatur zuzulassen. In dem Anfang des Jahres aufgesetzten Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die Verbreitung derartiger Literatur mittlerweile nicht mehr auf einige wenige Verlage beschränkt ist, sondern die Inhalte auch von großen Verlagsgruppen - etwa Ullstein-Langen-Müller mit Titeln von Schönhuber, Rudel und Irving - veröffentlicht werden. Die HBV-Aktion führte bereits zu lebhaften Reaktionen in der Lokalpresse: Der Geschäftsführer der genannten Verlagsgruppe, Dr. Fleissner, sieht die Meinungsfreiheit bedroht und verwahrt sich in einem Leserbrief gegen den Vorwurf, faschistische Literatur in seinem Sortiment zu führen. Renommierter Nürnberger Buchhändler „warnen vor gewerkschaftlicher Bevormundung“. Die Republikaner greifen das Thema in ihrer Zeitung mit einem demagogischen Artikel auf: „Bald wieder Bücherverbrennung? Gewerkschaft gegen Meinungsfreiheit“. Nur die Libresso-Buchhandlung kontert mit dem Hinweis, daß neonazistische Literatur nicht durch die Meinungs- und Pressefreiheit des Grundgesetzes (Art. 139) geschützt sei. - (ola)



Heilbronn. Die Asyl-Sammellager in Baden-Württemberg werden weiter ausgebaut: Heilbronn will auf diesem Gelände der Kläranlage ein neues Lager für 200 Flüchtlinge errichten. Der UnterstützerInnenkreis der Flüchtlinge und Initiativen aus mehreren Städten ruft für den 16./17. April zu einer Platzbesetzung „Gegen Lager und Abschiebungen, für offene Grenzen“ auf. - (bes)

Verfassungsschutz gegen VVN

Nürnberg. Anfang März machte A. Wiedemann, Mitglied des Kreisvorstandes Nürnberg und des Landesvorstandes Bayern der VVN/BdA, öffentlich bekannt, daß der Verfassungsschutz ihr gegenüber einen Anwerbeversuch unternommen habe. Die journalistisch u.a. für den Rathaus-Report des DKP-Stadtrats H. Stiefvater tätige junge Frau war auf offener Straße von einer Geheimdienstlerin angesprochen worden. Der Verfassungsschutz sah keinen Anlaß für ein Dementi. Protest gegen das Vorgehen hatten angemeldet: Landtagsabgeordnete der GRÜNEN und der SPD, die Deutsche Journalisten Union und natürlich die VVN. Der örtliche CSU-Abgeordnete und Vorsitzende des Sicherheitsausschusses im Landtag, Dr. Beckstein, hielt sich auf Presseanfragen bedeckt. Der Verfassungsschutz, welcher die Republikaner in seinem Bericht nicht erwähnt, bezeichnet die VVN als „orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisation“. - (mas)

CIMEX-Prozeß wegen „Auf-forderung zum Geheimnisverrat“

Stuttgart. Anläßlich der geheimen NATO-Stabsrahmenübung CIMEX im Frühjahr 1987 verteilte die Initiative „Kein Friede mit der Bundeswehr“ zwei Infos. Der im Impressum des ersten Infos Genannte ist jetzt der öffentlichen Aufforderung zum Verrat von Dienstgeheimnissen angeklagt. Im Info wurden Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes über die Übung, die der möglichst raschen Herstellung der Kriegsfähigkeit im zivilen Bereich diene, informiert und aufgefordert: „Macht ‚Szenarien‘ und ‚Einlagen‘ von Cimex der Bevölkerung bekannt!“ Aus diesem Satz und dem „Gesamtzusammenhang“ des Flugblattes leitet

die Staatsanwaltschaft ihren Vorwurf her. Bislang liegen allerdings die angeforderten Unterlagen des Innenministeriums, die beweisen sollen, worauf die Geheimhaltungsbedürftigkeit beruhe und ob durch Veröffentlichung „wichtige öffentliche Interessen“ gefährdet seien, nicht vor. Der Prozeß wird fortgesetzt. - (evc)

1000 DM Strafe für Schweigen über DKP-Mitgliedschaft

Stuttgart. Das Verwaltungsgericht Koblenz hat für rechtens erklärt, daß die Bezirksregierung Koblenz gegen zwei Funktionäre der DKP ein Ordnungsgeld von je 1000 DM verhängte, weil diese sich geweigert hatten, Angaben über die von der Behörde behauptete DKP-Mitgliedschaft der seit 1964 als Sonderschullehrerin unterrichtenden Maria Lachmann aus Bad Kreuznach zu machen (vgl. IAO-Bericht vom Feb. 87, Abschnitt 384-88).

Die Anhörungsbehörde hatte im Dezember 1985 bei ihren Ermittlungen gegen die Sonderschullehrerin drei Personen nach ihrer Partei-Mitgliedschaft und derjenigen der Sonderschullehrerin befragt, worauf diese die Aussage verweigerten. Das Gericht begründet seine Entscheidung damit, daß den „wahrheitsgemäßen Aussagen der Zeugen im Hinblick auf die möglicherweise schwerwiegenden Auswirkungen im Rahmen des gegen Frau L. schwebenden Dienstordnungsverfahrens ein überragendes Gewicht“ zugekommen sei. Deshalb sei auch in zwei Fällen „die volle Ausschöpfung des für die Bemessung des Ordnungsgeldes zu Gebote stehenden Rahmens geboten“ gewesen (vgl. FR vom 23.3.88, S. 1). Der dritten Person wurde die Aussageverweigerung zugebilligt, da gegen sie ein Disziplinarverfahren bei der Bundespost wg. behaupteter Tätigkeit für die DKP anhängig ist. - (zem)

Wissenschaftsstadt Ulm

Landesregierung fördert hauptsächlich Daimler

Ulm. In der Regierungserklärung vom 17.9.1987 formulierte Späth die Ziele der „Wissenschaftsstadt Ulm“ (WSU) wie folgt: 1. „Struktur des Wirtschaftsraumes Ulm ... wesentlich verbessern“. Der Ausbau von Uni und Forschungseinrichtungen solle die Beschäftigungssituation verbessern. 2. Entstehende Fühlungsvorteile (Nähe zur Uni und industriellen Forschungseinrichtungen) könnten Standortentscheidungen zugunsten Ulms bringen. 3. WSU solle zur Sicherung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum beitragen. Wie aber die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für gelegte Bauern und entlassene Industriearbeiter aussehen soll, bleibt offen. Die Probleme im Ulmer Raum sind eng verknüpft mit dem Nutzfahrzeugbau (NFZ). In diesem Bereich arbei-

Aesculap und Zeiss. Ebenfalls das Forschungsinstitut für Anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW), das vom Land (zu 40%) und den Firmen Siemens, Mannesmann-Kienzle, HP, IBM, Nixdorf und Daimler getragen wird. Bedenklich sind die abgeschlossenen Kooperationsverträge. In ihnen sind Geheimhaltungsklauseln eingefügt, die den Auftraggebern Rechte sichern und die Freiheit der Veröffentlichung von Forschungseinrichtungen erheblich einschränken. Der institutsübergreifende Einsatz des Personals wird darin ebenfalls geregelt. Als schwerwiegende Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit muß der Paragraph angesehen werden, der die „Veröffentlichungen von Mitgliedern der Universität“ regelt. Alles kommt zuerst



OB Ludwig, Dürr (AEG), Hörnig (Daimler), Ministerpräsident Späth, Prof. Fliedner (Uni), Prof. Xander (FH), Prof. Queisser (Lenkungscommission) berichten dem Ulmer Gemeinderat über den Stand der Wissenschaftsstadt Ulm am 8.10.1987. Anschließend stimmt der Gemeinderat dem Bebauungsplan WSU zu.

ten 15% der Beschäftigten. Durch Rationalisierung und weltweite Überkapazitäten gelten je nach Marktentwicklung zwischen 3500 und 8000 Arbeitsplätze als gefährdet. Durch die Ansiedlung des Daimler-Forschungszentrums (Verkehrselektronik, EDV-Verknüpfung) werden negative Effekte verstärkt, Kässbohrer und IVECO-Magirus sind direkte Konkurrenten und Daimler verfügt im NFZ über enorme Überkapazitäten.

Einigen hundert Arbeitsplätzen an Uni und Forschungseinrichtungen sowie für fünf Jahre etwa 1000 im Baubereich stehen tausende zu erwartende und vorhandene Arbeitslose gegenüber. Eine Lösung für den Ulmer Arbeitsmarkt?

Im Rahmen der WSU ist das „LASER-Institut“ bereits in Betrieb, als Stiftung des Landes und der Firmen

den beteiligten Konzernen zugute. In den ersten zehn festgelegten Forschungsprojekten des FAW sind die meisten bei geringer finanzieller Beteiligung von den Konzernen in Auftrag gegeben (z.B. Automatisierung von Arbeitsgängen, CIM, Arbeiten im Rahmen des Prometheus-Projekts).

Die rund 300 Mio. DM für den Ausbau der Uni sowie die staatlichen Gelder, die in die sogenannten „An“-institute gesteckt werden, kommen hauptsächlich AEG und Daimler zugute, die im Rahmen der WSU ihre eigenen Forschungszentren aufbauen und nach deren Anforderungen die neuen Studiengänge geplant werden (wie Informatik, Energie- und Elektrotechnik). Deckungsgleich sind auch die Schwerpunkte des geplanten Instituts für Technologiefolgenabschätzung mit den Forschungsschwerpunkten

von Daimler. Daimler sieht in der Technologiefolgenforschung vorrangig das Ziel, die Akzeptanz der Daimlerprodukte zu verbessern und negative Folgen von Daimler abzuwenden. Gleiches gilt für das jüngst gegründete Institut für Energieforschung (Schwerpunkt in Ulm: Wasserstofftechnologien).

Kümmert sich dagegen die „Mittelstandsförderung“ in Form des geplanten „Science-Parks“ für die mittelständische Wirtschaft. Er soll nach dem Aufbau durch das Land unter Regie der Kammern und der Industrie gefördert werden, ohne weitere Landeszuschüsse.

Ungeklärt ist die Interessensvertretung der Beschäftigten in den „An“-instituten, da sie weder zur Uni noch zu den beteiligten Firmen gehören. Eine Vertretung durch Betriebs- oder Personalräte ist unbedingt nötig. Keine frei ausgehandelten Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern Einhaltung der Tarife und Arbeitszeitgesetze. Es wird Zeit, daß sich die Gewerkschaften eindeutig zur Wissenschaftsstadt äußern und Position gegen die Landesregierung beziehen.

Quellenhinweis: Landtag Ba-Wü, Plenarprotokoll 9/87; PIW: Unter einem guten Stern? Studie i.A.d. Grünen im Ulmer Gemeinderat; FR 12.11.1987; Südwestpresse, Stuttgarter Zeitung, div. Ausg. – (frm)

Seehäfen

Tarifabschluß: Neues Schichtsystem abgewehrt

Hamburg. Am 11.3.88, eine Woche nach dem Warnstreik, wurden die neuen Tarifverträge für Lohn und Arbeitszeit unterzeichnet. Ab dem 1.4.88 werden die Löhne um 2,5% erhöht und ab dem 1.4.89 um weitere 2,5% angehoben. Die Laufzeit beträgt 24 Monate. Das entspricht den Lohn- und Arbeitszeitdaten von Metall. Schrittweise wird die Arbeitszeit in Form von weiteren bezahlten Freischichten verkürzt, so daß ab 1.1.90 für alle Hafenarbeiter rechnerisch die 37-Stunden-Woche gilt. Noch am 29.2.88 stand folgendes „Angebot“:

„Für 1988 sollen 2 weitere bezahlte freie Tage gewährt werden. Den Zeitpunkt der Gewährung dieser Tage wollen die Arbeitgeber alleine bestimmen.“

Die Laufzeit dieses Tarifvertrages soll nur bis Dezember 1988 Gültigkeit haben.

Die Arbeitgeber erklärten, daß sie den Rahmentarifvertrag zum 31.12.88 aufkündigen, um dann ihre Vorstellungen zur Neuordnung der Schichtsysteme in den deutschen Seehäfen durchsetzen zu können.

Die Stundenlöhne ... sollen bei

einer Laufzeit von 12 Monaten um 1,1% erhöht werden.“ (Informationen 8)

Warum sind sie damit nicht erfolgreich gewesen?

1. Eine Aufspaltung in schwache und starke Häfen wurde verhindert. Am 27.11.87 wurde von der ÖTV mitgeteilt: „Auf Ablehnung ist insbesondere gestoßen, daß die Arbeitgeber in den verschiedenen Häfen abweichende flexible Arbeitszeitsysteme einführen wollen. Die Gewerkschaft ÖTV sieht darin den ersten Schritt zur Aufweichung der Tarifeinheit und Entsolidarisierung der Hafenarbeiter. Die Bundestarifkommission lehnt die Aufnahme regionaler Gespräche ... ab.“ (Information 3)

2. Durch die veröffentlichte Absicht mit dem neuen Schichtsystem konnte von der ÖTV unter den Hafenarbeitern eine einheitliche Abwehrfront hergestellt werden. Alle Hafenarbeiter lehnen eine weitere *Verpflichtung* zur Wochenendarbeit oder zu Doppelschichten ab. Zusätzlich haben die bisherigen Erfahrungen über die Arbeitszeitverkürzung in Form der Freischichten gezeigt, daß diese Arbeitszeitverkürzung nicht über Intensivierung der Arbeit auf die Hafenarbeiter abgewälzt werden konnte.

Erst Ende 1989 können die Hafenkapitalisten einen erneuten Angriff auf das Schichtsystem starten. – (obj)

Haushalt 1988

Kommunalaufsicht erzwingt Haushaltskürzungen

Braunschweig. Am 8.3.88 hat der Rat der Stadt mit den Stimmen von CDU und SPD den Haushalt 1988 um 14 Mio. DM gekürzt, um den Auflagen der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde und Arm der CDU/FDP-Landesregierung nachzukommen. Diese hatte gefordert, daß das Haushaltsdefizit im Verwaltungshaushalt (nicht im Vermögenshaushalt) um 16 Mio. vermindert werden sollte, um insbesondere Personalkosten zu senken und Gebühren hochzutreiben, ohne die Investitionsquote zu vermindern. Nur dann sei eine brauchbare Grundlage „für weitere Schritte auf einen künftigen Haushaltsausgleich“ geschaffen. Damit ist auch die Zielrichtung für weitere harte Kürzungen vorgegeben. Die Bezirksregierung hat mit diesen Forderungen ziemlich genau die Forderungen von Braunschweiger Zeitung, CDU und FDP umgesetzt, die sich bisher nicht weit genug gegen die SPD und die Grünen durchsetzen konnten. Der Rat hatte mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen den Haushalt 1988 im Dezember verabschiedet.

Die jetzt zusätzlich beschlossenen

Kürzungen von 14 Mio. DM treffen in erster Linie die Masse der arbeitenden Klassen: 1. Einsparungen:

Personalkosten 1,5 Mio. DM (z.B. durch Nichtbesetzung von ca. 60 Stellen für sechs Monate), 0,1 Mio. DM bei Schulreinigung (durch Ausschreibungen), 1,2 Mio. DM bei Hilfe zur Arbeit, Senkung der Lehrmittel um 10% (94000 DM), Erwachsenenbildung 75000 DM, Schließung des Raffeeibades im Winter (0,35 Mio. DM) usw.

2. Erhöhungen: Entgelterhöhungen bei Kitas ab 1.8.88: Krippensatz von 153 DM auf 275 DM (ohne Essengeld von ca. 50 DM), Gantagsplatz von 153 DM auf 165 DM, Halbtagsplatz von 102 DM auf 110 DM (Mehreinnahme ca. 0,3 Mio. DM); Hundesteuer rund 12% (1. Hund von 156 auf 180 DM); Grundsteuer A (Landwirtschaft) von 275 auf 300 Punkte; Grundsteuer B (Wohngrundstücke) von 375 auf 380 Punkte; erstmalige Abführung der Dividende von der stadt eigenen Wohnungsbaugesellschaft (NIWO) für 1986, 87 von 0,28 Mio. DM.

In den Haushaltsreden von CDU, FDP und SPD werden die Erhöhungen bzw. Kürzungen für die arbeitenden Klassen kaum erwähnt. Sie beklagen vor allem die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 auf 395 Punkte (Mehreinnahme von 2,5 Mio. DM), obwohl sie nur um rund 2% auf 117 Mio. DM erhöht wird (1980 betrug sie 133 Mio. DM, 1984 131 Mio. DM). Durch die jetzige Erhöhung wird die Senkung der Gewerbesteuer durch die Bundesbeschlüsse in den letzten Jahren nicht annähernd ausgeglichen.

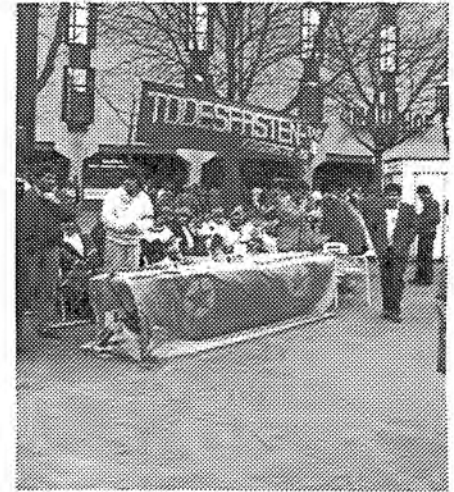
Die Grünen haben diesen Haushaltsvorschlägen nicht mehr zugestimmt. Sie hatten eine 20 Punkte Erhöhung der Gewerbesteuer gefordert und die Kürzungen bzw. Erhöhungen im Sozialbereich entschieden abgelehnt. Damit ist auch die letzte SPD/Grüne-Zusammenarbeit in Niedersachsen zugunsten von CDU/SPD durch die SPD beendet worden. – (iss)

Türkei

„Demokratie und Menschenrechte in der Türkei“

Gelsenkirchen. Am 11.3.88 fand im Jugendzentrum Tossehof eine Veranstaltung zu obigem Thema statt. 200 Menschen beteiligten sich. Aufgerufen hatten Jusos, GE-Tid (Türkischer Arbeiterverein), Falken, SPD-Unterbezirk und amnesty international. Auf dem Podium saß neben einem ev. Pfarrer, einer Vertreterin von ai auch ein Bundestagsabgeordneter der SPD. Konsens der Veranstaltung war, daß eine Demokratisierung in der Türkei nicht stattgefunden hat und man für

ein Ausländerwahlrecht eintreten müsse, nachdem ein Teilnehmer darauf hinwies, daß es in der BRD in Bezug auf das Wahlrecht offensichtlich Menschen erster und zweiter Klasse gäbe. Die Rolle der BRD wurde vom Podium aus nicht angegriffen. Es ging soweit, daß die Vertreterin von ai behauptete, in einem Land, in dem nicht gefoltert würde (BRD!), sei es schwierig, eine Unterstützung gegen Folter in der Türkei aufzubauen; immerhin ging die Frau in ihrem Redebeitrag soweit, klarzustellen, daß die Kurden in der Türkei einer besonderen Repression unterworfen wür-



Hungerstreik gegen die Folter in türkischen Gefängnissen in Bonn.

den. Ein Diskussionsbeitrag der Volksfront stellte fest, daß die BRD die hier erprobte und erforschte Isolationsfolter in die Türkei exportiert (die neuen E-Gefängnisse sind nach dem Modell Stammheim) und sie auch hier anwendet, so z.B. 12 Kurden in Isolationshaft hält. Ebenso wurde die BRD 1986 wiederholt von der UNO-Menschenrechtskommission aufgefordert, zur Isolationspraxis Stellung zu nehmen, einen Bericht darüber anzufertigen und die Diskussion im Ausschuß darüber in der BRD zu veröffentlichen. Daraufhin sah sich der MdB der SPD genötigt, die Isolationsfolter als „unmenschliche Haftbedingung“ anzuprangern. Er wolle noch diesen Monat in die Türkei reisen und dort Gewerkschaftsmitglieder im Gefängnis besuchen.

Nachdem nun am 19.3. in Bonn eine Solidaritätsdemonstration gegen die Inhaftierung der Kurden stattfand, bei der bei einem Polizeieinbruch auf den bundesdeutschen Block einem Teilnehmer das Bein gebrochen wurde, haben die bundesdeutschen Behörden einen Kurden, der sich mit anderen seit dem 20.02. (in Bonn auf dem Münsterplatz) im Hungerstreik befindet, in ein Psychiatrisches Landeskrankenhaus verschleppt. Begründung: Hungerstreik = Selbstmord = psychisch krank. – (i)

ABB Mannheim

Gegen Massenentlassungen und Verbreitung von Chauvinismus

Die schwedische ASEA und die schweizerische BBC sind am 1.1.88 bekanntlich zu dem Elektrogiganten ABB fusioniert. ABB ist jetzt weltweit der fünftgrößte Elektrokonzern und der größte Energieanlagenbauer mit etwa 170000 Arbeiter und Angestellten, davon in der Bundesrepublik in den ehemaligen BBC-Werken 36000.

Über den Hintergrund solcher sich häufender Fusionen schreibt die Wirtschaftswoche 13/88: „Die Jagd geht quer durch die Branchen und über die Grenzen. Die Bosch-Gruppe ist beim französischen Jeumont-Schneider-Konzern eingestiegen. Daimler-Benz bei der Rüstungsfirma Matra. Die italienische Assicurazioni Generali hat sich bei der französischen Versiche-

steht also bevor. Diese Schlacht ist vor allem auch eine Schlacht gegen Arbeiter, Angestellte und die Gewerkschaften.

Der ABB-Konzern hat für ABB-Deutschland und ABB-Schweiz eine gewaltige Rationalisierungswelle verordnet. „Unrentable“ Produktionen sollen vernichtet, durch konzernübergreifende Arbeitsteilung sollen Produktionen verlagert und Kosten gesenkt, in „ertragsreiche High-Tech- und Zukunftsproduktionen soll vorgestoßen werden.

Seit am 23. und 29.2.88 der ABB-Vorstand bekannt gegeben hat, in der Bundesrepublik bzw. in der Schweiz 4000 und 2500 Arbeitsplätze abzubauen, brodeln es unter der Beleg-

gen ab, solange das Konzept des Vorstandes nicht vom Tisch ist. Die Betriebsräte der deutschen ABB-Gruppe haben sich auf folgende Forderungen verständigt: Konzernpläne auf den Tisch, modernste Technologie nicht ins Ausland verschieben, gewachsene Betriebe nicht zerschlagen, keine Entlassungen, Erhaltung der Arbeitsplätze, Übernahme der Azubis sichern. In allen Werken werden Aktionen durchgeführt, Öffentlichkeit und Politiker mobilisiert.

In Mannheim legten seit dem 23. Februar jeweils etwa 4000 Beschäftigte für mindestens zwei Stunden die Arbeit nieder. Vom 8. bis 10. März wurde eine drei-tägige Betriebsversammlung durchgeführt mit 64 Redebeiträgen. Im ganzen Werk hängen viele Protesttransparenze. Die Bereitschaft, länger zu streiken, ist bei vielen Beschäftigten da. Der Betriebsrat, sicherlich nicht so auf ein Einvernehmen mit der Geschäftsleitung aus wie in vielen anderen Betrieben, hat oft darauf hingewiesen, daß genug Aufträge und auch genug Geld da sei. Noch vor kurzem wurde in einigen Abteilungen auf Teufel komm raus Überstunden geschafft. Mit insgesamt sieben Milliarden Mark liquide Mittel ist ABB einer der reichsten Konzerne Europas. ABB geht es also bei seinem Konzept schlicht um Profitmaximierung. Auch hat der Betriebsrat und die IG Metall immer darauf hingewiesen, daß BBC in den Jahren 1974 bis 84 2,5 Mrd. Mark an Fördermitteln vom Bund kassiert hat.

Allerdings hat die Argumentation und die Appelle des Betriebsrates und der IG Metall an die Bundes- und Landesregierung z.T. eine gefährliche nationalistische und betriebschauvinistische Richtung („Keine Ausblutung des deutschen Standortes“ oder „Kein Technologietransfer ins Ausland“). Schon fordert der CDA Schritte des Gesetzgebers, weil „zunehmend ausländische Konzerne sich gerade im Rhein-Neckar-Raum einkaufen, um Technologie und Arbeitsplätze ins Ausland zu transferieren“. Die DKP, die im Betrieb recht stark vertreten ist, fürchtet um den Untergang einer ganzen Region. Im wesentlichen ist ihre Konzernkritik nützlich, aber auch ihre Parolen haben z.T. eine chauvinistische Richtung. („BBC darf nicht sterben, Mannheim muß leben“ oder „Wir haben BBC nicht aufgebaut, damit es ASEA zusammenhaut.“) Andere revolutionär-sozialistische Organisationen, die bei BBC Flugblätter verteilen (BWK, MLPD, VSP) haben diese chauvinistische Strömung noch zu wenig bekämpft, noch zu wenig die imperialistischen Machenschaften des ABB-Konzerns herausgestellt. Von verschiedenen linken, betriebsoppositionellen Kräften wird jetzt eine Broschüre zur Konzernkritik erarbeitet. – (scr)



In den letzten vier Wochen gab es in vielen Werken von ABB Arbeitsniederlegungen gegen geplante Massenentlassungen, sowie hier in Mannheim.

ung Cie. du Midi eingekauft. Das Fusionsfieber erfaßt die Pariser Börse ebenso wie die Banken in Spanien, die Briten wie die schwedische Wallenberg-Gruppe.“

Die schwedische Wallenberggruppe hat einen Umsatz von 70 Mrd. DM und kontrolliert neben ASEA ein Drittel der gesamten schwedischen Industrie. Durch die Fusion mit BBC, der „größten europäischen Fusion der Nachkriegszeit“, gelangt ASEA über BBC-Standorte vor allem in der BRD in den europäischen Markt der EG. Vor der Tür steht der europäische Binnenmarkt. Ab 1993 soll „Europa dann der größte gemeinsame Markt der Welt (werden), befreit von den letzten Hürden für den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen, bereit für die Verbreiterung der Basis expansionswilliger Unternehmen.“ (WW 13/88)

Eine gigantische Schlacht auf dem europäischen Markt um Marktanteile

schafft. Die IG Metall rechnet mit einem weit größerem Arbeitsplatzabbau und mit Massenentlassungen. Besonders im Werk Mannheim-Käfertal, mit ca. 7700 Beschäftigten das größte ABB-Werk in der BRD sollen Arbeitsplätze abgebaut werden. Im „Gemeinkostenwertbereich“ sollen mit McKinsey 600 bis 800 Angestellte wegrationalisiert werden. Im Kraftwerksbereich sind es 700 Arbeiter und Angestellte. Der gesamte Transformatorenbereich mit 550 Beschäftigten steht laut Geschäftsleitung „zur Disposition“. In anderen kleineren Werken wie in Lampertheim und Ladenburg wird schon jetzt entlassen.

Der Vorstandsvorsitzende v.Körber beschwichtigt und will auch mit dem Betriebsrat des Mannheimer Werks in Verhandlungen über einen Sozialplan eintreten. Vor konkreten Entscheidungen müsse noch genau analysiert werden.

Der Betriebsrat lehnt Verhandlungen

Aids

Ermittlungen gegen einen HIV-Infizierten

Augsburg. Die Staatsanwaltschaft Kempten ermittelt gegen einen 29-jährigen Italiener wegen „versuchter Körperverletzung“. In Kenntnis seiner HIV-Infizierung sollen er und seine Freundin ohne Kondome Geschlechtsverkehr ausgeübt haben. Die Freundin habe sich damit ausdrücklich einverstanden erklärt. Eine HIV-Infizierung ist bei ihr bisher nicht nachgewiesen worden. Die Sache war bekannt geworden, weil der Italiener angesichts einer drohenden Ausweisung geäußert hatte, er wolle seine Freundin heiraten. Die Ausländerbehörde, die von der Infizierung des Mannes wußte, schaltete sofort die Staatsanwaltschaft ein.

Laut Angaben des Oberstaatsanwaltes Hofmaier zum ersten Mal in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte gründet sich die Anklage auf den § 226 Strafgesetzbuch: „Wer eine Körperverletzung mit Einwilligung des Verletzten vornimmt, handelt nur dann rechtswidrig, wenn die Tat trotz der Einwilligung gegen die guten Sitten verstößt“. Wie anders als mit inquisitorischen Methoden und der Einmischung in die persönlichsten Angelegenheiten können die Ermittlungsbehörden denn Einzelheiten über die Art des Zusammenlebens der beiden Partner erfahren? Die Boulevardpresse hat voller Lüsternheit eine Stimmungsmache betrieben, so unter dem Titel: „Das Mädchen, das freiwillig einen Aids-Kranken liebte“. Das Verhältnis mit einem Aids-Infizierten oder Erkrankten muß demnach eine ausgesprochene Unvernunft, im Grunde eigentlich ein gesellschaftlich zu ächtendes Verhalten sein, ähnlich dem Ehebruch in den puritanischen Staaten Nordamerikas in den Gründerjahren. Und in eine solche Beziehung sollen und dürfen die Machorgane des bürgerlichen Staates sich einmischen. Die Freundin des Angeklagten ist zurecht vor der Umlagerung ihrer Wohnung durch sensationslüsterne Journalisten an einen unbekannten Ort geflohen und hat sich damit auch der Zumutung entzogen, gegen ihren Freund als Hauptbelastungszeugin auszusagen.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt dennoch weiter. Da die Angelegenheit vor dem Schöffengericht verhandelt werden soll, rechnet sie wohl mit einer höheren Strafe. Der Bundesverband der regionalen Aids-Hilfen hat geäußert, die Staatsanwaltschaft Kempten begeben sich damit auf eine „gnadenlose Verfolgungsjagd gegen HIV-positive Sündenböcke“. Die Frage sei, wo solche staatlichen Eingriffe enden sollten und ob die Staatsan-



Demonstration gegen den bayerischen Maßnahmenkatalog in München im Oktober 1987

waltschaft etwa auch verheirateten HIV-Positiven verbieten wolle, Kinder zu bekommen. Die mit immer stärkerer Dringlichkeit von Seiten des Gesundheitsministeriums wie auch der Ärzteverbände ausgesprochene Empfehlung, vor einer geplanten Schwangerschaft auf jeden Fall einen HIV-Test machen zu lassen, gehen tatsächlich in diese Richtung. Sollte es in dem Kemptener Verfahren zu einer Verurteilung kommen, so läuft das auf eine generelle Kriminalisierung des „ungeschützten“ Geschlechtsverkehrs heraus, sofern ein Partner HIV-positiv ist. – (elf)

Referentenwahl

CSU wählt grünen Stadtrat – welche Gegenleistung?

München. Am 9. März 1988 haben im Rathaus die Wahlen für die zwölf Referenten stattgefunden. Einen dieser mit 13000 DM vergüteten Beamtenposten – als Kommunalreferent zuständig für Abfallbeseitigung und Gewerbeflächenbereitstellung – erhielt der grüne Stadtrat Georg Welsch im ersten Wahlgang mit den Stimmen der CSU und gegen die Stimmen der SPD. Die Zeitung „Die Grünen“ dämpft in einem Erfolgsbericht über die Referentenwahl die Erwartungen an den grünen Politiker, denn eine Gewerbeflächenpolitik, die den Expansionsdruck von Großfirmen, wie BMW und Siemens, von den noch nicht luxus-sanierten Wohngebieten nehme, sei besonders schwierig zu realisieren. Es ist kaum anzunehmen, daß der neue Kommunalreferent Georg Welsch Bürgerinteressen im Konflikt mit den Konzernen austragen wird. Er will „einen friedlichen Ausgleich“ zwischen Gewerbe, Grünplanung und Wohnen anstreben.

Weiter bemerkenswert ist die Tatsa-

che, daß die sechs grünen Stadträte mit ihrer Stimmabgabe die Wahl von gleich acht CSU-Referenten abgesichert und möglich gemacht haben. Die nach dieser Wahl einsetzenden Pressestimmen und Erklärungen von den betroffenen Parteien halten bis heute an. Die moderatere Tonart der CSU gegenüber den Grünen hat zwar zu einigen kritischen Stimmen wegen der „Glaubwürdigkeit“ geführt, jedoch überwiegen die Stimmen, daß die CSU in München eine kluge Politik mache. Eine Politik, die in der Lage ist, mit dem Gespenst vom rot-grünen Bündnis aufzuräumen. Der stellvertr. Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion Franz Josef Delonge erklärte im „Bayernkurier“ den CSU-Sinneswandel. Wenn die Grünen dem OB und seinen Genossen die Zusammenarbeit verweigern, dann gebe es für die CSU keinen Anlaß, das Gegenteil zu sagen und zu tun.

Die Republikaner haben diese Änderung der CSU-Politik gleich dazu benutzt, um an den rechten Rändern der christlich-sozialen Partei herumzufledern. Republikaner-Führer Schönhuber kündigte an, daß nun „konservative und verfassungsbewußte Münchner“ mit Sicherheit keine CSU mehr wählen würden, die mit den Grünen paktiere. Die Republikaner rechnen sich gute Chancen aus für die nächsten Kommunalwahlen mit diesen Stimmen von CSU-Wählern.

Eine – bei wichtigen Personalentscheidungen – wünschenswerte schroffe Kritik der CSU-Kommunalpolitik durch die Grünen existiert nicht. Im Gegensatz hierzu unterstützten sie die Wahl des Sozialreferenten Stütze (CSU). Schon seit Jahren wird dieser CSU-Politiker wegen rassistischer Ideologie und ausländerfeindlicher Praxis angegriffen. Auf einmal sollen die Grünen mit ihm auskommen können.

Quellen: Bayernkurier v. 19.03.88, Die Grünen v. 19.03.88 – (dil)



Der 41jährige Diplom-Volkswirt Georg Welsch wurde Referent

„Standortsicherung“

Übers Jahr werden Wünsche wahr oder: Ein Haushalt nach dem Geschmack der Konzerne

Hannover. Nachdem nach den letzten Kommunalwahlen die DKP nicht mehr im Stadtrat vertreten ist, wird März 1987 erstmals ein Haushalt gemeinsam von SPD und Grün-Alternativer Bürgerliste (GABL) verabschiedet. Durchgesetzt hat sich im wesentlichen die SPD, die Gewerbesteuer wird nicht erhöht, dafür aber verschiedene Gebühren. Immerhin sieht der Haushalt aber 110 neue städtische Planstellen und den Bau zweier Kindertagesstätten vor. Die Zustimmung der GABL wird mit einem einzurichtenden Umweltdezernat erkaufte. Den achtbaren Bürgern der Stadt jagt jedoch allein der Gedanke an die „rot-grüne Koalition“ Schauer über den Rücken. Im Folgenden nun die Geschichte ihrer nicht nachlassenden Bemühungen, aus „rot-grün“ „schwarz-rot“ zu machen.

April 1987: Lektion der

Industrie- und Handelskammer

„Der IHK sind mehrere Unternehmen bekannt, die angesichts der Entwicklung im Rathaus Investitionsvorhaben gebremst haben. Die von SPD und GABL vereinbarten Beschlüsse führen zu Ausgabenerhöhungen, die eine Erhöhung der Gewerbesteuer unumgänglich machen. Damit aber wird der Wirtschaftsraum in Konkurrenz zu anderen Regionen an Attraktivität für ansiedlungswillige Unternehmen verlieren.“ Der IHK-Sprecher fordert die SPD öffentlich und im Befehlston auf, die Koalition mit der GABL aufzukündigen. Neben der Abschaffung der Gewerbesteuer fordert die IHK, „weite Bereiche der Kommune auf den Prüfstand zu stellen. Es muß unter Effizienzaspekten untersucht werden, wer wirtschaftlicher arbeiten kann.“

Juli 87: Die Bezirksregierung greift ein

Die Bezirksregierung lehnt den hannoverschen Haushalt ab. Die Krediterhöhung um 12 Mio. DM sowie der Transfer von 17 Mio. DM aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt werden untersagt. Die Verwaltungsspitzen der Stadt Hannover, die seit Wochen in den Startlöchern sitzen, ziehen die bereits fertigen Sparkataloge aus der Tasche. Schließung von Büchereien, Bädern, Jugendzentren, Erhöhung von Eintrittsgeldern und Gebühren. Der Oberstadtdirektor verhängt eine Haushaltssperre, die Verwaltung soll 15% aller beeinflussbaren Ausgaben einsparen.

Die GABL verlangt eine Klage der Koalition gegen die Verfügung der Bezirksregierung, die SPD kommt dem nicht nach. Im Gegenteil läßt sie

eine Haushaltsvereinbarung nach der anderen platzen. Das Umweltdezernat wird nicht eingerichtet. Der Hannover-Sparpaß für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wird nicht eingeführt. Keine einzige der zusätzlichen Planstellen wird besetzt, trotz massiven Protestes des Gesamtpersonalrats.

August 87: Die bürgerliche Öffentlichkeit ereifert sich

Der DGB fordert die Erhöhung der Gewerbesteuer. Die beiden hannoverschen Tageszeitungen HAZ und NP entfalten dagegen eine regelrechte Hetzkampagne. IHK, Handwerkskammer, Steuerzahlerbund und andere Bürgervereine beschwören Abwanderungstendenzen, sehen die Region Hannover veröden, Hannover zur Steuerhochburg Nummer 1 werden.

Zuständigkeit des CDU-Dezernenten.

September 87: Der Haushalt 88 erfüllt die Kapitalistenforderungen

Den Haushaltsentwurf für 1988 beurteilt der Oberstadtdirektor (SPD) folgendermaßen: „Alles, was wir mit eigenen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Raumes Hannover tun können, ist unangetastet geblieben ... Das Ausquetschen der einzelnen Haushaltspositionen hat bereits stattgefunden.“ Erhöhungen der Kindergartengebühren, Schließung einer Kita, Reduzierung des Spielplatzangebots, der Ferienmaßnahmen, Streichung der Schülerfreimilch, Schließung von Stadtbüchereien, Beihilfekürzung für fast alle Jugendprojekte, Kürzung der Altenhilfe, Aufgabe sieben städtischer Bäder, Redu-



CDU und FDP erweisen sich als die wahren Standortsicherer. Geschickt wird versucht, die einzelnen DGB-Gewerkschaften auseinanderzudividieren. Nachdem das DGB-Ortskartell sich für eine kräftige Gewerbesteueranhebung ausgesprochen hat, wird die Falschmeldung lanciert, IG-Chemie und IG-Metall seien gegen diese Forderung. Eine Richtigstellung erfolgt nicht. Auch Auseinandersetzungen innerhalb der ÖTV und des städtischen Gesamtpersonalrats werden mit länglichen Artikeln bedacht. Während sich der ÖTV-Vorstand für ein Umweltdezernat mit großem Kompetenzbereich einsetzt, bangen einige Betriebsräte um ihren Posten durch die Ämterzusammenlegung. Eine Personalversammlung des Fuhramtes verlangt den Verbleib des Amtes in der

zierung der Aufwendungen für sozialen Wohnungsbau, Privatisierung des Zoos, Theaters und der Friedhöfe sind nur ein Teil der Vorschläge. Weiter vorgesehen ist die Einführung der Getränkesteuer, die Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer B um 10% Punkte und bei der Gewerbesteuer um 5% Punkte.

Die GABL lehnt den Haushaltsentwurf ab und verlangt stattdessen eine 35%-punktige Gewerbesteuererhöhung, mit der die aufgetretenen Defizite problemlos ausgeglichen werden können. Nur 26% der hannoverschen Gewerbebetriebe sind überhaupt von dieser Steuer betroffen und deren Gewerbeertrag ist bei einer 35%-punktigen Erhöhung lediglich mit 1,2% belastet. Für Konzerne wie Continental und VW ein lächerlicher Betrag.

Oktober 87: IG-Metall und IG-Che-

mie unterstützen die Proteste nicht

Nach zahlreichen Protestaktionen von einzelnen betroffenen Gruppen findet am 16.10.87 mit 8000 Teilnehmern die bisher größte Demonstration gegen städtische Haushaltspolitik statt. Der ÖTV-Kreisvorstand wendet sich zwar in seiner Rede gegen den geplanten Abbau von 848 städtischen Stellen bis 1991, vermeidet aber jede Forderung, die sich gegen die Kapitalisten richten könnte. Die Forderung nach Gewerbesteuererhöhung wird auf der Demonstration nur von der GABL erhoben. Bis auf die ÖTV hat keine der DGB-Gewerkschaften mobilisiert. Die SPD erechzt sich in ihrem Flugblatt, den Protest gegen den Haushaltsvorschlag, der ja aus ihren Reihen kommt, zu unterstützen. In den folgenden zwei Monaten bietet sie der Öffentlichkeit ein herzerreißendes Bild der kämpfenden zwei Seelen in ihrer Brust. Die Ratsfraktion ist für Koalition mit der CDU, die den Haushaltsentwurf natürlich unterstützt, die Parteimehrheiten schwanken je nach Bezirk zwischen CDU und GABL, die

die 35%-punktige Gewerbesteuererhöhung zur Voraussetzung für eine Koalition macht.

Januar 1988: Große Koalition und Hannover-Pakt

Die Ende des Jahres 1987 von Continental angedrohte Schließung zweier hannoverscher Werke sowie 550 geplante Entlassungen bei Telefunkon beschleunigen die Entscheidungsfindung bei der SPD. Sie koalitiert mit der CDU, der vorgeschlagene Haushaltsentwurf wird ohne wesentliche Änderungen verabschiedet, eine langfristige Zusammenarbeit beider Parteien ist angestrebt. Noch einmal demonstrierten 3000 Stadtbeschäftigte, zum Teil während der Arbeitszeit, in seinem Flugblatt schreibt der Gesamtpersonalrat jedoch: „Wirtschaftsförderung zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist richtig.“

Fast zeitgleich setzt Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) die Idee vom Hannover-Pakt in die Welt, um „das Absinken der Region in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit zu verhindern“. Der DGB begrüßt sogleich den

Vorschlag, die IG-Metall schlägt vor, mehr „Politik mit dem Messestandort zu betreiben“. Beim ersten Treffen im Februar sind neben VW-Vorstand, IHK-Präsident auch die IG-Chemie und die DAG vertreten. Zur Abrundung des ganzen Standortsicherungsspektakels organisiert der DGB im März 1988 gemeinsam mit Diakonischem Werk und Katholischer Arbeitnehmerbewegung eine Demonstration unter dem Motto: „Die Region Hannover muß leben“.

Die GABL ist isoliert, die DKP nicht mehr im Parlament, eine große Koalition bis zu den Kommunalwahlen 1991 zeichnet sich ab. Die Opposition wird alle Hände voll zu tun haben, bis zu den Wahlen ein tragfähiges linkes Bündnis zustandezubekommen.

Quellen: HAZ, 18., 25., 30.4.87, 16.1., 11.3.88, Flugblätter des DGB, des Gesamtpersonalrats, der GABL, Broschüre der DKP zum Haushalt 1988, Broschüre des Steuerzahlerbundes: Hannover – kein Ausweg aus der Finanzkrise? – (rec)

Die nächsten Aufgaben sind bereits gestellt

Im Februar 1988 erscheint eine Broschüre des niedersächsischen Steuerzahlerbundes, die die IHK-Forderung von 87 aufgreift und nun „alles, aber auch wirklich alles“ auf den Prüfstand stellt. Folgende „drei Ausprägungen der Aufgabenkritik werden vorgenommen: 1. Die bisher wahrgenommenen Aufgaben werden wirtschaftlicher durchgeführt (klassische Rationalisierung), 2. Die Intensität und Qualität der Aufgabenerfüllung wird zurückgenommen (Vollzugskritik), 3. Einzelne Aufgaben fallen völlig weg (Zweckkritik).“ Zur Privatisierung werden vorgeschlagen: Pfortner- und Aufsichtsdienste, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Friedhöfe, Pflege von Grünanlagen, Kantinen, Handwerkerarbeiten, die Sozial- und Wohlfahrtspflege. Hierbei soll geprüft werden, welche Dienste auf „den Bürger übertragen werden können“. Z.B. werden ehrenamtliche Mitarbeiter für Kitas empfohlen. Der Ausstattungsstandard von Kitas, Schulen, Sportstätten soll gesenkt werden. Ausdünnung des Fahrplans im öffentlichen Nahverkehr, in den Ämtern längere Bearbeitungszeiten, Gruppenberatung; Verkürzung der Öffnungszeiten von Kitas, Museen, Bädern; Schließung von 31 Schulen, Übertragung der Kitas an freie Träger (Kirchen und Wohlfahrtsverbände); Abschaffung dezentraler Angebote (Büchereien, Bäder, Ordnungsämter) sind nur einige der vorgeschlagenen Leistungseinschränkungen. Bisher kostenfreie Einrichtun-

gen sollen gebührenpflichtig werden, Ermäßigungen abgeschafft werden, Zuwendungen der Stadt an die Sozial- und Jugendfürsorge sollen entfallen. Neben dem Personalabbau durch Privatisierung sollen freiwillige Zulagen (z.B. für Arbeitskleidung) gestrichen werden, Überstunden nur noch mit Freizeit abgeglichen werden. Die Broschüre ist in Zusammenarbeit mit den Ratsfraktionen erstellt worden, sie läßt alle städtischen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen unangetastet und spricht sich für die Abschaffung der Gewerbesteuer aus.

Der Einfluß des Kommunalparlaments soll sinken

Nur noch in der Gemeindeordnung Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens ist die Trennung von Parlament



DGB-Demonstration 14.3.88: Aufruf zur Standortsicherung

und Verwaltung, personifiziert durch Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor vorgesehen. Der Einfluß der Verwaltung sollte auf diese Weise eingedämmt werden. Seit März 88 gibt es nun eine „Bewegung“ für die Abschaffung dieser Zweigleisigkeit. 40 niedersächsische Verwaltungsspitzen, unterstützt von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung setzen sich für eine grundlegende Reform der Gemeindeordnung ein. An die Spitze der Kommune gehöre „nur ein politischer Beamter“, ob er überhaupt gewählt werden soll, bleibt in ihren Veröffentlichungen im Unklaren. Gegenwärtig müßten zwei „um die Macht kämpfen“, was zu erheblichen „Reibungsverlusten“ führe. Auch Hannovers Oberstadtdirektor gehört der „Bewegung“ an. „Ein Oberbürgermeister muß um Zustimmung werben, aber wer das tun muß, kann nicht grundsätzliche Richtungsänderungen in die Wege leiten.“ Mit dieser Begründung stellt er gleich die Notwendigkeit des Kommunalparlaments insgesamt in Frage. Der Gegensatz von Stadtrat und Verwaltung sei nirgends so ausgeprägt wie in Niedersachsen, so die „Bewegung“, was man an der hohen Zahl „sachfremder Ratsanträge“ beweisen könne. Hiermit ist vor allem die Tätigkeit grüner Ratsfraktionen gemeint, die den Verwaltungsspitzen als große Effizienzminderung erscheinen muß. Die Gemeindeordnung soll von demokratischem Ballast befreit werden, damit sich die vorgeschlagenen Konsolidierungshaushalte besser durchsetzen lassen.

HBV-Tarifforderungen für Großhandel Bayern

München. Die HBV hat die Gehalts- und Lohntarifverträge zum 29.2.1988 gekündigt und folgende Forderungen beschlossen: Erhöhung der Gehälter um 6,5%; Erhöhung der Auszubildendenvergütungen um 50 DM; Wegfall der Ortsklasse II; Streichung der Eingangsgruppe bis zum 19. Lebensjahr im Gehaltstarifvertrag; Streichung des Abschlags bis zum 18. Lebensjahr im Lohnstarifvertrag; Abkoppelung der Laufzeit der Eingruppierungsmerkmale von der Laufzeit des Manteltarifvertrags. – (acr)

IG Chemie Hamburg: Sonntagsarbeitsverbot

Die Delegiertenhauptversammlung der IG Chemie-Verwaltungsstelle Hamburg hat einstimmig als Antrag an den Gewerkschaftstag verabschiedet: „Die IG Chemie, Papier, Keramik fordert, daß das jetzige Verbot der Sonntagsarbeit (Gewerbeordnung § 105a) erhalten bleibt. Insbesondere wendet sich die IG Chemie dagegen, daß als Ausnahmen ‚betriebswirtschaftliche Gründe‘ gesetzlich anerkannt werden. Begründung: Die Versuche der Arbeitge-

Gegen Ausbildungsverschlechterung

Kiel. Schüler des Berufsschulzentrums Gaarden demonstrierten am 15.3.88 gegen die Verlegung der Berufsfachschule und des BGJ (Metalltechnik) an die Beruflichen Schulen Gellertstr. Dort müssen sie auf die modernen Lehrwerkstätten in Gaarden verzichten, weil sie mit der Lehrlingsausbildung zusammengelegt werden. Deren Werkstätten sind miserabel ausgestattet. Sie wollen nicht damit abgespeist werden. – (uws)

bervverbände, die Arbeit an Sonntagen legalisieren zu lassen, führen zur Sieben-Tage-Fabrik als Normalzustand. Das freie Wochenende, das heute schon für viele nicht mehr gilt, ist ein gewerkschaftlich erkämpfter Standard, der für die Erholung, die Gesundheit, familiäre Bindung, kulturelle, politische und soziale Kontakte, kurz gesagt für ein einigermaßen menschliches Leben, unerlässlich ist.“ In einem anderen Antrag wird gefordert: Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeit soll 1. die Nachtarbeit und 2. die Sonntagsarbeit einschränken, 3. feststehende Schichtpläne nicht flexibilisieren. – (güt)



Arbeitszeitverkürzung bei BMW

München. Die vom BMW-Vorstand geplante Anrechnung der bezahlten 10 Minuten Brotzeit konnte abgewehrt werden. In den direkt produktionsabhängigen Bereichen erhöht sich die Arbeitszeit je Schicht bleibt bei 8 Stunden. In den anderen Bereichen wird die Arbeitszeit täglich verkürzt. Für die Arbeiter wird Monatslohn eingeführt. Im Werk Regensburg hat der BMW-Vorstand Samstagsarbeit und 9-Stunden-Schichten durchsetzen können. Dort wird bisher noch im Ein-Schicht-Betrieb gearbeitet. – (mu)

Warnstreik im Murmann-Betrieb

Neumünster. Am 10.3. stand bei Sauer-Sundstrand um 14.00 Uhr die gesamte Produktion still. 300 Arbeiter zogen vors Tor. Mit Transparenten und Redebeiträgen wurde gefordert: „Der Samstag bleibt frei – basta!“ Abgelehnt wird auch die Forderung der Geschäftsleitung (GL) nach Ausweitung der Nachtschicht. So unter Druck gesetzt, war die GL kurz darauf kompromißbereit. Es zeichnet sich zumindest an folgenden Punkten ein Kompromiß ab: Arbeitszeitverkürzung täglich 1/4 Std., der Samstag bleibt frei. Murmann persönlich stoppte dieses Ergebnis; als Arbeitgeberpräsident will er in seinem Betrieb auf jeden Fall Samstagsarbeit durchsetzen. Außerdem verlangt er, daß Überstunden und Schichten

nach Betriebserfordernis ohne Zustimmung des BR gefahren werden können. Der BR ließ sich darauf natürlich nicht ein. Die Verhandlungen gehen jetzt vor die Einigungsstelle. – (ind)

Proteste gegen VW-Privatisierung

Hannover. In den Werken Wolfsburg, Emden, Salzgitter, Hannover und Kassel des VW-Konzerns legte die Belegschaft am 22. und 23. März für kurze Zeit die Arbeit nieder, um gegen den Verkauf des Bundesanteils am VW-Kapital zu protestieren. In Braunschweig fand eine Betriebsversammlung statt. Der Gesamtbetriebsrat fordert die Einrichtung eines Fonds für Belegschaftsaktien. Die „Probleme“ – zu geringe Arbeitsproduktivität, zu wenig Rendite, bedingt durch den Haustarif – seien noch zu lösen, steckt das Handelsblatt vom 23.03.88 derweil potentiellen Anlegern. – (gka)

Madsack: Protest gegen Steuerreform

Hannover. Die Nachtschicht legte am 21.3. zum Arbeitsanfang für zwei Stunden die Arbeit nieder. Sämtliche Abteilungen der Technik versammelten sich in der Rotation zur Diskussion über Gegenmaßnahmen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, nachdem klar war, daß in der Hannoverischen Allgemeine und Neuen Presse über die Proteste berichtet wird. Der Vertrieb dieser Zeitungen und Bild-Bundesausgabe verzögerte sich. – (ard)



Der zweite Streik innerhalb eines halben Jahres bei der südafrikanischen Daimler-Benz-Niederlassung in EAST-London ist beendet. 159 Lackierer hatten kurz vor Feierabend ihr Werkzeug eingepackt, weil das vorgeschriebene Tagesproduktionssoll von 66 Wagen erfüllt war. Das Management stellte sich auf den Standpunkt: „Keine Arbeit, kein Lohn“ und zog eine Stunde vom Lohn ab. Daraufhin traten 2800 Arbeiter des Werkes in den Streik. Aus EAST-London wurden schon am ersten Streiktag Militärpolizei aufgezogen. Die NUMSA berichtet, daß die Lackierer zunächst ihren vollen Lohn erhalten und der Streit durch die betriebsinterne Schlichtungsstelle beigelegt wird.

DGB-Kreisfrauenausschuß

Kritik an dem geplanten Beratungsgesetz zum § 218

München. Zum Internationalen Frauentag 1988 fanden in München Frauen-Aktions-Wochen mit zahlreichen Veranstaltungen statt. Veranstaltungsthemen waren u.a. „Kein Beratungsgesetz zum § 218 – Keine ungeschützten Arbeitsverhältnisse“ und „Kein Beratungsgesetz – Weg mit dem § 218“. Am 5. März fand eine Demonstration und Kundgebung statt. Rechtzeitig zu diesen Aktionen hat der DGB-Kreisfrauenausschuß München eine Broschüre herausgegeben, die sich mit der Gesetzeslage und ihrer geplanten Verschärfung befaßt. Die Broschüre setzt sich auch mit den sozialen Verhältnissen der Arbeiterbevölkerung auseinander und kritisiert die Politik der Bundesregierung. Die Verfasser der Broschüre schreiben in ihrem Vorwort: „Unsere Broschüre will aber nicht nur die Folgen des Beratungsgesetzes erklären, sondern auch darstellen, wie das soziale Umfeld in München für Mütter und Familien aussieht. Der Talmi-Glanz der ‚Weltstadt mit Herz‘ darf uns nicht den Blick verstellen für die sozialen Mißstände in unserer Stadt. Hier geht unsere Broschüre ins Detail, subsumiert mehr oder weniger bekannte Fakten und stellt unsere gewerkschaftlichen Forderungen in eine Reihe mit der Forderung, dieses Beratungsgesetz zu verhindern.“ Im Folgenden ein Auszug aus der Broschüre, der mit dem Satz eingeleitet ist: Unter welchen sozialen Bedingungen hat sich heute eine Frau in München zu entscheiden. – (ecg)

*

1. Die Misere der familienergänzenden Einrichtungen, d.h. Kinderkrippen, Kindergärten und Horte

Seit Jahren berichten die Münchner Zeitungen zu den Einschreibeterminen, daß in den Kindergärten ca. 3000 Eltern abgewiesen werden mußten. Seitdem versprechen die Rathauspolitiker, sich gegen diese Misere zu wenden – bis heute ist sie geblieben. Aber nicht nur im Kindergartenbereich besteht ein großer Mangel an Plätzen, Krippe und Hort in München sind noch größere Stiefkinder der Sozialpolitik – von ihnen wird nur weniger gesprochen, weil sie nicht dem Bildungsbereich zugeordnet sind und diese Einrichtungen nur für einen Erziehungsnotstand angeboten werden. Das heißt, Mütter, die ihre Kinder in der Krippe oder als Schulkinder im Hort „deponieren“, sind ohnehin als Rabenmütter abgestempelt und so werden sie dann auch behandelt.

In München stehen für die Altersgruppe der 0–3-jährigen für 29244 Kinder 1864 Krippenplätze zur Verfügung. Für die Altersgruppe der 3–6-jährigen für 25959 Kinder 19146 Kindergartenplätze, für die Altersgruppe der 6–14-jährigen für 79885 Kinder 8166 Hortplätze zur Verfügung.

Diese Zahlen müssen jedoch noch relativiert werden! So werden z.B. nur drei Jahrgänge Kinder gezählt, obwohl im Kindergarten vier Jahrgänge betreut werden. Dazu kommt, daß die Plätze im Kindergarten halbiert werden, d.h. es werden Vormittags- und Nachmittagsgruppen angeboten, neben 44 Prozent Ganztagsplätzen. Diese Situation erschwert einer vollzeitberufstätigen Mutter, für ihr Kind einen entsprechenden Kindergartenplatz zu finden. Zusätzlich sind die Gruppen in den Kindergärten um 15,3 Prozent im Durchschnitt überbelegt, d.h. die Gruppen umfassen mehr als 25 Kinder. Die Stadt läßt zur Zeit Bedarfspläne entwickeln, jedoch werden gleichzeitig die Gelder im Sozialhaushalt massiv gestrichen. Das heißt, daß für den Ausbau von familienergänzenden Einrichtungen keine Gelder zur Verfügung gestellt werden – daß die Vertröstungen auf Dringlichkeits- und mittelfristige Pläne, wie sie Eltern immer wieder angeboten werden, reine Makulatur sind. Eher steht zu befürchten, daß über den Hebel der Gebührenerhebung noch mehr Eltern, vor allem aber al-

leinstehende Mütter, gezwungen werden, auf Privatlösungen zurückzugreifen, wie dies von der Stadt im Krippenbereich schon einmal versucht worden ist. Die Erhöhungen mußten dann aber wegen der lauten Gegenwehr der Betroffenen mit massiver Unterstützung durch die DGB-Frauen zurückgenommen werden (es waren Wahlzeiten!).

Der DGB fordert qualifizierte familienergänzende Einrichtungen in ausreichender Zahl und zu erschwinglichen Gebühren, vor allem auch den Ausbau der Kinderkrippen zu pädagogischen Einrichtungen. Außerdem die Verwirklichung der langjährigen Forderung nach integrierten Gesamtschulen als Ganztagschulen durch die bayerische Staatsregierung, damit Eltern, überwiegend jedoch Mütter, neben der Berufs- und Hausarbeit nicht länger auch noch unbezahlte Hilfslehrerdienste leisten.

2. Die Misere auf dem Wohnungsmarkt

Preiswerte Wohnungen muß man in München mit der Lupe suchen – oder bei der Glücksspirale gewinnen. In den vergangenen zehn Jahren stiegen die Mieten um 110 Prozent. Damit liegt das Mietpreisniveau in München 30 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. München ist die Stadt

- mit den Luxussanierungen und spekulativen Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen.

- mit dem immer geringer werdenden Bestand an Sozialwohnungen (bis 1995 fallen 50000 Wohnungen aus der Belegungsbindung)

- mit den sich häufenden Mietpreisverstößen: jede fünfte Sozialwohnung war 1986 zu teuer.

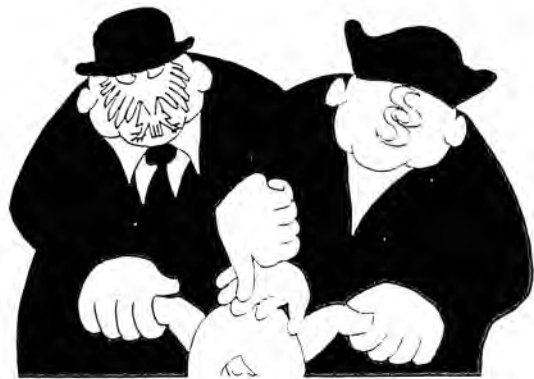
2100 Mieter wurden 1986 wegen Mietschulden zwangsgeräumt, d.h. jeden Tag fünf Wohnungen. Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg allein von 1985 auf 1986 um 42 Prozent, in Zahlen von 21000 auf 32000. Die Kosten für die Stadt betragen 60,4 Mio. Diese Summe bedeutet eine Subvention der Hausbesitzer von unseren Steuergeldern, die nur durch das krasse Gewinnstreben dieser Gruppe und durch das Fehlen entsprechender Gesetze, sprich Mietpreisbindung, verursacht wird. ...

3. Die Misere auf dem Arbeitsmarkt

Im München gibt es im Jahresdurchschnitt 1987 26749 arbeitslose Frauen. Ihr Anteil an der Gesamtarbeitslosenzahl in München beträgt 47,5 Prozent.

Frauen sind von Arbeitslosigkeit und Ausbildungsnotstand überdurchschnittlich betroffen. 1986 erreichte die Frauenarbeitslosigkeit einen neuen Nachkriegsrekord. Trotz wieder ansteigender Frauenerwerbslosigkeit sind die von Frauen geleisteten Arbeitsstunden seit 1980 um 400 Mio. Stunden pro Jahr gesunken und wurden Vollzeit Arbeitsplätze durch Teilzeitarbeitsplätze verdrängt ...

Kein Beratungsgesetz zum §218



Broschüre des DGB-Kreisfrauenausschuß München, die aus einer Fachtagung im Oktober 1987 hervorgegangen ist.

Bücher

Verbrecherische Politik der deutschen Faschisten

Oradour: Laufbahn eines SS-Mörders

Am 10. Juni 1944 massakrierten Einheiten der SS-Division „Das Reich“ alle Einwohner des französischen Dorfes „Oradour“. Die Männer wurden erschossen, Frauen und Kinder lebendig verbrannt. Das Massaker war von SS-General Lammerding angeordnet worden. Lammerding starb am 19.1.1971 in Düsseldorf ungestraft. 200 ehemalige SS-Leute trugen ihn mit allen seinen Orden und mit Kränzen der SS zu Grabe.

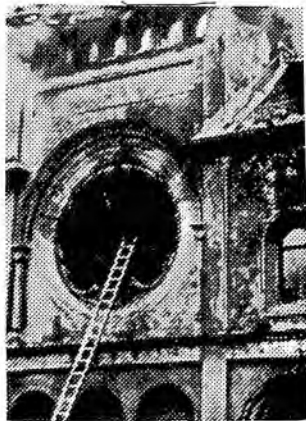
Das Buch „Der letzte Tag von Oradour“ schildert nicht nur das Massaker selbst, andere Untaten der Division und Massaker anderer SS-Einheiten in anderen Ländern. Es skizziert auch den Lebenslauf des Heinz Barth, SS-Obersturmführer in Oradour und 1983 als einziger Beteiligter an dem Massaker in der DDR verurteilt. Wie Barth, Sohn eines preußischen Bahnbetriebsassistenten, mit elf Jahren schon bei der Hitlerjugend, Kaufmannsgehilfe, dann zur Polizei eingezogen, Zug um Zug zu einem der Mörder von Oradour abgerichtet wurde, der noch Jahre danach keine Skrupel über seine Untaten empfindet, erfährt man – wenn auch nur bruchstückhaft.

L. Rosh, G. Schwarberg, Der letzte Tag von Oradour, Steidl-Verlag, Göttingen 1988, 142 Seiten, 7,80 DM – (rül)

November 1938 Reichspogromnacht

Unter dem Titel „Die Kristallnacht“ haben R. Thalmann und E. Feinermann eine Dokumentation über die Ereignisse am 9./10. November 1938 veröffentlicht. Die von den Nationalsozialisten gewählte Bezeichnung „Kristallnacht“ bezeichnen sie als poetisch-zynisch. In Dokumenten, Erlebnisberichten, Pressezitaten werden Hintergründe und Ablauf der Reichs-

pogromnacht nachgezeichnet. Äußerer Anlaß für die Pogrome der Nationalsozialisten ist die Erschießung des Diplomaten von Rath durch einen jüdischen Jugendlichen, der damit gegen die Behandlung der jüdischen Bevölkerung und seiner eigenen Familie durch die Nationalsozialisten protestieren und aufmerksam machen will. Widerlegt wird die teilweise heute noch vertretene Ver-



Alle Synagogen werden geplündert und verbrannt

sion von spontanen Massenerhebungen gegen die jüdische Bevölkerung. Tatsächlich handelt es sich um ein genau geplantes Vorgehen von SA und SS. Mit der Reichspogromnacht leitet die NSDAP die großangelegte Arierisierung jüdischen Besitzes und vollständige Entrechtung der jüdischen Bevölkerung ein, die ersten massenhaften Inhaftierungen jüdischer Männer in die KZs Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen erfolgen. Untersucht wird im letzten Kapitel die Haltung anderer Staaten gegenüber den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung. Meistenteils sperrten sie ihre Grenzen gegen die Flüchtlingsströme aus Hitlerdeutschland. Das Buch ist nützlich zur Vorbereitung von Aktionen zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht in diesem Jahr. Es enthält auch ausführliche Quellen- und Literaturhinweise. – (gug)

„Mit Gott und dem Führer“

In seinem Buch belegt K. Deschner, wie der Vatikan die Nazi-Diktatur miterrichten half. Für die Zusage der Nazis, mit dem Vatikan ein Konkordat abzuschließen, ließ der Papst die katholische Zentrumspartei dem Ermächtigungsgesetz zustimmen und ordnete die Selbstauflösung der Partei zum Juli 1933 an. Mit Frohlocken begrüßten die Kurie und die deutschen Bischöfe den Überfall auf die Sowjetunion und trieben die deutschen und andere europäische Katholiken an, das Leben von Millionen Menschen für den „Führer“ und für „Gott“ zu vernichten. Kein Wort richtete die Kurie gegen den Völkermord an Juden. – In seinen Formulierungen läßt Deschner anklingen, daß die Kirchenführung den Nazis in entscheidender Weise zur Macht verholfen habe. Das weist darauf hin, daß er die gesellschaftlich bestimmende Kraft zur Errichtung der Diktatur, das deutsche Finanzkapital, nicht richtig analysiert.

Das Buch ist ein Auszug des Werkes „Ein Jahrhundert Heilsgeschichte“, dessen beide Bände in den Pol. Berichten 3/87 rezensiert wurden. Die Quellenbelege sind weggelassen worden, die zu starke Kürzung macht den Text manchmal unverständlich. (K. Deschner, Mit Gott und dem Führer. Die Politik der Päpste zur Zeit des Nationalsozialismus, 16,80 DM – gba)

Verbrechen in der UdSSR

Im letzten Jahr hat der Pahl-Rugenstein Verlag eine Sammlung von Dokumenten neu aufgelegt, die zuerst 1963 im Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau erschien. In einem neuen Vorwort begründet Ales Adamowitsch, Herausgeber und Verfasser mehrerer Bücher über die verbrecherische Politik der deutschen Faschisten auf dem Gebiet der UdSSR, die erneute Vorlage des umfangreichen Bandes mit der Notwendigkeit zu begreifen, daß der Umfang der Pläne zur Versklavung und Vernichtung

ganzer Völker in den Schriften der Faschisten, vorrangig in Hitlers „Mein Kampf“, bereits erkennbar dargelegt waren und durch eine „organisierte, gut funktionierende Maschinerie des Terrors“ vollstreckt wurden. Das Buch dokumentiert neben einer Darstellung der Ziele der Faschisten in den besetzten Gebieten der UdSSR in vier Abschnitten die Massenvernichtung der sowjetischen Bevölkerung, Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen, die Zwangsarbeit und Massenverschleppung der Bevölkerung und die Vernichtung von Kulturgütern. Größtenteils sind Befehle, Anordnungen und Bekanntmachungen führender Nationalsozialisten, die in den besetzten Gebieten wüteten, aufgenommen. Beigefügt sind einzelne Untersuchungsberichte von Außerordentlichen Staatlichen Kommissionen in den von der Roten Armee befreiten Gebieten noch vor Ende des Krieges, die sich mit den Untaten der faschistischen Okkupanten und den von ihnen verursachten Schäden befassen. Selbst in den geheimen Dokumenten der faschistischen Verbrecher finden sich deutliche Hinweise auf den Widerstand, den die Menschen in der UdSSR selbst unter dem grausamsten Terror leisteten.

Im folgenden einige kurze Beispiele aus den Dokumenten:

Aus der Bekanntmachung des Stadtkommandanten von Kiew, Generalmajor Eberhard, über Erschießung von Kiewer Einwohnern (2.11.1941):

„Die zunehmenden Faelle von Brandstiftungen und Sabotage in Kiew zwingen mich zu durchgreifenden Massnahmen. Es werden daher heute 300 Einwohner von Kiew erschossen. Fuer jeden neuen Fall von Brandstiftung oder Sabotage wird eine mehrfache Zahl erschossen werden. Jeder Einwohner hat die Pflicht, jede verdächtige Wahrnehmung der deutschen Polizei unverzüglich anzuzeigen. Ich werde unter allen Umständen und mit allen Mitteln Ruhe und

Ordnung in Kiew aufrecht-
erhalten.“ (Dokumente,
s.104)

Aus einem Schreiben des
Gebietskommissars Paul
Raab an Rosenberg über
Zwangsmaßnahmen zur
Gestellung von Arbeitskräf-
ten im Gebiet Wassilkow
für Deutschland (7.6.1944)
„Während des Jahres 1942
wurde die Erfassung von
Arbeitspflichtigen fast aus-
schliesslich durch Propa-
ganda erreicht ... Lediglich
im August 1942 musste ge-
gen zwei Familien in den
Dörfern Glewenka und Sa-
lisny-Chutter eingeschritten
werden, welche je einen
Arbeitspflichtigen zu stellen
hatten. Die beiden waren
im Juni zum ersten Male
aufgefordert worden, hatten
aber mehrfachen Aufforde-
rungen nicht Folge geleis-
tet. Sie mussten zwangs-
weise vorgeführt werden,
doch gelang es ihnen zwei-
mal, aus dem Sammellager
in Kiew bzw. vom Trans-
port zu entspringen. Vor der
zweiten Festnahme waren
bereits vorsorglich die Väter
der beiden Arbeitspflichti-
gen festgenommen worden,
um als Geisel erst ausgelöst
zu werden, sobald sich ihre
Söhne stellen würden ...
Nach anfänglich guten Er-
folgen setzte eine passive
Resistenz seitens der Bevöl-
kerung ein, die mich endlich
zwang, wieder zu Verhaf-
tungen, Beschlagnahmen
und Überweisung in Ar-
beitslager zu greifen. Nach-
dem ein ganzer Transport
von Arbeitspflichtigen am
Bahnhof in Wassilkow die
Polizei überrannte und die
Flucht ergriff, sah ich mich
wieder zu schärfstem
Durchgreifen genötigt. Ein-
ige Rädelsführer, welche
natürlich längst geflohen
waren, wurden in Plissezko-
je und in Mitnitsa ermittelt.
Nach mehrfachen Versu-
chen, ihrer habhaft zu wer-
den, wurden ihre Häuser
niedergebrannt.“ (Doku-
mente, S.307/308)

Aus der Übersicht der Polit-
abteilung der 1. Armee der
sowjetischen Streitkräfte
über die Zerstörungen und
den Abtransport von Roh-
stoffen und Fertigzeugnis-
sen aus Saporoschje durch
die faschistischen deutschen
Okkupanten (spätestens

Januar 1944)

„Das Aluminiumkombinat
wurde der ‚Aluminiumin-
dustrie AG Berlin‘ überge-
ben ... Ab Januar 1942 be-
gannen die Vorbereitungen
zur Inbetriebnahme des
Werks. Die gesamte Arbeit
wurde von Hand ausge-
führt. Dazu waren etwa 900
Mann eingesetzt, die das
Arbeitsamt dem Betrieb
zugeteilt hatte. Die Aufräu-
mungsarbeiten im Werk
schritten nur langsam vor-
an, die Arbeitsproduktivität
war niedrig ... Die sowjeti-
schen Arbeiter, Ingenieure
und Techniker verstanden,
daß aus dem Vorhaben der
Deutschen nichts werden
würde, aber sie schwiegen.
Iwan Timofejewitsch Kat-
schenko (Arbeitersiedlung
15), der vor der Besetzung
der Stadt durch die Deut-
schen als Schichtleiter in einer
Elektrolysen-Halle
gearbeitet hatte, berichtete:



Zerstörte Fabrikhalle in
Leningrad. 1941

„Unsere Arbeiter, Ingenie-
re und Techniker wußten,
daß diese Überholungsar-
beiten zum Mißlingen ver-
urteilt waren, aber sie
schwiegen absichtlich und
setzten die Arbeiten fort;
dabei kam es ihnen nur dar-
auf an, Zeit zu vertrödeln
und so wenig und so
schlecht wie möglich zu
arbeiten. Es ist den Deut-
schen infolgedessen nicht
gelingen, die Aluminiumfa-
brik in Gang zu bringen.“
(Dokumente, S.383/384)
(Eine Schuld, die nicht er-
lischt. Dokumente über
deutsche Kriegsverbrechen
in der Sowjetunion. Pahl-
Rugenstein, Köln 1987,
19,80 DM – anl)

Fastenaktion der Evangelischen Kirche

„Sieben Wochen ohne ...“ Feinste Herrschaftstechnik

„Das Fasten im christlichen Sinne ist Einübung der Frei-
heit“, so lehrt der Evangelische Erwachsenenkatechismus.
Entsprechend wirbt die diesjährige Fastenaktion der Evan-
gelischen Kirche „Sieben Wochen ohne ...“ mit der Ein-
ladung: „Frei werden, Leben finden, Hoffnung geben.“
Gefastet werden soll vom Aschermittwoch bis zum Kar-
samstag (17.2. bis 3.4.1988).

Auch in diesem Jahr haben sich viele entschlossen, in
diesen Tagen auf einiges zu verzichten, „was sie in ihrem
Leben für überflüssig halten“. Die Palette reicht von Alko-
hol, Zigaretten und Süßigkeiten bis hin zu „schlecht reden
über andere oder selbstverursachte Hektik“. In Hunderten
von evangelischen Kirchengemeinden kommen Menschen
zu Fastengottesdiensten und Andachten, Gesprächsgrup-
pen und „Durchhaltetreffs“ zusammen. Wie das „Amt für
Öffentlichkeitsarbeit“ der Nordelbischen Kirche weiter
mitteilt, bricht diese Aktion, die 1988 zum sechsten Mal
durchgeführt wird, „alle Rekorde“: Wurden 1987 die bun-
desweiten Zahlen der teilnehmenden Christen noch mit
rund 350000 angegeben, lassen sich 1988 nur vage Schät-
zungen abgeben: „Das Projekt hat sich selbständig ge-
macht und sprengt jetzt sogar die Grenzen Europas“, sagt
Pastor Hinrich C.G. Westphal aus der „Fastenzentrale“ in
Hamburg.

Die Kirche greift mit dieser Aktion mit feinfühleriger
Schläue und Gespür für die Zeichen der Zeit auf ein altes
Instrumentarium ihrer Herrschaftstechnik zurück. Fasten,
unter Berufung auf Handlungen und Aufrufe Jesu wurden
schon in der Alten Kirche, also bald nach dem Jahre 100,
geübt. Durch Enthaltung von Nahrung und allem Genuß
in der Zeit vor Ostern begleitet der Gläubige seinen Herrn
und Heiland auf dessen Weg zum Kreuz und nimmt so teil
an diesem Erlösungswerk für die Welt.

Aber warum ziehen diese „ollen Kamellen“? Sehr zum
Verdruß der großen Kirchen haben sich in den letzten Jah-
ren selbständige religiöse Gruppierungen herausgebildet,
so z.B. die New-Age-Bewegung. Der Beauftragte der Bay-
erischen Landeskirche für religiöse und geistige Strömun-
gen, Haberer, stellte im November 1987 vor der Synode
folgende Überlegungen an: Die Kirche müsse von New-
Age lernen und sich zugleich auf die eigenen besseren Tra-
ditionen besinnen; sie müsse die Sehnsucht der Menschen
nach Stille und Meditation, wie sie sich in der neuen Reli-
giosität ausdrücke, stärker aufgreifen: „Woher rührt diese
massenhafte Hingabe an das neue Denken, an Yoga und
die Wünschelrute, an Zen-Meditation und Psycho-Trai-
ning, an die Spiritualität fernöstlicher Religionen und
Workshops für positives Denken?“ Haberer fragt nicht nur,
der schlaue Pfaffe gibt auch selbst die Antwort: „Der Zer-
störung der Außenwelt, unseres Lebensraumes durch Wis-
senschaft und Technik, entspricht die Zerstörung unserer
Innenwelt. Der zerrissene Mensch sucht einen neuen
Sinnzusammenhang. Freilich, die Fast-Food-Angebote für
die Seele, die New-Age zu bieten hat, machen nicht satt.“
Dann schlage das optimistische Lebensgefühl des New-
Age-Anhangers in Frustration und Enttäuschung um. Die
Kirche solle sich den Erfolg von New-Age zunutze ma-
chen, der sich auf dem fundamentalen Erlebnis der Grup-
pe gründe.

Ob New-Age oder amtskirchliches Christentum: Die
Methode, Leute, die mit der Zerrissenheit und den Wider-
sprüchen der Klassengesellschaft nicht klarkommen, zu
lähmen und aus der kämpferischen Auseinandersetzung
herauszuziehen, ist beiden gleich und war schon um 400
u.Z. dem heiligen Kirchenvater und Bischof Augustin
wohlbekannt: „Auf Dich hin hast Du uns geschaffen, und
unser Herz ist unruhig, bis daß es ruhe in Dir!“

Die von Ausbeutern und Unterdrückern versaute Welt soll das Ergebnis auch Deiner inneren Zerrissenheit und Unruhe sein: Komm' Du erst mal mit Dir und Deinem Gott ins Reine, bevor Du die Betreiber von Elend und Profit angreifst, sie zu beseitigen wagst ...!

Von daher ist diese Fastenaktion tatsächlich ein Stück Herrschaftstechnik feinsten kirchlicher Tradition: Sie schickt Leute, die anfangen, Widersprüche zu erkennen, zurück, hinaus in den Nebel der Religion. – (hel)

Technische Intelligenz

Eine der Hauptstützen der deutschen Faschisten

1. Die technische Intelligenz entwickelt seit der Jahrhundertwende ihre eigenständige Rolle in der Gesellschaft und formuliert ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch.

Nach groben Schätzungen gab es um die Jahrhundertwende in Deutschland circa 150000 Ingenieure (0,5% der Erwerbstätigen). Bis 1930 verdoppelte sich deren Anzahl auf 300000 (0,9%) (– in der BRD gab es 1970 zwischen 460000 und 490000 Ingenieure (1,8%)). (1) Die große Zunahme beruhte ausschließlich auf einer zunehmenden Lohnabhängigkeit – der selbständige Ingenieur war längst nicht mehr die Regel –, die in der großen Industrie stattfand.

In den 20er Jahren tritt erstmalig eine Dequalifizierung und Verschlechterung des sozialen Status der Ingenieure auf: Die Konzernbildung von z.B. IG Farben oder der Vereinigten Stahlwerke AG traf durch die Konzentration der Betriebsleitungen auch einen Teil der Ingenieure. Dazu kam ein Überangebot von ausgebildeten Ingenieurstudenten: 13000 Studienabgänger suchten Mitte der 20er Jahre jährlich einen entsprechenden Arbeitsplatz.

Bereits 1907 formulierte der Physiker Friedrich Dessauer die unter der technischen Intelligenz auf Grund ihrer Praxis weit verbreitete „Erkenntnis von der ‚Untertänigkeit des technischen Schaffens unter der Wirtschaft‘“ und kritisierte die „geringe Bereitschaft und Fähigkeit der Ingenieure, ‚aus ihrem Fach herauszutreten, um in der Lenkung des gesellschaftlichen Geschehens gebührenden Anteil zu übernehmen‘.“ (2)

Noch 1937 schrieb ein Ingenieur (unter dem Pseudonym Europäus), ihn enttäusche „Hitlers Sozialismus deshalb ..., weil ‚die von Forschern, Physikern, Chemikern, Ingenieuren und Architekten geleistete Arbeit der Finanzwelt und den Banken zur Lenkung‘ überantwortet sei.“ Er erhoffte sich „für die Zukunft ein(en) ‚technischen Sozialismus‘, den die Gruppe der Ingenieure und Betriebsführer initiieren sollte, die weder die Besitzschicht noch das eigentliche Arbeitertum repräsentierte und deshalb in der Lage schien, den Fortschritt der Technik nach den Belangen der Gemeinschaft zu steuern.“ (3)

2. Unter den Ingenieuren war die Kritik der privaten Aneignung weit verbreitet, in linken wie auch in rechten Strömungen. Gemeinsame Grundlage hierfür waren Vorstellungen von einer „technischen Gemeinschaftsarbeit“, einem „Gesamtwohl“, usw. – von einer Volksgemeinschaft. In diesem Zusammenhang steht auch der Begriff des Dienens.

Der größte Berufsverband der Ingenieure, der Verein Deutscher Ingenieure (VDI), gegründet 1856, entwickelte selber schon früh Vorstellungen von einer „technischen Gemeinschaftsarbeit“. Damit konnte sich der VDI aus den Klauseauseinandersetzungen scheinbar heraushalten und sich trotz der schon Ende des letzten Jahrhunderts deutlich zugenommenen Lohnabhängigkeit der Ingenieure – von den Arbeiterorganisationen abgrenzen. (Die Politik des

VDI wurde bestimmt durch Vertreter des Kapitals – auch „Besitzer und Leiter technischer Etablissements“ konnten Mitglieder werden –, obwohl die Masse der Mitglieder angestellte Ingenieure waren.) Mit Fragen deutscher Maßeinheiten, Patentbestimmungen, technischen Richtlinien usw. – diesen sich selbst gestellten „Gemeinschaftsaufgaben der Technik“ – beschäftigt, konnte der VDI behaupten, daß sich die Arbeit des Ingenieurs im reinen sachlichen Gebrauch erschöpft, Fragen nach der Verwertung der Ingenieursarbeit waren damit aus dem Blickfeld. (4)

Der technische Direktor der AEG, Wichard von Moellendorff entwickelte noch während des 1. Weltkrieges die Idee einer „zukünftigen ‚Deutschen Gemeinwirtschaft‘“, um „sich aus ‚privatwirtschaftlicher Enge‘“ „zu befreien“. 1919 setzte er sich als Unterstaatssekretär mit dem SPD-Minister Rudolf Wissel „für eine friedensmäßige Gemeinwirtschaft als ‚Deutschen Sozialismus‘“ ein –, der allerdings im Gegensatz zum „Russischen Bolschewismus“ stehen sollte. (5)

Ihr Verhältnis zum Staat sahen die Ingenieure entsprechend „sachlich“: „Welche Form der Staat hat, ist dem Ingenieur höchst gleichgültig, genauso gleichgültig wie die Frage, ob das Maschinenhaus mit weißen oder grünen Kacheln ausgelegt ist; wesentlich ist, daß die Maschine arbeitet, und zwar mit anständigem Wirkungsgrad“. (6)

Ausgesprochen deutlich wandte sich der Vorsitzende des Reichsbundes Deutscher Technik (RDT) 1923 gegen ein Anerkennen der gesellschaftlichen Klassenspaltung: „Die Gliederung des Volkes nach politischen Gesichtspunkten erhöht die innere Reibung des Volksorganismus bis zum völligen Stillstand der gesamten Maschinerie und drückt den Nutzeffekt auf ein Minimum zurück.“ (7)

Die Faschisten haben diese Auffassungen immer wieder dankend aufgegriffen – sie konnten sich dabei auch auf den Staatsrechtler Carl Schmitt stützen, der den „totalen“ Staat propagierte, welcher „die Technik bedingungslos in seine Dienste nehmen und mit ihr ... das ‚Kampfgebiet der Wirtschaft‘ neutralisieren“ sollte (8) – und sprachen z.B. 1940 von einer „Technik des Staates“: „Der Staatsapparat sollte als Maschine arbeiten, in der Führung und Durchführung, Befehl und Verwirklichung eine Einheit darstellten.“ (9)

Die rechte Strömung der „Tatkreis“ um die Monatszeitschrift „Die Tat“ (Auflage: 30000) – ein „Sprachrohr aller derer ..., die mit ernstem Willen für einen durchdachten nationalen und sozialen Neuaufbau eintreten“ –, die „dem gebildeten Mittelstand auf weite Strecken den Weg ins Dritte Reich ebnete“, griff ebenfalls die weit verbreitete Kritik der technischen Intelligenz am Privatkapitalismus auf. (10) Der zum „Tatkreis“ gehörende Ingenieur Joseph Bader, der seinerzeit im VDI auf Grund seiner Studien über Rationalisierungseffekte auf Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Kosten für Rationalisierungsinvestitionen und den Kosten der sich daraus ergebenden Erwerbslosigkeit stieß, sprach „von der ‚Unmenschlichkeit‘ des kapitalistischen Gewinnstrebens und sagte einer ‚kapitalistischen Technik‘, die primär dem Unternehmer und nicht der Allgemeinheit diene, den Kampf an.“ (11)

Auch der linken „Technokratiebewegung“, die kurze Zeit vor der faschistischen Machtübernahme entstand (1932), gab deren Kapitalismuskritik keine ausreichende Grundlage, von den Faschisten später nicht aufgesaugt zu werden: Sie ordnete sich an solchen Begriffspaaren wie der „technische“/„kapitalistische Mensch“, „Sachwerterzeugung“/„Warenerzeugung“ (12) und stellte „dem Kapitalismus ein berechenbares, sicher funktionierendes, von Gruppenkonflikten freies Wirtschaftssystem gegenüber ..., in dem als regulierendes Gleichgewicht zwischen Produktion, Verteilung und Verbrauch ein uneigennütziges Gemeinschaftsdenken vorherrschen sollte.“ (13) Nach der faschistischen Machtübernahme suchten ihre Mitglieder „Parallelen zu bestimmten antikapitalistischen Verlautbarungen auf dem linken Flügel der NSDAP“, (14) als sie aber darangingen, ihre Vorstellungen eines „technokratischen So-

zialismus“ ernster zu nehmen, „und bis 1936 bescheidene statistische Unterlagen zusammenstellten, um die Umwandlung einer gewinnorientierten in eine bedarfsorientierte Wirtschaft vorzubereiten, wurden sie dem aufrüstenden Regime unbequem und mußten jede organisierte Weiterarbeit einstellen.“ (15)

Der oben erwähnte Friedrich Dessauer versuchte 1927 in seiner „Philosophie der Technik“ eine gesellschaftspolitische Einordnung der Technik: Sie sei ein „Sachdienst“, der „im Produktionsprozeß wirken und als mögliches Fundament einer zukünftigen Wirtschaftsordnung erprobt werden sollte.“ (26) Dieses von den gesellschaftlichen Verhältnissen völlig losgelöste „Dienen“ entsprach wohl einer (nicht nur unter der technischen Intelligenz) weit verbreiteten Vorstellung. So lautete das Motto der ersten Hauptversammlung des VDI (1933) nach der Machtergreifung: „Ich dien.“ (27)

3. Bis auf die NSDAP hat in der Weimarer Republik keine andere Partei eine Bündnispolitik für die technische Intelligenz entwickelt.

Die Arbeiterparteien KPD und SPD behandelten die technische Intelligenz unter dem Blickwinkel der bekannten Aussage aus dem Kommunistischen Manifest: daß ihr – als (neuer) Teil der Mittelstände – der gesellschaftliche Untergang sowieso bevorstehe und ihre zukünftigen Interessen bei denen der Arbeiterklasse aufgehoben seien.

Die besonders in der technischen Intelligenz verbreitete Grundhaltung eines „technischen Antikapitalismus“ hat die NSDAP zielstrebig in ihrem Programm und auch organisatorisch aufgenommen. Mit der Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ versprach sie „einen Einsatz der Technik nach scheinbar objektiven Bedürfnissen der ‚Volksgemeinschaft‘ und kam damit allen an der ‚Allgemeinheit‘ orientierten Zielvorstellungen entgegen.“ (16) Nach den September-Wahlen von 1930, die den Faschisten einen Stimmengewinn von rund 5,5 Millionen – im wesentlichen von „mittelständischen Protestwählern“ (17) – brachten, griff sie kaum verhüllte, positive Äußerungen zu diesem Wahlausgang z.B. aus dem RDT auf und gründete im Sommer 1931 den „Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure“ (KDAI) und im November 1931 die „Ingenieur-Technische-Abteilung“ innerhalb der Reichsparteileitung der NSDAP. Die technische Intelligenz sollt damit „als berufene Gestalterin der ‚kommenden großen Staats- und Wirtschaftsaufgaben‘“ herausgestellt werden. (18)

In der NSDAP-Schriftenreihe „Nationalsozialistische Bibliothek“ erschien ab 1930 (in zwei Auflagen) eine parteiideologische Bestimmung der Rolle der Technik durch den Ingenieur Peter Schwerber: „Nationalsozialismus und Technik“. Auch sein Ausgangspunkt war ein „technischer Antikapitalismus“: „Alle Betriebe, die nicht eigenverantwortlich vom Kapitaleigner geleitet wurden, sollten in staatliche Musterunternehmen umgewandelt werden und nicht länger nach Prinzipien kapitalistischer Warenzweckmäßigkeit, sondern nach ‚neuen Grundsätzen technischer Produktion‘ arbeiten.“ (19) „Die Volkswirtschaft sollte zu einer Funktion der Technik werden und dem Gemeinnutzen dienen. ... Im ‚Dritten Reich‘ sollte die Anwendung der Technik nun aus den Händen des ‚kapitalistischen Profitariats‘ genommen und im Interesse der Volksgemeinschaft durch die Ingenieure eines Technikministeriums geregelt werden. Die genannte Staatsbehörde erhielt die Aufgabe gestellt, ... ohne ‚kapitalistisches Rentabilitätsstreben‘ die ergiebigste Produktionsform zu entwickeln.“ (20)

Obwohl diese „linke“ Strömung innerhalb der NSDAP spätestens 1934 personell entmachtet war (z.B. Gottfried Feder), behielten deren Argumentationsmuster in der Propaganda der Faschisten teilweise bis zum Kriegsende noch Gültigkeit. Und nicht nur in der Propaganda: Um im Krieg ein maximales Rüstungswachstum zu erreichen, stimmte z.B. Hitler im Juli 1942 „der Vorlage eines Erlasses zu, nach dem die Aufsichtsräte in den Rüstungsfirmen höchstens zu 20–30 Prozent aus dem Bankgewerbe oder

von Juristen gestellt werden dürfen, während der Hauptteil von Fachleuten der Industrie gestellt werden soll.“ (21)

4. Die Versuche, eine völkische Naturwissenschaft zu begründen, wie z.B. die Deutsche Physik oder Deutsche Mathematik, sind relativ früh gescheitert: 1936, entgültig 1940. Bestimmend für die Naturwissenschaften sollte letzten Endes ihr Funktionieren für die „nationale Aufgabe“, für den „Dienst am Volksganzen“ bleiben.

Den innerwissenschaftlichen Streit – besonders in der Physik – darüber, ob sich die völkische oder die „traditionelle“ Naturwissenschaft durchsetzt, wurde letzten Endes durch die Praxis entschieden. Eine Aktennotiz aus dem Amt Rosenberg von 1944 ist hierzu aufschlußreich: „Die Forschung kann nur in der Luft der Freiheit wirkliche Fortschritte machen ... Auf wissenschaftlichen Gebiet gibt es nur einen Weg, die Entstehung von Werken aus nationalsozialistischer Haltung zu fördern: die Aufrichtung vorbildlicher Leistungen ... Alle Versuche anderer Art können leicht dazu führen, schwächeren Kräften Gelegenheit zu geben, sich mit der Autorität des Nationalsozialismus zu bekleiden und durch ihr privilegiertes Auftreten die vorhandenen wertvollen Kräfte, die noch in der Tradition verharren, zu einem durchaus nicht immer böswillig gemeinten Widerstand zusammenzuschließen.“ (22)

Eine Triebfeder für das Entstehen von völkischen Wissenschaften sind in den Auseinandersetzungen innerhalb der jeweiligen Einzeldisziplin zu suchen, wie sie besonders in den großen „Krisen“ z.B. in der Physik (Streit um die Relativitätstheorie und die Quantentheorie), oder in der „Grundlagenkrise“ der Mathematik usw. in den 20er Jahren und teilweise davor auftraten. Die Vertreter der „deutschen“ Wissenschaften standen dabei in der Tradition der Kritiker an den damaligen „modernen“ Entwicklungen.

„Für die Naturwissenschaften meint ‚Moderne‘ sowohl die modernen Theorien wie die Quantenmechanik, den Hilbertschen Formalismus (in der Mathematik, d. Verf.) oder die Morgansche Genetik als auch das moderne Wissenschaftssystem mit seiner Tendenz der Aufspaltung in immer mehr und stärker voneinander isolierte Teilgebiete. Ein gemeinsamer Grundzug wissenschaftsbezogener Modernisierungskritik ist die Forderung nach Sinnhaftigkeit der wissenschaftlichen Arbeit und ihrer Ergebnisse, nach einem erlebbaren Sinn ... Die eben charakterisierte moderne Wissenschaft erscheint demgegenüber in ihrer Abstraktion, Mathematisierung und Spezialisierung als sinnlos ... Explizit oder implizit beinhalten solche Vorstellungen auch die Kritik am sozialen System der Wissenschaften, an seiner Isolierung und Aufsplitterung, auch an seiner Funktionalisierung in den ‚amerikanischen Zuständen‘ des Industriekapitalismus.“ (23)

Die während der ersten Jahre der Nazi-Herrschaft vorherrschende völkische Variante der Einbindung der Naturwissenschaften hatte für ihre Vertreter auch den ganz wesentlichen praktischen Vorteil, in ihren Disziplinen Machtpositionen und Posten über die Vertreibung von Juden aus ihren Fächern zu erlangen.

Folgende Quellen liegen zugrunde: Karl-Heinz Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974; im folgenden „L“; derselbe, ich dien – Der Weg der Ingenieurvereine ins Dritte Reich, in: Wechselwirkung Nr.4, Februar 1980: „WW“; Herbert Mertens u. Steffen Richter (Hg.), Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie, Frankfurt 1980: „MR“; Herbert Mertens, Naturwissenschaften und Nationalsozialismus, in: Steffen Harbordt, Wissenschaft und Nationalsozialismus, Berlin (West) 1983: „M“.

(1) L19, L39 und BWK, Lohnpolitische Entschließung; (2) L45; (3) L165; (4) L20ff; (5) L33; (6) L42; (7) L37; (8) L59; (9) L197; (10) L60; (11) L61, L62; (12) L53; (13) L56; (14) L58; (15) L124; (16) L72; (17) L64; (18) L65; (19) L81; (20) L83, L84; (21) L200; (22) MR51; (23) M109, M110; (24) L88, L89; (25) L181; (26) L49; (27) WW28 (how, DK-AG Naturwissenschaften)

Russische Revolution 1917 bis 1923

Die Politik der Bolschewiki in der Spannung zwischen Zentralismus und Autonomie

Vorbemerkung

Die Auseinandersetzung mit der MLPD-Streitschrift gegen die DKP anlässlich der Kommunalwahlen 1984, bei denen die MLPD gegen die kommunale Selbstverwaltung für den Sozialismus antrat, führte uns zur alten KPD. Wir stellten in einer Untersuchung über deren Politik fest (1), daß die KPD eine außerordentlich schwankende Haltung zur Kommunalpolitik eingenommen hat. Je nach Kräfteverhältnissen und politischer Lage bewegte sie sich von totaler Ablehnung einer solchen Politik bis zur Forderung nach völliger Kommunalisierung. Die KPD ist mit Sowjetrußland „groß geworden“, ihre Politik war mit dortigen Erfahrungen eng verknüpft. Die MLPD sah jedoch nur zu den Politik-Abschnitten Parteibindungen zur KPD, in denen diese keine Kommunalpolitik entwickelte. Damit tat sie nicht nur der KPD unrecht.

Wenn wir die russische Revolution von 1917 daraufhin untersuchen, welche Rolle die lokalen Ebenen durch sie erhalten haben, dann können wir den Irrtum, daß eine Politik, die auf

lokale/regionale Autonomie gerichtet ist, unleninistisch sei, ausräumen. Das ist unser Interesse an der Ausarbeitung, denn wir sind unzufrieden damit, daß sich außer der DKP kaum eine Gruppe aus dem Lager der revolutionären Sozialisten mit Kommunalpolitik auseinandersetzt. Das zweite Interesse ist, historische Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus mit zu berücksichtigen bei der Entwicklung einer Plattform für revolutionäre Politik heute. Wir haben dabei nur einen Ausschnitt in direkter Kopplung mit der Oktoberrevolution berücksichtigt. Die Geschichte der Sowjetunion besteht aus einem ständigen Kampf zwischen Zentralismus und Dezentralismus. Es wäre sicher lohnenswert, diese Etappen aufzuarbeiten, um die heutige Politik der Sowjetunion richtig bewerten zu können.

Lenin und die lokale Politik

In seiner 1907 geführten Auseinandersetzung um das Agrarprogramm steht der von der MLPD geliebte Leninsche Ausspruch, daß sich die Lokalbehörden „mit einem für den bürgerlichen Staat unschädlichen ‚Verzinnen von

Waschschüsseln‘, mit Wasserversorgung, elektrischen Straßenbahnen und ähnlichen Maßnahmen befassen, die nicht geeignet sind, die Grundlagen dessen zu untergraben, was man die ‚bestehende Gesellschaftsordnung‘ nennt.“ (2) Daraus ziehen heute noch manche den Schluß, daß Lenin gegen kommunale Rechte agierte. Das klärt sich auf, wenn man weiterliest, wer „untergräbt“. Klassenbewegungen, die lokal entwickelt werden! Genau davon spricht Lenin an anderer Stelle: „Eine Organisierung solcher Aktionen (Bauernaufstände) ist nur unmittelbar auf dem Kampfplatz möglich, die Organisation kann nur unmittelbar von den kämpfenden Massen geschaffen werden, d.h. es muß unbedingt eine Organisation vom Typ der Bauernkomitees sein.“ (3) Diese Komitees kann man nicht mit der für die Besitzenden eingeführten Selbstverwaltung vergleichen. Wenn man Entfaltung der lokalen Politik und Organisierung in Komitees meint, dann, so Lenin weiter, „darf man nicht von Selbstverwaltung sprechen, denn eine solche Beziehung schließt in sich Abhängigkeit der Verwaltungsorganisation von der Organisation des staatlichen Systems ... Jene Organisationen des kämpfenden Volkes aber, von denen wir sprechen, sie müssen den Kampf für eine neue Staatsordnung führen, müssen Werkzeug der Allmacht des Volkes (oder der Selbstherrschaft des Volkes) sein und ein Mittel zu ihrer Sicherstellung.“ (4)

Lenin wendet sich also nicht gegen die lokale Politik. Im Gegenteil. Er ruft zur Entfaltung dieser Politik auf. Damit ist jedoch noch nichts über die zukünftige Staatsorganisation ausgesagt. Einerseits entwickeln sich die Klassenkämpfe lokal, andererseits weist Lenin mehrfach darauf hin, „darf man sich keinesfalls auf Gebiete beschränken, sondern muß bis zur Zentralgewalt gehen“. Wohlgermerkt: Es geht vom Gebiet zum Zentrum, also von unten nach oben. Das Zentrum hat bei Lenin eine besondere Bedeutung, die er immer wieder geschichtlich und aus der russischen Wirtschaftsentwicklung heraus erklärt. Er macht darauf aufmerksam, daß Länder wie z.B. Deutschland wegen der vollen Entwicklung des Kapitalismus nicht mehr die Phase der bürgerlichen Republik durchmachen müssen, Rußland diese Entfaltung aber über das Stadium des Staatskapitalismus beschleunigen muß, um dann zum Sozialismus zu kommen. Daher sieht er für Rußland den Zentralismus



Aus der Petrograder Zeitschrift „Der neue Satirikon“, 1917

Der Traum des Bürgers von der starken Regierungsmacht:
— Oh, lieber Geist! Wenn du wüßtest, wie
ich dich ersehne ...

als absolut notwendigen Beschleuniger dieser Entwicklung. In diesem Zusammenhang tat er die auch vielzitierte Äußerung: „Es geht nicht darum, die lokale regionale Selbstverwaltung durch papierne Beschlüsse gegen Eingriffe des Zentrums zu schützen – das kann weder durch Papiere noch durch Kanonen erreicht werden, denn die kapitalistische Entwicklung verläuft in Richtung Zentralisierung und konzentriert in den Händen der bürgerlichen zentralen Staatsgewalt eine solche Macht, der die ‚Gebiete‘ niemals widerstehen können. Es geht vielmehr darum, daß die politische Macht sowohl im Zentrum als auch an der Peripherie ein und derselben Klasse gehöre ..., so daß die volle Herrschaft, sagen wir der Mehrheit der Bevölkerung, d.h. der Bauernschaft gesichert ist.“ (5) Kapitalismus und Zentralismus gehören demnach also hautnah zusammen. Nach Lenin kommt es nur darauf an, wer die politische Macht hat. Und da Rußland den Kapitalismus brauche und dafür der Zentralismus unabänderlich sei, müsse die politische Gewalt zentral organisiert sein, „darf man sich keinesfalls auf Gebiete beschränken“.

Der Zentralismus ist hier als Mittel zur Entfaltung der Wirtschaft begründet. Aber diese historisch begründete Auffassung führte nicht dazu, die kommunalen Ebenen zu mißachten. In seinem Aufsatz „Kritische Anmerkungen zur nationalen Frage“ machte Lenin 1913 nochmals deutlich, daß Zentralismus und Autonomie der Gebiete sich nicht ausschließen müssen: „Das Prinzip des Zentralismus, der im Interesse der Entwicklung des Kapitalismus unentbehrlich ist, wird durch eine solche Autonomie (der Orte und Gebiete) nicht nur nicht untergraben, sondern im Gegenteil gerade dank ihr ... verwirklicht. Die umfassende, freie und schnelle Entwicklung des Kapitalismus wäre unmöglich oder zumindest äußerst erschwert ohne eine solche Autonomie, die sowohl die Konzentration des Kapitals als auch die Entfaltung der Produktivität und den Zusammenschluß einerseits der Bourgeoisie, andererseits des Proletariats im gesamtstaatlichen Maßstab erleichtert. Denn bürokratische Einmischung in rein lokale ... Angelegenheiten ist eines der allergrößten Hindernisse für die wirtschaftliche und politische Entwicklung überhaupt und im besonderen ein Hindernis für den Zentralismus in allen ernsthaften, umfassenden und grundlegenden Fragen.“ (6)

Wenn Lenin von kommunaler Politik spricht, fordert er zur Vervielfältigung kommunaler Anstrengungen auf und zur richtigen Benutzung des Begriffs Selbstverwaltung. Wenn er von der Staatsorganisation spricht, fordert er die Regie des Zentrums, aber unter Beachtung der Autonomie der Gebie-

te. Auf Lenin kann man sich nicht berufen, wenn man seine Untätigkeit auf kommunaler Ebene begründen will. Aus dem Leninismus kann natürlich auch kein Kommunalismus abgeleitet

werden. Doch wenn wir für diesen heute eintreten, müssen wir die Erfahrungen der Bolschewiki in ihrem Kampf zwischen Zentralismus und Autonomie berücksichtigen.

Dekrete nach der Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen auf die Kommunen

Welche Kräfte der bürgerlich-bäuerlichen Februarrevolution 1917 die sozialistische Revolution unterstützten und welche sie mit Forderungen nach „Selbstverwaltung“ bekämpften, läßt sich ohne weiteres Material nicht sagen. Beschreibungen der seit der Oktoberrevolution erlassenen Dekrete liegen vor. Aus ihnen kann man ersehen, daß der sozialistische Aufbau nicht zentral verordnet wurde, sondern durch volle Mobilisierung der lokalen Ebenen begann.

Kampf gegen den Hunger bei ungelöster Bauernfrage verschärft die Widersprüche

Am zweiten Tag nach der Revolution wurde die sofortige entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer verfügt und die Übergabe der Ländereien samt Inventar an die Bauernräte angeordnet. Einen Tag später erschien eine ausführliche Verordnung zur Lebensmittelversorgung. Als Hauptstelle für die Versorgung wurden die städtischen Selbstversorgungskörper bezeichnet, die städtischen Genossenschaften erhielten das Recht, alle Produktions- und Transportmittel zu ergreifen, soweit sie im Bereich der Kommune lagen und soweit sie die Herstellung, die Verteilung, den Transport, die Zubereitung und die Ausgabe der zubereiteten Lebensmittel an die Bevölkerung betreffen.

Rußland befand sich im Krieg, die Hungersnot war groß. Eine den örtlichen Interessen angepaßte Nahrungsversorgung war dadurch bereits schwierig. Und da die bäuerliche Produktion nur durch enge örtliche Kooperation zu entwickeln war, diese aber durch Kriegsfolgen und durch starke Eingriffe des Zentrums gestört wurde, nahm der Widerspruch Stadt-Land zu. Bauern behielten ihr Getreide, der Widerstand der wohlhabenderen Bauern wuchs ständig. Beschlagnahmen folgten. Im November 1918 wurde der Privathandel ganz verboten und die Leitung der Beschaffung und Verteilung aller Mittel des persönlichen Gebrauchs dem Verpflegungskommissariat (Narkomprod) übergeben. Als im Dezember 1918 dann die Getreideabführungen durch bewaffnete Abteilungen von Arbeitern durchgeführt wurden, kam es zu schweren Bauernaufständen, und Bauern schränkten ihre Anbauflächen immer mehr ein.

Für die Orte hatte das zur Folge, daß immer mehr Menschen von einer zentralen Versorgung abhingen. An die Stelle der zwei örtlichen Konsumgenossenschaften (Arbeiter- und bürgerl. Genossenschaft) trat die Konsumkommune, der jeder beitreten mußte und die unter Kontrolle des Narkomprod stand. Mit Dekret vom April 1920 wurde die Auszahlung der Löhne ganz in Naturalien eingeführt, ein halbes Jahr später erschien die Verfügung, daß die Benutzung von Telefon, Wasserleitung, Kanalisation, Gas, Elektrizität, der Transportmittel sowie die Lieferung von Brennstoffen und die Mieten für den größten Teil der städtischen Bevölkerung unentgeltlich seien. Nur Narkomprod durfte die Konsumgüter abgeben. Bis zur Beendigung dieser Politik 1921 hatte das Ministerium 38 Millionen Personen zu versorgen. Stadtflucht, Bauernunruhen, Schleichhandel mit all seinen gefährlichen Erscheinungen waren die Folge.

Lokale Arbeiterkontrolle gestört durch unklare Politik gegenüber dem Bürgertum

Das Dekret für Arbeiterkontrolle vom 14.11.1917 verordnete, daß die unter Leitung der alten Besitzer durchzuführende Produktion unter Kontrolle der Arbeitervertreter des betreffenden Unternehmens vor sich gehe. Die Organe der Arbeiterkontrolle waren zusammengefaßt in den lokalen Räten für Arbeiterkontrolle, ihre Beschlüsse für die Eigentümer der Betriebe bindend. Da die Hungersnot nicht behoben war, hatte dies nicht nur positive Folgen. „Ohne auf die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit Rücksicht zu nehmen, klammerten sich die Betriebsräte an die ‚eigene Fabrik‘, mochten andere Betriebe auch wichtiger für den Staat und besser ausgerüstet sein. Die Konkurrenz und das Bestreben, einander die Existenz des Unternehmens sichernden dürftigen Mittel zu entreißen, stellten die Betriebsräte in einen ökonomischen Kampf und verwandelten die Fabriken und Betriebe in ‚autonome Föderationen‘ von halbanarchistischem Typ.“ (8) Dabei spielte nicht nur die Politik gegenüber den Bauern und damit die dauernde Nahrungsnot eine Rolle, sondern auch die Politik gegenüber der bürgerlichen Klasse.

Das Analphabetentum war weit ver-

beitenden' Rußlands – darstellt, sondern die Sowjets als tatsächliche, reale Verbände, welche die Interessen der organisierten Arbeit schützen. Deswegen stellen wir fast gar keinen Aktionsplan für die örtlichen Sowjets auf. Sie sind Träger der ganzen Gewalt, sie besitzen das Entscheidungsrecht in allen Fragen mit Ausnahme derjenigen, die sie freiwillig der Leitung durch die Zentralgewalt unterstellt haben.“ (11)

Lenins Position dazu war: „Die proletarische Partei erstrebt die Schaffung eines möglichst großen Staates, denn dies ist für die Werktätigen vorteilhaft; sie erstrebt die Annäherung und weitere Verschmelzung der Nationen, aber sie will diese Ziele nicht mittels Gewalt erreichen, sondern ausschließlich auf dem Wege eines freien, brüderlichen Bündnisses der Arbeiter und der werktätigen Massen aller Nationen. Je demokratischer die Republik Rußland sein wird, je erfolgreicher sie sich als Republik der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten organisiert, desto stärker werden sich die werktätigen Massen aller Nationen freiwillig zu einer solchen Republik hingezogen fühlen. Volle Freiheit der Lostrennung, weitgehende lokale (und nationale) Autonomie, bis ins einzelne ausgearbeitete Rechte der nationalen Minderheiten – das ist das Programm des revolutionären Proletariats.“ (12)

Lenin ging also von der umgekehrten Position aus: Nicht autonome Gebiete sichern die Freiheit, sondern der völlig demokratisch organisierte zentrale Staat ermöglicht den Gebieten die Freiheit, sich auch autonom zu bewegen. In „Staat und Revolution“ fordert er auf, sich mit der Frage Kommunalismus und Zentralismus geschichtlich und praktisch weiter auseinanderzusetzen: „Die größte lokale, provinzielle usw. Freiheit, die die Geschichte kennt, hat die zentralistische und nicht die föderative Republik geboten. Dieser Tatsache, wie überhaupt der ganzen Frage der föderativen und der zentralistischen Republik sowie der lokalen Selbstverwaltung, wurde und wird in unserer Parteipropaganda und Agitation nicht genügend Beachtung geschenkt.“ (13)

Die Verfassung vom Juli 1918 behandelte die Nationalitätenfrage so, wie von Lenin beschrieben. Ein Verfassungskommentar von 1947 kommt jedoch zu der Bewertung, daß die Verfassung nur wenige Elemente eines echten Föderalismus enthalte und es daher richtiger sein, nicht von einem Sowjetföderalismus, sondern von einer national-territorialen Verwaltungsdezentralisation zu sprechen (14).

In der Verfassung heißt es: „10. Die Russische Republik ist eine freie sozialistische Gemeinschaft aller Werktätigen Rußlands. Die ganze Regierungsgewalt im Bereich der Russi-

schen Sozialistischen Sowjetrepublik wird von der gesamten zu städtischen und ländlichen Sowjets zusammengeschlossenen Bevölkerung des Landes ausgeübt. 11. Die Sowjets der Gebiete, die sich durch besondere Daseinsbedingungen und eine besondere nationale Zusammensetzung auszeichnen, dürfen sich zu autonomen Provinzialverbänden zusammenschließen ... Von der Solidarität der Werktätigen aller Nationen ausgehend, gewährt die RSFSR den auf dem Territorium der Russischen Republik zwecks Ausübung einer Arbeitstätigkeit sich aufhaltenden und der Arbeiterklasse oder

der keine fremden Arbeitskräfte ausnutzenden Bauernschaft angehörenden Ausländern alle politischen Rechte der russischen Bürger und räumt den lokalen Sowjets das Recht ein, solchen Ausländern ohne erschwerende Formalitäten die russischen Bürgerrechte zuzuerkennen.“ (15)

Ein bürgerlicher Verfassungskommentator bedauert diese Zerstörung des Rechtsbegriffes der Staatsangehörigkeit.

Für die lokalen Ebenen war dadurch aber Bewegungsfreiheit gegeben, da eine Spaltungsmöglichkeit der arbeitenden Klassen behoben war.

Lokale Wirtschaftsrechte entscheiden über den Grad lokaler Autonomie

Wer über die Produktion entscheidet, bestimmt auch die Regeln für die Reproduktion. Deshalb ist die eigentliche Frage für uns die: Welche Rechte hatten die Kommunen in der Wirtschaftspolitik?

Die Volkswirtschaftsräte

Drei Monate nach der Oktoberrevolution wurde der Oberste Volkswirtschaftsrat gebildet, sein Plenum setzte sich aus 30 Gewerkschaftsvertretern und 20 Gebietswirtschaftsräten zusammen. Die Organisation der Industrie erfolgte durch Einrichtung entsprechender Produktionsabteilungen, insgesamt 16, an deren Spitze die Hauptverwaltungen = Glavki standen. Die Gebietswirtschaftsräte setzten sich zusammen aus Kollegien der Produk-

tionsberufsverbände, der Fabrik- und Betriebskomitees sowie der Landkomitees, und aus Vertretern der örtlichen Sowjets sowie den Verwaltungsvertretern der Unternehmungen. Sie hatten die Befugnis, Verhandlungen und Entscheidungen zu prinzipiellen Fragen des Gebiets zu führen, Leitung der in Besitz der Republik übergegangenen Unternehmungen unter Leitung des OVWR, Schlichtung von Konflikten, Ermittlung von Bedarf an Rohstoffen, Produktionsmitteln, Arbeitskräften, Transportmitteln, Verpflegung usw. Weitere Aufgaben waren „Anwendung von Maßnahmen zur Befriedigung von Bedürfnissen und des wirtschaftlichen Bedarfs der Bevölkerung, der Landwirtschaft usw. ... Ergreifung von Maßnahmen zur

Zahl der vergesellschafteten Industriebetriebe und Form ihrer Vergesellschaftung durch sowjetische Institutionen

	Nationalisierung	Sequester, Konfiszierung	Munizipalisierung Sozialisierung	Insgesamt
Rat der Volkskommissare	451	5	—	456
Oberster Volkswirtschaftsrat	284	8	—	292
Örtliche Sowjets	792	61	372	1 225
Örtliche Volkswirtschaftsräte	755	39	67	861
Gewerkschaften	61	15	65	141
Sonstige Institutionen	269	22	72	363
Insgesamt	2 616	150	567	3 338

Aus: Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Dietz Verlag Berlin, 1972, S. 331

möglichen vollständigen Nutzbarmachung der produktiven Kräfte des Rayons sowohl auf dem Gebiet der Industrie, als auch der Landwirtschaft ... Ergreifung von Maßnahmen zur Besserung der gesundheitlichen Arbeitsverhältnisse.“ (8)

Diese Rechte haben sich durch die o.g. Einrichtung der Narkomprod, also der Abtrennung des Landwirtschaftsbereiches und der persönlichen Versorgung bereits erheblich zum negativen verändert. Denn erst durch die Abtrennung schälte sich der Vorrang der Industrie heraus, was sich durch Bauernunruhen bitter rächte.

Ortsräte besonders aktiv bei der Vergesellschaftung

Ein halbes Jahr später, im Juni 1918 wurde das erste umfassende Nationalisierungsdekret für die Industrie erlassen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits eine größere Zahl von Betrieben insbesondere durch örtliche Räte vergesellschaftet (siehe Tabelle). Eine Untersuchung erklärt diese Maßnahme damit, daß es „notwendig erschien, in das systemlose und die Produktion schwer schädigende Vorgehen der lokalen Instanzen Ordnung zu bringen“ (8). Das Dekret vom 8.12. 1918 „Über die genaue Beobachtung der Verfügungen der Zentralgewalt ...“ bekräftigte diese Auffassung: „Beinahe jede Gubernie betrachtete sich als selbständige Republik, erließ eigene Gesetze und Dekrete, die nicht selten den Dekreten der Zentralgewalt widersprachen“, „brachte ein verwirrendes Chaos in die allgemeine gesetzgebende Arbeit der Sowjetrepublik“ und „errichtete so eine Reihe von Hindernissen an den einzelnen Orten, die die Arbeit des Zentrums erschweren“. (7)

Konzentration der Wirtschaftsverwaltung

Die Wirtschaft entwickelte sich durch dieses stärkere Eingreifen des Zentrums aber nicht besser. Im Gegenteil. Der Versuch, die Produktion durch die Installierung der Glavki als trustähnliche Einrichtungen zu monopolisieren, schlug fehl. Eine Untersuchung meint dazu: „Die Organisation der glavkischen Verwaltung hatte zur Folge, daß ein einzelner Betrieb unter Umständen von Dutzenden von Glavki für die Versorgung mit Rohmaterialien abhing, mit dem Ergebnis, daß er in seiner Produktion fortwährend Stockungen aus Mangel an Roh- oder Hilfsstoffen ausgesetzt war. Das ganze System wurde auf die Spitze getrieben durch die bereits Ende November 1918 erfolgte Einrichtung der ‚Verwertungskommission‘, die darüber zu entscheiden hatte, was aus den Anforderungen der einzelnen Betriebe auszuführen war. Die Gegner des Glavkismus verlangten energisch, daß man die Glavki abschaffen oder

ihre Befugnisse wenigstens stark einschränken und die Verwaltung aller lebenswichtigen Betriebe den lokalen Instanzen überlassen solle. Die Glavki, so Trotzki dagegen, seien das Hauptfundament des sozialistischen Aufbaus, ohne Zentralisation gebe es keinen Sieg, die Übergabe der Verwaltung an die Ortsgewalten züchte den Lokalpatriotismus und führe zur Auflösung der ökonomischen und politischen Leitung.“ (8) Dabei war es wohl eher die mit der Monopolisierung verbundene Arbeitsteilung, die zum Produktionschaos führte.

Zu diesem Zeitpunkt wurden von den 6908 vom OVWR verwalteten Industriebetrieben 35% zentral geleitet, 50% durch die Gebiets- und Loklräte mit Anweisung durch die Zentrale und 15% allein durch die Gebiets- und Loklräte.

Nachdem 1920 das Dekret über die Regulierung des Handwerks und der nicht nationalisierten Industrien diese verpflichtete, alle staatlichen Aufträge auszuführen sowie Produkte an ihn abzuliefern, und durch das Dekret über die Sozialisierung aller Kleinbetriebe mit mehr als 5 bzw. 10 Arbeitskräften das gesamte technische Personal in den Staatsdienst übernommen sowie das Verlassen der Posten als Desertion bestraft wurde, unterstanden 1921 dem OVWR 37226 Betriebe mit über 2 Millionen Arbeitern. Die Bruttoproduktion war, berechnet für die ganze Industrie, auf 18% des Standes vor 1913 gesunken.

Neues Prinzip: Zentralisierung der Leitung, Dezentralisierung der Verwaltung

Der 9. Parteitag der KPR (B) 1920 beschloß daraufhin, daß zwar der „vertikale Zentralismus“ der Glavki erhalten und entwickelt werden solle, daß er aber zu ergänzen sei „durch die lokale horizontale Organisation der Unternehmungen verschiedener Industriezweige, die auf die gleichen Rohstoffe, Verkehrsmittel und Arbeiter angewiesen seien“ und somit die Rechte der Gebietswirtschaftsorgane erweitert werden müßten (8). Auch hier klingt die aufgesetzte Arbeitsteilung wieder an, die generell verunmöglicht, daß die Gebiete viel Spielraum haben. Der 8. Sowjetkongreß beschloß entsprechendes und einigte sich auf das neue Prinzip: „Die Zentral- und Hauptstellen des OVWR werden zu leitenden Organen umgebildet, die die Arbeiten verteilen, die Tätigkeit der Gouvernements-Volkswirtschaftsräte auf Grund eines einheitlichen staatlichen Wirtschaftsplanes zu regeln und zu kontrollieren haben, während die unmittelbare Verwaltung des Unternehmens den entsprechenden Abteilungen des Gouvernements-Volkswirtschaftsrates übertragen wird.“ (8) 1800 Betriebe wurden daraufhin der direkten Leitung des

OVWR entzogen und den Gebieten unterstellt.

Die neue Politik 1921–23 Dezentralisierung

Lenin begründete sie so: „Da wir ein kleinbürgerliches Land mit einem besonders zerrütteten Verkehrswesen vor uns haben, ein Land, das eben erst aus Krieg und Blockade herauskommt, das politisch geführt wird vom Proletariat, in dessen Händen sich das Verkehrswesen und die Großindustrie befinden, so ergibt sich aus diesen Voraussetzungen ganz unvermeidlich erstens die überragende Bedeutung des örtlichen Umsatzes im gegebenen Zeitpunkt, und zweitens die Möglichkeiten, den Sozialismus auf dem Wege über den privatwirtschaftlichen Kapitalismus (ganz zu schweigen vom Staatskapitalismus) zu fördern ... Es gibt Verhältnisse, wo eine mustergültige Organisation der örtlichen Arbeit, selbst im allerbesten Maßstab, von größerer Bedeutung für den Staat ist als viele Zweige der zentralen staatlichen Tätigkeit ... Denn der zentrale Apparat hat sich bei uns während dreieinhalb Jahren bereits so weit herausgebildet, daß er sich schon eine gewisse schädliche Trägheit angeeignet hat; wir können ihn nicht erheblich und rasch verbessern, wir wissen nicht, wie wir das anfangen sollen. Die Hilfe für seine radikalere Verbesserung ... muß von draußen kommen, von unten, von der mustergültigen Organisation eines kleinen ‚Ganzen‘, aber eben eines ‚Ganzen‘, d.h. nicht einer einzelnen Wirtschaft, nicht eines einzelnen Wirtschaftszweiges, nicht eines einzelnen Unternehmens, sondern der Summe aller wirtschaftlichen Beziehungen, der Summe des ganzen Wirtschaftsverkehrs, sei es auch nur eines kleinen Bezirks.“ (16)

Die Dezentralisierung ist gekoppelt mit der Zulassung des Marktes und der Aufforderung, den Umsatz zu steigern. Die lokalen Ebenen wurden hierbei herausgehoben, sie hätten das Gespür dafür, da sie sozusagen an der Quelle sitzen. Entsprechend diesen wirtschaftlichen Entwicklungswünschen erhielten die Kommunen Rechte zurück oder gar weitere Rechte, die sie in der Zeit des Kriegs und Bürgerkriegs nach den ersten Sicherungsmaßnahmen der Revolution verloren hatten.

Die Dezentralisierung ist aber auch damit gekoppelt, die gesamte Wirtschaft und nicht einen einzelnen Zweig/Betrieb besonders zu verbessern. Heißt das, daß die Bezirke/Gebiete auf eine solche Zusammensetzung ihrer Produktion hinarbeiten sollten, die eine eigenständige Existenz ermöglichen? Wenn man einer Untersuchung zur Rayonierung folgen kann, wurden Versuche dazu eingeleitet.

Die Gebietsreform: Dezentralisierung als Arbeitsteilung

In den Thesen über die Rayonierung (Gebietsreform) vom 13.3.1922 heißt es: „Die Rayonierung baut auf dem ökonomischen Prinzip auf. Als Rayon soll ein eigenartiges, nach Möglichkeit ökonomisch abgeschlossenes Territorium des Landes abgeteilt werden, das, dank der Kombination der natürlichen Besonderheiten, der kulturellen Errungenschaften und des Grades der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Bevölkerung ein Glied in der gemeinsamen Kette der Volkswirtschaft darzustellen vermag ... Die Rayons spezialisieren sich bis zu einem gewissen Grade auf die Zweige, die bei ihnen am vollkommensten entwickelt werden können, der Austausch zwischen den Rayons aber wird streng auf die unbedingt notwendige Menge zweckmäßig verteilter Industrieerzeugnisse beschränkt.“ (17)

Das hört sich nach Basis für Kommunalisierung bzw. Regionalisierung an. Die weiteren Ausführungen deuten aber wieder in eine andere Richtung. Die Rayons sollen eingepaßt werden in die Planwirtschaft, in der die Hauptstädte der Rayons eine bedeutende Mitsprache erhalten könnten. Dies ginge aber nur, wenn jeder Rayon „ein Gebiet von möglichst einheitlicher Wirtschaftsstruktur darstellt, ... daß in den Industrierayons die hier besonders geeigneten Industrien konzentriert werden, während die landwirtschaftlichen Rayons in erster Linie den Anbau von Getreide bzw. technischer Kulturen pflegen sollen. Es handelt sich bei dem großen Projekt um eine Arbeitsteilung großen Stils, die nach geographischen Gesichtspunkten vorgenommen wird und die für jeden Zweig der Wirtschaft die günstigsten Standorte festlegen soll.“ (17)

Wie auf diese Weise der Widerspruch Stadt-Land gelöst werden soll und eine nützliche Planung entwickelt werden kann, bleibt undurchsichtig. Die großen Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Konzepts bis hin zu schweren Auseinandersetzungen mit Bundesrepubliken, die sich auf ihre verfassungsmäßig verankerte Selbständigkeit beriefen, sind Hinweise darauf, daß eine groß angelegte Arbeitsteilung nicht den gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht.

Eine entsprechende Zwiespältigkeit findet man bei der Bildung des Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Dezember 1922. Danach kamen 150 Trusts der Großindustrie zusammen. Ursprünglich wollte man sie alle dem OVWR der Union unterstellen, was aber nicht durchsetzbar war. Daraufhin wurde eine Dreiteilung vorgenommen in Unionstrusts, republikanische Trusts und lokale Trusts:

– Unionstrusts = die Trusts, die für die Verteidigung, die Verbindung mit dem Weltmarkt oder die planmäßige Gestaltung der Wirtschaft von Wichtigkeit waren, d.h. Schwerindustrie, chemische Industrie, elektrotechnische Industrie: 72 Trusts mit 800 Betrieben und 545000 Arbeitern (14% aller Trusts, 25% aller Betriebe, 60% aller Arbeiter).

– Republikanische Trusts = Holz, Torf, Elektrizität. Die Hälfte der 72 Unionstrusts wurden dann durch „Verwaltungsmandat“ an die verschiedenen Republiken übergeben.

– Lokale Trusts = Leichtindustrie. (8)

Auch hier war die Dezentralisierung mit einer Dreiteilung der gebietlichen Produktion verbunden, die eine echte Gestaltung der Produktion erschweren mußte.

Kontrolle durch Produzenten oder durch die Partei?

Parallel zur Politik der Dezentralisierung wurden 1921 die Stadtsowjets wieder ins Leben gerufen. Auch wenn prozentmäßig viele Wirtschaftsbetriebe von den Gebieten und den Orten geleitet bzw. kontrolliert wurden, ist nichts über die Leitungspolitik selbst gesagt. Wieweit entspricht sie den Bedürfnissen und Interessen der dort arbeitenden Menschen? Sollen darüber die Gewerkschaften voll entscheiden oder nur die ‚Verbindung‘ zur Partei herstellen, die die Führung hat? Darüber gab es in der KPR (B) Auseinandersetzungen mit syndikalistischen und anarchistischen Kräften. In einem Resolutionsentwurf heißt es 1921: „Der theoretisch abgeschlossene und prägnanteste Ausdruck dieser Abweichung sind die Thesen und andere literarische Erzeugnisse der Gruppe der sogenannten ‚Arbeiteropposition‘. Bezeichnend genug ist beispielsweise ihre folgende These: ‚Die Leitung der Volkswirtschaft zu organisieren, obliegt dem Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten, die in gewerkschaftlichen Produktionsverbänden zusammenzuschließen sind. Diese wählen das zentrale Organ, das die gesamte Volkswirtschaft der Republik leitet‘ ... Erstens vereinigt der Begriff ‚Produzent‘ den Proletarier mit dem Halbproletarier und mit dem kleinen Warenproduzenten und gibt somit den Grundbegriff des Klassenkampfes und die Grundforderung, zwischen den Klassen genau zu unterscheiden, radikal preis. Zweitens ist die Orientierung auf die parteilosen Massen bzw. das Liebäugeln mit ihnen, das in der angeführten These zum Ausdruck kommt, eine nicht weniger radikale Abkehr vom Marxismus.“ (18)

Die kommunistische Partei ist demnach die einzige, die die gesellschaftliche Produktion (an)leiten kann. Lenin begründete das aus dem Charakter des Staatsapparates: „Der Staat

ist das Gebiet des Zwanges. Es wäre Wahnwitz, wollte man auf den Zwang verzichten, besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats. ‚Administrieren‘ und administratives Herangehen an die Dinge sind hier unerlässlich. Die Partei ist die unmittelbar regierende Vorhut des Proletariats, sie ist der Führer. Ausschluß aus der Partei, nicht aber Zwang, ist das spezifische Mittel der Einwirkung, das Mittel zur Reinhaltung und Stählung der Vorhut. Die Gewerkschaften sind das Reservoir der Staatsmacht, eine Schule des Kommunismus, eine Schule des Wirtschaftens. Auf diesem Gebiet ist das Spezifische und Wichtigste ... die Verbindung zwischen der zentralen (und natürlich auch der örtlichen) Staatsmacht, der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen.“ (19)

Zwei Jahre später wird diese Herausstellung des Führungsanspruchs der KPR relativiert. „Vor uns stehen zwei Hauptaufgaben, die eine Epoche ausmachen. Das ist einmal die Aufgabe, unseren Apparat umzugestalten, der absolut nichts taugt und den wir gänzlich von der früheren Epoche übernommen haben ... unsere zweite Aufgabe besteht in der kulturellen Arbeit unter der Bauernschaft. Und diese kulturelle Arbeit unter der Bauernschaft verfolgt als ökonomisches Ziel eben den genossenschaftlichen Zusammenschluß ... Aber diese(r) schließt ein derartiges Kulturniveau der Bauernschaft (eben der Bauernschaft als der übergroßen Masse) in sich ein, daß (er) ... ohne eine ganze Kulturrevolution unmöglich ist.“ (20)

Quellen: (1) siehe Nachrichtenheft der AG Kommunalpolitik Nr. 38, 40, 42, 44, 46, 50/85 und 2/86; (2) Lenin Werke 10, S. 182; (3) Lenin Werke 13, S. 359; (4) ebd.; (5) Lenin Werke 13, S. 340; (6) Lenin Werke 20, S. 30; (7) Maklezow, A. Das Recht Sowjetrußlands, hier: das Verwaltungsrecht. Tübingen 1925; (8) Pollock, Friedrich, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927. 1929, neu aufgel. Frankfurt 1971; (9) Berliner, Hans, Der bolschewistische Staat. Berlin 1919; (10) Wahl, Günther, Theorie und Praxis sozialistischer Demokratie in der Sowjetunion, Frankfurt 1984; (11) Alexejew, N.N. Die Staatsverfassung, in: Maklezow siehe (7); (12) Lenin AW II, S. 66; (13) Lenin AW II, S. 379; (14) Dennewitz, Bodo, Die Verfassungen der modernen Staaten. 1947; (15) Verfassungstext abgedruckt in Dennewitz, siehe (14); (16) Lenin AW III, S. 692; (17) Semenow, Die Revolution und die inneren Genzen Rußlands, Geopolitik 1927, S. 979; (18) Lenin AW III, S. 664; (19) Lenin AW III, S. 619. (20) Lenin AW III, S. 865.

Aus der Redaktionsarbeitsgruppe „Zentralismus oder Kampf für Dezentralisierung“, Berichterstattung: - baf



SPD: Grundsätze fürs Praktische

Nachdem Lafontaine mit seiner Lohnverzichtsdiskussion Opposition aus den Gewerkschaften hervorrief, hat der Parteivorstand unter Vogel in einem sog. Kompromißpapier dazu aufgerufen, neue Strategien zu Arbeitszeitverkürzung, Einkommensverteilung und Steuerpolitik in den Gewerkschaften zu diskutieren und zu

verankern. Starke Kräfte in der Parteiführung treten für Lafontaine ein: Engholm sieht „umfassendere Aufgaben“ für die Gewerkschaften als bloß „die Humanisierung der Erwerbsarbeit“. Klose wendet sich gegen eine „ökonomistisch verengte Entwicklungsstrategie“ (= mehr Geld für Arbeiter durch Wirtschaftswachstum) und hält „arbeitsintensive ganzheitliche Arbeitsstrukturen“ für nötig.

Brasilien: Importsubstitutionspolitik bis 1964

Die zwei imperialistischen Weltkriege, dazwischen die Weltwirtschaftskrise und danach der Korea-Krieg begünstigten die industrielle Entwicklung. Die nationalistische Politik Vargas verhinderte bis 1953 das Vordringen des imperialistischen Kapitals. Die beabsichtigte Verstaatlichung der Erdölindustrie scheiterte. Die Regierungen danach wollten mit einem starken Staatssektor und ausländischem Kapital die nationale Produktion ausbauen und Fertigwarenimporte ersetzen. Die nationale Bourgeoisie wurde zusehends in eine untergeordnete Rolle gedrängt und in vielen Bereichen niederkonkurriert. Mit dem Sturz der nationalistischen Regierung Goulart ergriffen die reaktionärsten Kreise die Macht.



Isolationsfolterpraxis in der BRD

Am 18.05.88 beginnt vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf das Verfahren gegen die vier aus Duisburg inhaftierten Gefangenen aus dem Widerstand: Barbara Peraus, Norbert Hofmeier, Thomas Richter und Thomas Thoene. Vorgeworfen wird ihnen u.a. Mitgliedschaft in der RAF – entsprechend sind die Haftbedingungen –

Isolationshaft.

Mittlerweile wurde von den Anwälten der Gefangenen eine Informationsbroschüre erstellt (u.a. beim GNN-Verlag erhältlich). Aus dieser Broschüre dokumentieren wir, was z.B. der sogenannte Normalvollzug konkret für diese Gefangenen heißt, weitere Isolation, mit der Variante, daß die Mitgefangenen als Druckmittel benutzt werden.

Gründe für den Wahlerfolg der Rechten

Die NPD hat vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg ein neues Programm herausgebracht, in dem sie ihre traditionelle Linie der Vorherrschaft des Deutschen erweitert durch „nationalrevolutionäre“ Elemente. Die Republikaner bemühen sich um den Anschein bürgerlicher Wohlanständigkeit, sie suchen Verbindungen bei der höheren Beamtenschaft, wobei zugleich die Inhalte der Politik immer unverhüllter reaktionär werden. Nachdem die CDU zunehmend abbrückt von einer Anknüpfung ihrer Politik an christliche Wertvorstellungen, sehen Rechte à la ÖDP u.a. die Möglichkeit, mit Propaganda für „Lebensschutz“ – ungeboren, geboren, Baum, Tier – Wähler zu fangen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe – Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 110 822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58 Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küster Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollensoffet, Köln – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-R, KG (NHT), PA, VSP